

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfons-Gebühr
 beträgt für die hochgedruckte Monats-
 hefte über deren Raum 60 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Betriebs-
 und Verammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (bei-
 gedruckte) Wort 20 Pfg. jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenprüfungen und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Anzeigen für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 23. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Prüfftein des Freisinn.

Für die Nixdorfer Freisinnsschmach hat die offizielle Freisinnpresse, haben „Freis. Btg.“ und „Post. Btg.“ noch immer kein Wort des Tadel, nicht eine Silbe der zahllosen Kritik gefunden. Während bei dem ebenso gelagerten freisinnigen Wahlrechtsraub in Halle der offizielle Freisinn die freisinnigen Wahlräuber noch von den Hochschäben abzuschütteln suchte, schweigt er sich mit beredter Hartnäckigkeit über die vor den Toren Berlins verübte politische Niedertracht seiner eingefahrenen Mitglieder aus. Er ist in der kurzen Zeit der Vorkriegspolitik so völlig auf den Hund gekommen, daß er nicht einmal mehr liberalen Anstand zu heucheln mag, aus Furcht, bei den konservativen Bundesgenossen dadurch Anstoß zu erregen!

Nur jene Handvoll Freisinniger, die sich vom Freisinn getrennt hat, weil sie die schamlosen Wahlrechtsverräterereien und die schmachvollen Erniedrigungen der freisinnigen Volkstribüne nicht mehr mitzumachen vermochten, haben sich dem Proteststurm gegen die Nixdorfer Schmach mit erfreulicher Entschiedenheit angeschlossen. So hielt die Demokratische Vereinigung am Montagabend in Nixdorf eine Versammlung ab, in der man mit dem offiziellen Freisinn nicht minder fraktur redete, als in der sozialdemokratischen Protestversammlung am Sonntag. Dr. Bretschcheid führte als Referent u. a. aus:

„Dah sich unter den Wahlrechtsverfälschern auch fünf Freisinnige befanden, kann bei der gegenwärtigen Haltung der freisinnigen Volkspartei keinen Anlaß zur Entrüstung mehr bieten. Man muß diese Tatsache als etwas Selbstverständliches konstatieren; es ist nichts Besonderes mehr, daß sich die gegenwärtigen Freisinnigen“

an jeder reaktionären Maßregel beteiligen.
 Wenn der Zimmerstrassenfreisinn aber versuchen sollte, den Streich der Nixdorfer Freisinnigen als eine lokale Angelegenheit hinzustellen, so muß ihm entgegengehalten werden, daß die Angelegenheit ihren lokalen Charakter in dem Augenblick verloren hat, wo die Organe des offiziellen Freisinn kein Wort der Rikbilligung über das Verhalten dieser „Freisinnigen“ gefunden haben. Man kann diese Freisinnigen nicht mehr als politische Gegner achten. Wer immer das Wort „liberal“ im Munde führt, um dahinter seine reaktionäre Gesinnung zu verbergen, der ist der Verechtung wert. Glaubst denn irgend jemand noch, daß dieser Freisinn ernstlich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen will? (Wielstimmiges „Nein!“) Der freisinnige Wahlrechtsausdruck hat ja wieder ein Mundschreiben erhalten, durch das neue Mittel gesammelt werden sollen. In diesem Mundschreiben ist mit keinem Wort mehr von der Forderung des Reichstagswahlrechts die Rede, sondern es wird nur die Notwendigkeit einer Umgestaltung des jetzigen preussischen Wahlrechts betont. Einem solchen Aufruf könnten sich auch die Nationalliberalen und Freikonservativen, ja sogar Herr Wilow anschließen, die ja auch eine Umgestaltung des preussischen Wahlrechts wollen, allerdings in ihrem Sinne. Die Nixdorfer Freisinnigen haben ja auch das kommunale Wahlrecht „umgestaltet“. Es muß dagegen protestiert werden, daß Leute, die von Liberalismus und Demokratie keinen Funken mehr verspüren, diesen Scheiß vor ihre reaktionären Taten halten, wie die sogenannten Freisinnigen. Wir aber haben die Ueberzeugung, daß es in Deutschland und Preußen so lange nicht anders werden kann, als bis die Schichten des Mittelstandes den Kampf mit der Arbeiterschaft Seite an Seite führen um einen wirklich demokratischen freien Volksstaat, einen Kampf der Freiheit gegen die Anechtung!“

Nach Bretschcheid sprach Dr. Theodor Vorth:

„Wenn der Nixdorfer Magistrat nur einigermaßen sein eigenes Interesse kennt, so wird er diesen Wahlrechtsraub nicht mitmachen. Wenn er wirklich kommunale Politik treiben will, so darf er sich nicht als Vertreter eines kleinen Stängels aufspielen. Ein Magistrat, der noch etwas auf seine Reputation hält, kann diesen Beschluß nicht ratifizieren. Der Akt der Stadtverordnetenmehrheit ist nicht bloß brutal, sondern auch dumm. Wenn es irgendein Mittel gab, um der Sozialdemokratie Vorwurf zu leisten, so war es dieser Coup. Wohnte ich in Nixdorf, würde ich mir sagen, bei solchen Vorkommnissen, die sich als arge Verführung gegen die liberalen Prinzipien erweisen, muß ich selbst Sozialdemokrat werden. Der Kampf gegen Ungerechtigkeit ist ein spezifisch demokratischer, nicht sozialdemokratischer. Wir sind es uns deshalb selbst schuldig, einen dicken Strich zu machen zwischen uns und solchen Aufsteigern. Der Standpunkt, daß es sich bei den Nixdorfer Vorgängen lediglich um eine lokale Angelegenheit handle, ist irrig. Vielmehr haben diese Vorgänge eine große politische Bedeutung.“

Da sich an ihnen Leute beteiligen haben, die angeblich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit erkämpfen wollen. Hier liegt ein Fall von Felonie vor. Die freisinnige Volkspartei, die diese freisinnigen Stadtverordneten nicht schlüssig von sich abhüttelte, sondern die Sache einfach billigte, hat sich mitschuldig gemacht. Wie soll man jetzt auch nur im entferntesten noch an die Versicherung dieser Partei glauben, daß ihnen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen am Herzen liege? Solche komödiantische Versicherungen werden künftig nicht einmal mehr von konservativen Bloßrädern für ernst genommen werden. In jenen Reihen wird man künftig mit Recht sagen: Nachdem ihr euch in Nixdorf als reaktionäre Gruppe aufgespielt habt, bestreitet wir euch auch die Befugnis, im Landtage mit Wahlrechtsanträgen zu kommen.“

Auch bei der Vorthschen Richtung angehörende Berliner Stadtverordnete Dr. Nathan hielt es für angemessen,

wenigstens schriftlich über die neueste Freisinnsschmach seine Meinung in ungekürzten Worten zu sagen:

„Mein Gesundheitszustand macht es mir leider unmöglich, der Protestversammlung gegen die Verletzung des Wahlrechts in Nixdorf beizuwohnen. Wie bedauere ich, daß es mir versagt ist, mich in der Versammlung selbst einem Protest anzuschließen gegen eine Verhülfe Freisinniger, das plutokratisch-reaktionäre Wahlrecht in der Kommune noch plutokratischer und noch reaktionärer zu gestalten, als es schon bisher gewesen ist. Solch eine Verhülfe charakterisiert sich als ein Akt feiger Schwäche.“

die daran verzweifeln, die eigene politische Position im freien Kampf der Meinungen aufrecht erhalten zu können, sich der Machtmittel der Reaktion bedienen, um der Bevölkerung die Verletzung ihrer kommunalpolitischen Ueberzeugungen unmöglich zu machen. „Freisinnige“, die mit solchen Mitteln die Sozialdemokratie glauben bekämpfen zu dürfen, geben damit im Prinzip auch das Reichstagswahlrecht preis, und wie sie daher die Anerkennung der Reaktionsäre, so verdienen sie gleichfalls die schroffste Zurückweisung aller derer, in deren freisinnigen Programm ein Paragraph über die Zweckmäßigkeit der Anechtung anders Gesinnter noch nicht aufgenommen ist. Ich lege Wert darauf, zu den Freisinnigen dieser letzteren Art mit unredubliertem, altem Programm gerechnet zu werden.“

So weit, so gut. Daß die Bretschcheid, Vorth und Nathan es mit ihrer Kritik ehrlich meinen, daß ihre Entrüstung innerstem Abscheu über den erbärmlichen Prinzipienverrat des Freisinnis entspringt, daran ist nicht der mindeste Zweifel. Und es wäre nur aufs Innigste zu wünschen, daß dieser neueste und eklanteste Beweis für die bodenlose Korruption unseres offiziellen deutschen Freisinnis recht zahlreichen Mitläufer dieser verkommenen Sorte vom Freisinn die Augen öffnete und sie sich um das von Dr. Vorth aufgepflanzte Banner einer ehrlichen bürgerlichen Demokratie scharen ließe. Denn daß die Sozialdemokratie mit einem wirklich demokratischen Freisinn ein gutes Stück Weges gemeinsam zurücklegen könnte, darüber hat es innerhalb der sozialdemokratischen Partei stets nur eine Meinung gegeben. Es fragt sich nur, ob der demokratische Gedanke in liberalen Bürgertum noch so viele Anhänger zählt, um zur Bildung einer, sei es auch nur kleinen Partei auszureichen! Warten wir es ab!

Wenn aber der Schöneberger freisinnige Stadtverordnete Starke nicht nur für seine Person, sondern auch im Namen des freisinnigen Abgeordneten für Nixdorf-Schöneberg, des Herrn Justizrat Reinbacher, die Erklärung abgab, daß sie entschieden vom Nixdorfer Freisinn abrückten und jede Mitverantwortlichkeit für diesen schamlosen Streich ablehnten, so bedauern wir, so leicht die Absolution nicht genehren zu können. Das fühlten die Herren von der Demokratischen Vereinigung selbst. Oberlehrer Destréich erklärte mit der gebotenen Portion Stepsis, mit einer solchen Erklärung sei nichts getan. Der Vordredner möge im freisinnigen Wahlverein den Antrag stellen, daß die 5 Freisinnigen ausgeschlossen werden, und er möge Herr Reinbacher aufordern, im Landtage die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Kommunen zu beantragen. Dazu sei Herr Reinbacher auf Grund des kommunalpolitischen Programms der liberalen Fraktion in Schöneberg, der er angehört, verpflichtet.

In der Tat: Herr Justizrat Reinbacher wird erst die Beweise seiner demokratischen Gesinnung liefern müssen. Beschließt das nicht, so wird der Verdacht nicht zu unterdrücken sein, daß Herr Reinbacher, der ja nur mit winziger Mehrheit in den Landtag gewählt worden ist, lediglich durch die Besorgnis zu seiner Erklärung veranlaßt worden ist, das nächste Mal durch die kleinstädtischen Entrechteten Nixdorfs, deren Stimmen er zur Wiederwahl so dringend bedarf, aus dem Landtag hinausgewählt zu werden! Herr Reinbacher wird also vollwichtige Proben seiner demokratischen Gesinnung ablegen müssen und nicht etwa nur den freisinnigen Dursider spielen dürfen, sondern den ernstlichsten Kampf gegen die blockliberale Korruption führen müssen!

In ihrer Verkürzten Nachtausgabe endlich bequemt sich die „Freis. Btg.“, schüchtern zu bemerken: „Wir stehen nicht an (1), zu erklären, daß eine derartige Verletzung des Wahlrechts nicht den Auffassungen der Freisinnigen Volkspartei entspricht.“ Hat das lange gedauert! Aber dieser so späten und so gequälten Erklärung folgt sofort eine Schnipserei auf den angeblichen Terrorismus der Nixdorfer Sozialdemokratie, der den skandalösen Gewaltstreich „erklären“ soll! Statt rühmlicher Verurteilung also noch die widerlichste Beschönigung der freisinnigen Niedertracht!

Man kann es angesichts dieser nichtswürdigen Prinzipienlosigkeit einem Scharfmacherblatte vom Schlage der „Post“ nicht verdenken, wenn es dem Freisinn folgenden Dohnnerguss widmet:

„Man wird es aber in linksliberalen Kreisen noch dem Nixdorfer Vorgange den Gegnern der Einführung des Reichswahlrechts in Preußen sowie der Regierung nicht mehr verargen können, wenn sie sich bei ihrem Widerstreben gegen die darauf abzielenden linksliberalen Anträge gleichfalls von der Absicht leiten lassen, auf jeden Fall ein Uebertreiben der Sozialdemo-

kratie im preussischen Abgeordnetenhaus zu verhüten. Das wäre für Preußen so gut ein Unglück, wie für Nixdorf, und die Kosten einer solchen sozialdemokratischen Wehrheit würden die preussischen Steuerzahler so gut tragen müssen, wie in dem analogen Fall die Nixdorfer. Insofern hat das anerkenntenswerte entschlossene Vorgehen der Nixdorfer Stadtverordnetenversammlung auch eine allgemein politische Bedeutung.“

Wahrhaftig, der Bloßfreisinn ist es wert, von den Scharfmachern und Reichsverhändlern als feineßgleichen betrachtet zu werden! Der Bloßfreisinn ist gerichtet. Für den Freisinn selbst aber wird der Nixdorfer Fall noch einmal, zum allerletzten Male, zu einem Prüfftein werden! Wenn die bürgerliche Demokratie jetzt nicht ihre Existenzmöglichkeit erweist, können nur bemitleidenswerte Phantasten noch auf sie hoffen und harren!

Der Schulkampf in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Vor Beginn der Beratung der Volksschulnovelle versicherte die Volkspartei mit brühenden Worten, im Kampf für die Befreiung der Volksschule von der kirchlichen Zwangsherrschaft werde sie, die starke und prinzipienfeste Volkspartei, die Führung übernehmen. Sie hat diese angenehme Rolle selbst genug aufgefacht. In den Kommissionsberatungen weichen die volksparteilichen Mitglieder einer prinzipiellen Stellungnahme mit mehr Eifer als Geschick aus. Grohmütig überließen sie es den Sozialdemokraten, Anträge grundsätzlicher Natur zu stellen. Die Unterstützung der Anträge unserer Genossen durch die Volkspartei war so lau als möglich; in der Regel warteten die Herren mit Abschwächungsanträgen auf, wenn nicht gar volksparteiliche Kommissionsmitglieder brav halfen, die sozialdemokratischen Anträge zu Fall zu bringen.

Man war geneigt, die wunderliche „Mitarbeit“ der volksparteilichen Kommissionsmitglieder an der Modernisierung der Volksschule als böse Entgleisungen dieser Politiker hinzunehmen, fehlte der Volkspartei in der Kommission doch all und jede Führung. Kam es doch vor, daß die volksparteilichen Mitglieder gegeneinander stimmten. Im Plenum — so hoffte man — werde die Volkspartei ihre Aufgabe etwas ernstlicher auffassen. Man hat sich gründlich getäuscht!

Liberalen Spektakel machen die Volksparteiliker mitzamt den Deutschparteilern zwar genug. Immer und immer wieder wird deklamiert: „Wir wollen die Staatschule, keine Kirchenschule!“ Das Ende vom Lied ist aber regelmäßig, daß die Kirche bekommt, was sie verlangt. Kirchliche Schulpolitik mit liberalen Schaumflägereien, das ist es, was die Herren treiben.

Unsere Fraktion hat den Antrag gestellt, den Religionsunterricht (besser gesagt: Konfessions-) unterrichtet aus der Volksschule zu entfernen und ihn der Familie und der Kirche zu überweisen. Ganze zwei Volksparteiliker stimmten mit unsrer Genossen. Der Eventualantrag unserer Fraktion, dann wenigstens dem Religionsunterricht in der Volksschule die zentrale, alle anderen bisher erdrückende Stellung zu nehmen, wird mit 68 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Ganze fünf Volksparteiliker fanden den Mut, wenigstens für diesen Antrag zu stimmen! Ein sechster wagte weder dafür noch dagegen zu stimmen! Die anderen alle mitzamt den Nationalliberalen schlugen sich zum Zentrum und zum Bauernbund!

Doch weiter! Unsere Fraktion stellt den Antrag, dem Artikel 1 folgenden Absatz anzufügen:

„Zum Besuch des Religionsunterrichts kann ein Kind gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter nicht angehalten werden.“

Zur Begründung dieses Antrages verweist Genosse Heymann darauf, daß bei Beratung des „Toleranzantrages“ im Reichstag im Jahre 1906 das Zentrum durch den Mund des Hg. Wache erklärt habe, daß das Zentrum damit einverstanden sei, daß vom Religionsunterricht auch die Kinder solcher Eltern befreit werden können, die zwar noch einer Religionsgemeinschaft angehören, die aber in der Schule erteilten Religionsunterricht als nicht mit ihrer persönlichen Ueberzeugung übereinstimmend betrachten. Daß Herr Gröber, der Führer des Zentrums, seinen Parteistreund Wache schände verleugnete, kann nicht wundernehmen. Aber bezeichnend für die volksparteilich-liberale Schulpolitik ist, daß alle Liberalen und die volksparteiliche Fraktion bis auf zwei Mann mit Zentrum und Bauernbund zusammen den sozialdemokratischen Antrag niederkimmten. Soweit wie der Liberalismus des Reichstagszentrums, reicht der der schwäbischen „Demokraten“ und „Liberalen“ nicht. Er reicht fast noch aus, einem Antrag des Zentrumsparrers Späth-Vibrach zur Annahme zu verhehlen, der den Dissidentenerlaß des Ministers ins Gesetz aufnimmt. Dieser Erlaß bestimmt, daß Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht nicht angehalten werden dürfen. Das ist geltendes Recht in Württemberg. Man muß dem Zentrum dankbar sein, daß es die „Demokratie“ und den „Liberalismus“ der Bloßbrüder nicht auf die ernsthafteste Probe stellte, ob sich mit deren Hilfe nicht eine Verfechtung des jetzigen Rechtszustandes herbeiführen ließe. Wer weiß, wie die Probe ausgefallen wäre.

Es ist natürlich, daß die „Demokratie“ nach solchen Ergüssen
fröhlicher Bestimmungslüchtheit mal wieder das dringende Ver-
dürfnis fühlte, liberalen Spießfuß zu machen. Den hat sie denn
auch gemacht. Es handelte sich um die Beschäftigung von
Ordnenschwestern im Schulbetrieb. Nach Angabe des
Ministers sind in 27 Gemeinden 89 Ordnenschwestern, die ihre
staatliche Prüfung bestanden haben, als Lehrerinnen tätig, und
zwar in obligatorischen Unterrichtsfächern. Eine größere Anzahl
Ordnens- und Laienschwestern ist als Handarbeitslehrerinnen tätig.
Durch das Gesetz soll der Handarbeitsunterricht, der bisher fakultativ
war, obligatorisch gemacht werden. Das veranlassen unsere
Genossen, darauf zu bringen, daß Ordnenschwestern, die ihren
kirchlichen Oberen zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sind, nicht
in weiterem Umfang mit der Unterrichterteilung in obligatorischen
Unterrichtsfächern betraut werden. Unser Redner Gen. Hilden-
brand bezog sich dabei auf einen Ministerialerlass aus dem Jahre
1875, der verbietet, Ordnenschwestern für den öffentlichen Schul-
dienst neu anzustellen. Die Forderung der Sozialdemokratie war
die Konsequenz unserer Forderung der reinen
Staatschule. Die Demokraten, die vorher der Kirche
Zugeständnisse gemacht hatten, glaubten nunmehr aber den Augen-
blick für gekommen, fortschrittlich zu donnern. Die Folge war
eine Blamage über die andere. Haugmann bringt
eine Resolution ein, in der das Ministerium ersucht wird, die von
Hildenbrand erwähnte Ministerialverordnung über die Erteilung
des öffentlichen Unterrichts in Ansehung der Ordnenschwestern auch
künftighin zur Durchführung zu bringen. Kaum hat er diese
Resolution publiziert, so zieht er sie auch schon wieder zurück und
bringt eine zweite ein, in der „schrittweise Beseitigung
des öffentlichen Unterrichts durch Angehörige
von Orden und Kongregationen“ verlangt wird. Der
vollsparteiliche Abgeordnete leuchtet keine Ahnung, daß
einmal der Streit sich dreht. Er behauptet, die Resolution Haugmann
sei falsch verstanden. Es handle sich nur um die Aufnahme von
Lehrerinnen in den Staatsdienst, die keine Prüfung gemacht
hätten. Hohnlachend antwortet Gröber, daß nach den Er-
klärungen des Ministers die betreffenden Schwestern ihre Prüfung
gemacht hätten. Nachdem das klargestellt sei, möge die Volkspartei
ihre Resolution gefälligst zurückziehen. Haugmann forciert
seinen unwissenden Fraktionsgenossen, nicht um die Prüfung handle
es sich, sondern darum, daß Personen, die der Kirche zu unbedingtem
Gehorsam verpflichtet sind, nicht zugleich dem Staate
Gehorsam leisten können. Wieder springt Gröber auf. Mit
schneidender Ironie führt er dem Demokraten zu Gemüte, daß
keine Partei, die demokratische, ja beantragt habe, den Reli-
gionsunterricht in der Schule nur durch Geistliche
erteilen zu lassen! Der Geistliche sehe doch
erst recht unter einer doppelten Disziplinargewalt, der der Kirche und des Staates. Haugmann
erklärt darauf, er müsse sich die Sache noch einmal über-
legen. Man möge die Debatte vertagen. Das geschieht gegen den
Widerspruch des Zentrums. Am nächsten Tag bringt Haugmann die
dritte Resolution ein. Die „schrittweise Beseitigung des öffent-
lichen Unterrichts durch Angehörige von Orden und Kongregationen“
läßt er im Ortus verschwinden. Er verlangt nur noch, daß auch
die Einführung der Volksschulnovelle keine Steigerung des
Einflusses der Orden und Kongregationen auf das öffentliche Volks-
schulwesen im Gefolge habe.“ Er begründet diese seine dritte
Resolution zu demselben Gegenstand mit der zweierlei Erklärung,
man mache in diesem Gesetz dem Zentrum
überhaupt zuviel Konzessionen! Er hätte hinzu-
fügen können: „Und gibt dem Zentrum überreichlich Gelegenheit,
unsere Blamagen zu Kulturlampfpausen auszunähen.“ Die Reso-
lution Haugmann wurde schließlich angenommen. Auch die
Sozialdemokratie stimmte dafür.

Nachgerade wird es Pflicht der Sozialdemokratie, dem
Zentrum der liberalen Blockbrüder ein Ende zu
machen. Daß mit der Volkspartei und der Deutschen Partei ein
grundfählicher Fortschritt nicht zu erreichen ist, das haben die
bisherigen Abstimmungen bewiesen! Die Kulturlampfpausen
der Blockbrüder mitzumachen, muß die Sozialdemokratie ablehnen.
Für unsere prinzipiellen Forderungen auf dem Ge-
biete der Schule hat auch der Gegner Verständnis. Ihre klare
konsequente Vertretung nützt uns. Der Vorposten der
Demokraten nützt nur dem Gegner. Einen scharfen
Trennungsschnitt zwischen diesen „Halbheiten“ und der Sozialdemo-
kratie zu ziehen, wird zur Pflicht der Selbstachtung und
Selbsterhaltung!

Stuttgart, 22. Dezember. (Privatdepesche des
„Vorwärts“.) Sowohl die Einführung des obligatorischen
Schuljahres wie die Aushebung des Schulgeldes und die Ein-
führung der Lehrmittelfreiheit wurden von der Kammer ab-
gelehnt. Für das achte Schuljahr stimmten die Sozialdemo-
kraten und die Volkspartei, insgesamt 83 Stimmen. Zentrum,
Liberalen und konservative Bauernbündler, zusammen 50
Stimmen, brachten den Antrag zu Fall. In der heutigen
Sitzung wurde der sozialdemokratische Antrag betreffs Auf-
hebung des Schulgeldes gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kraten, denen sich fünf Volksparteiler angeschlossen, ab-
gelehnt. Für die Lehrmittelfreiheit an den Volksschulen
stimmten nur unsere Genossen und drei Volksparteiler.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Dezember 1908.

Der deutsch-schweizerische Mehlszollkonflikt.

Der Mehlszollkonflikt zwischen Deutschland und der Schweiz,
über den wir wiederholt berichtet haben, kam, wie telegraphisch aus
Bern berichtet wird, dort heute im Nationalrat zur Verhandlung.
Aus Anlaß einer Interpellation betreffend den Stand des Mehlszoll-
konflikts antwortete Bundesratsmitglied Dr. Deucher im
Namen des Bundesrats mit einer ausführlichen Erklärung, in der
die bisherigen Verhandlungen geschildert werden. Redner führte
aus: Der Bundesrat ist bereit, die Streitfrage dem im Handels-
vertrag mit Deutschland vorgesehenen Schiedsgericht zu unter-
breiten. Es haben sich jedoch über die Formulierung der Streit-
frage Meinungsverschiedenheiten ergeben. Der Bundesrat verlangt,
daß das Schiedsgericht darüber entscheide, ob Deutschland
eine Exportprämie gewähren solle; Deutschland wolle dagegen dar-
über entscheiden lassen, ob die Schweiz zur Erhebung eines Aus-
gleichszolles befugt sei. Der Bundesrat hat zugestanden, daß in
zweiter Linie auch diese letzte Frage dem Schiedsgericht unter-
breitet werde. Hierauf steht die deutsche Antwort noch aus, weil
angewiesenen Verhandlungen zwischen den deutschen und schweizeri-
schen Mäxlern über eine Ermäßigung der Mehlszufuhr geführt
worden sind. Leider sind diese Verhandlungen erfolglos geblieben.
Der Bundesrat hat deshalb, um eine Verständigung herbei-
zuführen, bei der deutschen Regierung angefragt, ob und unter
welchen Bedingungen sie bereit wäre, den Mehlszoll freizugeben.
Die deutsche Regierung antwortete, sie wolle den Vorschlag eben-

falls in Erwägung ziehen. Eine weitere Erklärung steht noch aus,
der Bundesrat erwartet aber eine baldige Antwort. Für ein Ge-
weidemonopol liegen bereits ausgearbeitete Entwürfe vor, die bald
weiteren Kreisen zur Beratung unterbreitet werden sollen. Der
Bundesrat hat dazu noch nicht Stellung genommen; er wird der
Mehlsfrage auch ferner volle Aufmerksamkeit widmen und hofft auf
Unterstützung durch die Bundesversammlung, wenn es nötig werden
sollte, zur Rettung einer Industrie, deren Erhaltung für die Brot-
versorgung und damit für die Unabhängigkeit des Landes unent-
behrlich ist, autonome Maßnahmen zu ergreifen.
Der Interpellant erklärte sich durch diese Ausführungen für
befriedigt.

Das neue Bündlerorgan im Westen.

das dem Bund der Landwirte die Wege in Rheinland-Westfalen
ebnen soll, berendet soeben seine Probenummer, ein redaktionell
sehr dinstig ausgestattetes Brudergewinn. Die erste Seite des
„Westdeutschen Tageblattes“ zieht eine Abkommens-
einladung mit dem Programm des Blattes, das vom 1. Januar ab
täglich erscheint. Der erste Satz lautet:
„Das Westdeutsche Tageblatt“ steht auf paritätisch-christlichem
Standpunkte. Es wird nach dem Beispiel des Kaisers (I) und des Herrn
Kardinal-Erzbischofs Dr. Fischer (II) das betonen, was die beiden
großen christlichen Bekenntnisse eint, damit sie — unter treuer
Festhaltung des eigenen Bekenntnisses — sich die Hand reichen im
Kampfe gegen die Sozialdemokratie, zum Schutze von Thron und Altar.“
In den weiteren Ausführungen des Programms bekennt sich
das Blatt nicht nur als Agrarier-, sondern auch als Mittelstands-
und Hausbesitzerorgan. Es verspricht u. a. das Streikrecht
der ländlichen Arbeiter und Diensthöfen „mit
allem Nachdruck“ zu bekämpfen. Mit gleicher Ent-
schiedenheit werde es die Uebertragung des Reichs-
tags-Wahlrechts auf den preußischen Landtag
bekämpfen.

Das interessanteste ist, daß die zentrums agrarische „Rhein-
Vollstimme“ erklärt, dies Programm sei „nach dem Konzept
der „Rheinischen Vollstimme“ aufgestellt“, und somit
müsse man die Frage, ob die Gründung des „Westdeutschen Tage-
blattes“ nötig war, verneinen.

Glend und Luxus.

Die Arbeitslosigkeit hat seit mehr als einem Jahr ihren
Einzug gehalten. Die Zeiten des industriellen Aufschwunges
sind nach dem Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft der Krise
gewichen, und Hunderttausende von Arbeitern wissen nicht,
wie sie zum bevorstehenden Feiertag für sich und die Ihrigen Brot
schaffen sollen. Doch in den Kreisen der „oberen Reichtumsklassen“
verspürt man keinerlei Einschränkungen. Sie amüsieren sich
und verschwenden für Raunen des Augenblicks Millionen,
von denen zahlreiche Arbeiterfamilien jahrelang zehren
könnten. Berlin wird immer mehr zur Stadt des ausgeputzten
Luxus. Selbst den Fremden fällt das auf. Nicht selten findet
man heute in englischen und französischen Blättern funkelnde
Schilderungen des Treibens der reichen Berliner Gesellschaft.
So wird z. B. der Londoner „Daily Mail“ von ihrem Berliner
Korrespondenten geschrieben:

„Als Lord und Lady Randolph Churchill im Jahre 1888
Berlin besuchten, fanden sie das Leben am preussischen Hofe
außerordentlich bescheiden und einfach. Der Gegensatz mochte ihnen,
die von dem Glanz und Prunk des Winterpalastes in St. Petersburg
kamen, besonders stark erschienen sein. Heute würden sie
finden, daß der Hof Wilhelms II. und die Berliner Gesellschaft
seit zwanzig Jahren von Grund auf geändert haben. Seit
dem Tode Wilhelms I. ist Deutschland plutokratisch geworden. Es
zählt heute die Millionen nach Dutzenden, während es damals
ihrer nur vereinzelte besaß. Die moderne Gesellschaft Deutsch-
lands, in der sich die geachteten Führer der Finanz- und Indus-
triemwelt mit den blaublütigen Junkern mischen, hat die Tra-
ditionen „altpreussischer Einfachheit“ verlassen und an ihre Stelle
den Luxus gesetzt. Jede neue Saison, deren Modeprakt und
Festgedränge alle Vorgängerinnen übertrifft, spiegelt den Geist
dieses „reichen Neu-Deutschland“ wieder. Luxusoths, mit
marmorgetäfelten Speisesälen und five-o'clock-tea-Palmenhöfen
nach Pariser und Londoner Geschmack, sind von einer extravagant
gekleideten Menge gefüllt, die das Vier ihrer Väter verachten
und dem Champagner Frankreichs auf freigelegte baldigen.
Die Prinzessinnen promenieren unter den Linden nicht länger
in baumwollenen Handschuhen, wie es nach dem Bericht eines
alten Berliner Diplomaten früher der Fall war. Eins der be-
merkenswertesten Anzeichen von Deutschlands gesellschaftlicher
Umwandlung ist die auffällige Verbesserung der weiblichen Klei-
dung. Die Berliner Gesellschaftsmoden von 1908 ist erstaunlich
reich equipiert. Sie entfaltet am Hof und in der Oper einen
Hauch verfeinerten Reichtums, wie man ihn vielleicht sonst nur
im Buckingham-Palace oder auf New Yorks berühmter „diamond
horse show“ findet.“
Es ist der den Arbeitern abgezwackte Mehrwert, der auf
diese Art konsumiert wird.

Der Ruhen der geistlichen Schulaufsicht.

In welcher Weise das Schulaufsichtamt zu kirchlichen Gen-
darmdiensten benutzt wird, zeigt das folgende Schreiben, das ein
als Lokalschulinspektor fungierender katholischer Pfarrer an einen
Lehrer gerichtet hat:

Von der I. Lokalschulinspektion Ensfeld an den Herrn Lehrer
Behr. Betreff: Schule Ensfeld.
Soweit mir bekannt ist, teilt der Herr Lehrer Behr unter die
Schulkinder „Das Heidentum“ aus und unterstützt damit
die gute Sache. Dagegen liest der Herr Lehrer meines Wissens
die „Augsb. Abendzeitg.“, ein ausgesprochen kirchenfeind-
liches Blatt, und trägt damit bei zur Verbreitung der schlechten
Presse. Da zwischen beiden Dingen ein Ausgleich unmöglich ist
und eine derartige Doppelseitigkeit nur dazu führt, den Charakter
des Lehrers zu verderben und den christlichen Geist der
Schule in schwerer Weise zu schädigen, so wird der Herr
Lehrer gebeten, sich über die schwebenden Fragen der Zeit
anderswo zu orientieren als in einer kirchenfeindlichen und der
katholischen Bevölkerung argernisgebenden Zeitung. Der Herr
Lehrer wird ferner gebittet, den Unterzeichnerten innerhalb der
nächsten Tage wissen zu lassen, wie er sich zur Sache stellt, damit
ein unnötiger Konflikt vermieden wird.
Ensfeld, 8. Dezember 1908.

Die I. Lokalschulinspektion Ensfeld. Rohart.
Der fromme Pfarrer hat zweifellos sein Amt als Lokalschul-
inspektor gemißbraucht; aber im kirchlichen Bayern wird man ihm
deswegen schwerlich ein Haar krümmen.

Nochmals Müller-Meinungen und der Sprachen- paragraf.

Der Abgeordnete für Reiningen hat neuerdings die „Frank-
furter Zeitung“ ersucht, festzustellen, daß die freisinnigen Mitglieder
der Vereinigungskommission die freisinnige Fraktion genau und
loyal unterrichtet haben (über die Stellung der Regierung zur An-
wendung des Sprachenparagrafen auf die Gewerkschaften), sobald
von einer Lösung der Fraktion keine Rede sein
kann, ferner mitzuteilen, daß Herr Müller-Meinungen in seinem
Kommentar den Ausdruck „ganze Gewerkschaftsbewegung“ durch
Einschließen des Wortes „deutsche“ verächtlich hat.
Der Freisinn beteuert aber, daß er wissenschaftlich der An-
nahmebehandlung der polnischen Gewerkschaften zustimmt. Das

hat er aber bei der Beratung des Vereinsgesetzes der Öffentlichkeit
sein verschwiegen. So muß denn auch die „Frankfurter Zeitung“
bedauern, daß danach verjährt worden ist, die Aufklärung weiter
zu erstrecken. Tatsache sei doch, daß ziemlich allgemein die Auf-
lösung bestand, auch die polnische Gewerkschaftsbewegung sei aus
dem Sprachenparagrafen ausgenommen.

Herr Holle.

Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt gegen den Kultusminister
Holle Stellung. Sie polemisiert gegen die Blätter, die eine nahe
Zielung des Kultusministeriums in Aussicht gestellt haben, und
meint, daß an eine Trennung von Kultus und Unterricht zurzeit
nicht zu denken sei.
Kultusminister Holle wird in folgender Weise verhöhnt: „Nichtig
ist es, er hat verlagert; er ist nämlich keines großen Reformers noch
nicht Herr geworden, aber mehr als seine Vorgänger abhängig ge-
blieben von den erfahrenen und zum Teil sehr tüchtigen Direktoren,
die die einzelnen Abteilungen leiten. Althoff hat nach der Ernennung
des Herrn Holle gesagt: „Er ist fleißig, sehr intelligent, und wenn
er so fortfährt und einige Jahre Minister bleibt, wird er schon
noch manches lernen.““

Zur Angelegenheit Hoffmann

schreibt die „Münchener Post“:
„Die „Augsburger Postzeitung“ behandelt des langen und
breiten des Hoffmann, ohne auf den Kernpunkt der derzeitigen
Situation einzugehen.
Die Frage, ob Genosse Hoffmann Volksschuldienst leisten
darf oder nicht, ist völlig ausgeschlossen, nachdem Hoffmann
selbst auf sein Amt als Volksschullehrer verzichtet hat. Daß
wir diesen Verzicht für einen großen Fehler halten, soll nebenbei
bemerket sein.
Für jetzt handelt es sich darum, kann Hoffmann Fort-
bildungsschulunterricht in der Handelslehre erteilen oder wird ihm
das untersagt, weil er Sozialdemokrat ist.
Darüber hat das Kultusministerium, hat die Regierung zu
entscheiden. Und es scheint, daß ihr die Entscheidung sehr schwer
wird. Oder ist das Kultusministerium bereits in den Weihnachtsschlaf
versunken?“
Die „Münchener Post“ erklärt also den Verzicht des
Genossen Hoffmann auf sein Amt als Volksschullehrer
für einen großen Fehler. Es wird gut tun, sich das zu
merken.
Die Ansicht unseres Münchener Parteiorghans, daß wegen
dieses Rücktritts Hoffmanns die Frage, ob er Volks-
schuldienst leisten dürfe oder nicht, völlig
ausgeschlossen sei, können wir nicht teilen. Und zwar des
halb nicht, weil vor diesem Rücktritt schon den Beteiligten
bekannt war, daß Genosse Hoffmann aus seinem Amt
gemahregelt werde, wenn er für die Sozialdemokratie,
kandidierte. Die Androhung der Mahregelung ist hier ebenso
schlimm wie die Mahregelung selber, denn sie bekundet, daß
die bayerische Regierung der Sozialdemokratie die
staatsbürgerliche Gleichberechtigung nicht
zuerkennt.
Auf diese unsere Behauptung sind unsere bayerischen
Parteiblätter immer noch nicht eingegangen. Nach wie vor
verschweigen sie ihren Lesern diese Tatsache! —

Zum Fall Rödel

erläßt der Geschäftsführende Ausschuss des
Deutschen Lehrervereins folgende Erklärung:
„Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins
hat mit tiefem Bedauern von der durch den Großherzoglichen Ober-
schulrat erfolgten Mahregelung des Oberlehrers R. Rödel in
Mannheim Kenntnis genommen. Der Ausschuss, dessen Mitglieder
die Diskussionsrede des Herrn Rödel selbst gehört haben, kann das
Urteil des Großherzoglichen Oberschulrats, daß Herr Rödel das
heimatliche Schulwesen dem Spott und der Mißachtung der aus-
gangs Deutschland und auch aus dem Auslande besuchten Lehr-
erversammlung“ ausgelegt habe, nicht als zutreffend anerkennen.
Ihm ist die Beurteilung des bösartigen Schulzustandes durch Herrn
Rödel als eine auf genauer Kenntnis der Tatsachen beruhende
sachmännische Erörterung erschienen. Er kann auch den Vorwurf,
daß Herr Rödel „alles, was zugunsten der heimischen Schulzustände
hätte lauten und den Beifall der Versammlung finden können,
geistlich unterdrückt“ habe, nicht als berechtigt ansehen; die
Diskussion einer pädagogischen Einzelfrage in einer von Tausenden
von Lehrern besuchten Versammlung erfordert Beschränkung auf
die unbedingt und zunächst zur Sache gehörigen Verhältnisse.
Die Deutsche Lehrerversammlung ist nach Ansicht des Ge-
schäftsführenden Ausschusses die geeignete Stelle, die Vorfälle und
Mängel der Volksschule in den einzelnen deutschen Staaten zur
Sprache zu bringen. Es dürfte deswegen aus der Verlegung tat-
sächlicher Rückständigkeit des heimatischen Schulwesens an dieser
Stelle keinem deutschen Volksschullehrer ein Vorwurf gemacht
werden. Die Deutsche Lehrerversammlung würde ihre Aufgabe
besseren und nicht erfüllen, wenn sie nicht die kenntnisreichsten
Mitglieder des Deutschen Lehrervereins, wie es im Falle Rödel
geschehen ist, dazu anregen würde.“
Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins
bedauert deswegen, daß die Schulbehörde eines Staates, der in der
Pflege und Entwicklung der Volksschule in anderer Beziehung
in anerkannter Weise vorangegangen ist, zur Mahregelung
eines freiwilligen Lehrers sich hat entschließen können. Durch
ähnliche Maßnahmen würde die öffentliche Erörterung von Er-
ziehungs- und Bildungsfragen in großen Versammlungen über-
haupt in Frage gestellt werden.“

Zuckersteuer und Tabaksteuer.

„Also Reichstag werde hart gegenüber allen Versuchen, die
Zuckersteuerherabsetzung zur Verlegung zu bringen“, ruft die
agrarisches „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Nummer 690 vom
16. Dezember 1908.
Jede Erhöhung der Steuer bedeutet Rückgang, jede Ermäßigung
Steigerung des Konsums, argumentiert völlig richtig das Agrarier-
blatt. Zur gegenüber der Tabakindustrie soll das nicht gelten; der
Tabak soll so hoch als möglich besteuert werden, weil — der Tabak
kein Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel ist. Merkwürdig, daß die
„Deutsche Tageszeitung“ aus dieser Tatsache nicht den so einfachen
Schluss zieht, daß gerade deshalb, weil der Tabak ein Genussmittel
ist, er von den Konsumenten um so leichter entbehrt werden kann
und jede durch die Steuer bewirkte Preisserhöhung für Zigarren,
namentlich jetzt in der Zeit der Krise, wo über 400 000 Arbeiter in
Deutschland arbeitslos sind, zu einem enormen Konsumrückgang
führen muß, so daß zu den vielen Arbeitslosen in der Industrie
noch die durch die Zoll- oder Steuererhöhung brotlos gemachten
Tabakarbeiter hinzukommen. —
Klassenjustiz.
Während des letzten Bleienlegerausstandes in Rheinland-West-
falen war es zwischen einem Unternehmer und Streikenden in
Dülledorf zu Vorfällen gekommen. Zwei Arbeitswilige kamen
dem Unternehmer zu Hilfe und schossen acht scharfe Schüsse auf die
Streikenden ab, wobei ein ganz unbeteiligter Bleienleger einen
Schuß durch den Arm erhielt. Die gegen den Unternehmer wegen
Mißhandlung und gegen die Arbeitswiligen wegen der Schießerei
erstattete Anzeige endete mit der Verurteilung der Arbeiter wegen
Hausfriedensbruchs zu je einer Woche Gefängnis.
Die Revolververbrechen wurden nur wegen unerlaubten Waffen-
tragens in eine Vollzeitsstrafe von 8 M. genommen.
Der völlig unverdächtige Angeklagte erstatte nochmals eine
Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Nach zwei Monaten hat er
darauf folgenden Bescheid erhalten:

Der Erste Staatsanwalt.

Auf die Anzeige

dom 11. Oktober 1908.

Ich habe das Verfahren eingestellt. Nach dem Ergebnisse der Ermittlungen in dem Strafverfahren gegen Sie und Genossen wegen Hausfriedensbruch u. a., insbesondere auch nach den Feststellungen des Schöffengerichts vom 1. September 1908 steht nicht genügend fest, wer Sie geschossen hat; auch ist anzunehmen, daß der Täter in Notwehr gehandelt hat. (Unterschrift unleserlich.)

So der Bescheid — obgleich der Mann völlig freigesprochen worden war und die schießenden Arbeitswilligen sich ihrer Lat gerühmt und vor Gericht zugegeben, daß sie nicht in Notwehr gehandelt haben.

Deutscher Staatsbahnwagenverband.

Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet: Die bayerische Regierung genehmigte das in Frankfurt vereinbarte Übereinkommen über die Bildung eines deutschen Staatsbahnwagenverbandes und erklärte damit den Beitritt der bayerischen Staatsbahnenverwaltung einschließlich der pfälzischen Bahnen zum deutschen Staatsbahnwagenverband.

Die Balkantrife.

Ein bulgarischer Protest.

Sofia, 22. Dezember. Die bulgarische Regierung überbandte heute den Vertretern der Großmächte eine Verbalnote, in der sie sich unter Hinweis auf die bisherige korrekte Haltung und die Verständigungsversuche Bulgariens über die unfreundliche Sprache der türkischen Chronikrede gegen Bulgarien beschwert. Die Note sucht auf dem ersten unrichtig übersetzten Wortlaut der Chronikrede. Durch die erfolgte Veröffentlichung des authentischen Textes der Chronikrede wird die Beschwerde teilweise gegenstandslos.

Schweiz.

Sozialistische Erfolge.

Zürich, 21. Dezember. (Fig. Ver.) In Biel, einer 26 000 Einwohner zählenden Uhrmacherstadt haben gestern zum ersten mal nach dem Proporz die Gemeindevahlen stattgefunden, wobei unsere Partei schöne Erfolge errang. Unser Genosse Reimann wurde ohne Gegenlandtag als Stadtpräsident wiedergewählt. Im Kleinen Stadtrat eroberten wir drei neue Sitze und im Großen Stadtrat mit 28 Mandaten deren 8. Die Freisinnigen verloren 11 Sitze und haben deren noch 29, die Katholiken 8. Es hat also keine Partei in der Obligenbürgerbehörde die Mehrheit, aber bald wird sie die Sozialdemokratie haben.

Frankreich.

Unser Wahlsieg.

Paris, 22. Dezember. Die Wähler beschäftigten sich fortwährend mit dem von den geeinigten Sozialisten bei dem Sonntag vorgenommene Kammerwahlen errungenen Erfolge. Jaurès schreibt in der „Humanité“: Die vorgestrichenen Wahlergebnisse haben in der politischen und parlamentarischen Welt großen Eindruck hervorgerufen. Nach einstimmiger Anschauung ist dies der schwerste Schlag, den das Ministerium seit langem erlitten hat, und die ernsteste Warnung, die der am Ruder befindlichen radikalen Partei erteilt wurde.

Für den Frieden.

Bei der Beratung der Artillerievorlage ergriff Jaurès das Wort, um im Namen des Proletariats gegen die unsinnigen Rüstungen zu protestieren, die alle Völker Europas dem Untergange entgegenführten. Redner wünschte, ohne von Frankreich die Abrüstung zu fordern, was das Land fremden Eroberungslustigen preisgeben würde, daß Frankreich allen Völkern ein internationales Übereinkommen vorschläge; er werde bei der Besprechung der Kredite für Marokko auf diese Frage zurückkommen.

Das Wehrwesen.

Paris, 22. Dezember. Die Kammer nahm heute den Regierungsvorschlag betr. Vermehrung der Artillerie mit 473 gegen 75 Stimmen an. Cabinetchef Clemenceau halte erklärt, wenn der Gesetzesentwurf der Regierung nicht angenommen oder wenn der Vertragvorschlag des Abg. Messimy angenommen würde, so würde die Regierung zurücktreten. Kriegsminister Picquart begründete in längerer Ansprache die Notwendigkeit, den Regierungsvorschlag anzunehmen. Außer den Gründen, die er angeben konnte, bestanden noch solche, die er nicht näher bezeichnete.

Italien.

Die Dreibundspolitik.

In der ruhigeren Atmosphäre des Senats suchte gestern Tittoni seine auswärtige Politik zu verteidigen. Von seinen Bemerkungen verdient folgende Stelle hervorgehoben zu werden, in der sich der Minister mit dem Dreibund beschäftigt. Er hob hervor, wie nützlich das Einvernehmen mit England für Italien in der ersten Phase der Balkanpolitik gewesen sei, wie in der zweiten Phase das Einvernehmen mit Rußland. Das befehle keineswegs, daß die italienische Regierung ihr Vorgehen gegen die österreichisch-ungarische Politik gerichtet habe; sie wolle lediglich die italienischen Interessen im Orient gegen jeden, wer es auch sei, sicher stellen. In dieser Beziehung, fuhr der Minister fort, „gibt es nichts, was mit dem Dreibund in Widerspruch steht, dem wir treu sind und bleiben. Diese Politik dient dazu, zu beweisen, daß Italien, treu seinen Bündnissen, dennoch seine Handlungsfreiheit bei der Wahrung seiner nationalen Interessen mit der größten Unabhängigkeit und Würde zur Geltung bringen kann.“

Auch diese Ausführungen beweisen, daß die italienische auswärtige Politik auf das Zusammengehen mit England und Rußland gerade deshalb solchen Wert legt, um gegen den Dreibundgenossen Oesterreich desto energischer auftreten zu können.

England.

Gegen das Oberhand.

London, 21. Dezember. Der Kanzler der Schatzkammer Lloyd-George sagte in einer Rede in Liverpool über die Verwerfung liberaler Maßregeln durch die Lords, Lord Lansdowne hätte sich eine Herrschaft angemacht, die seit den Tagen Karls I. nicht beansprucht worden wäre. Die Rot des Landes mache es zu einer gebieterischen Notwendigkeit, daß der Streit mit den Lords zur Entscheidung gebracht werde. Lloyd-George verteidigte dann eingehend das Freihandelsystem und sagte, anstatt das Brot der Armen zu beflecken, wollten die Liberalen ohne Befähigung der Industrie Steuern erheben. Sie möchten etwas tun, um das Land in die Gewalt des Volkes zu bringen. Die Hilfsquellen des Landes wären durch das alte Feudalsystem gefroren; er lehne sich nach dem Frühling, wenn es taue und das Volk die Erbschaft antrete.

Rußland.

Ein Volksschulgesetz in der Reichsduma. Petersburg, 18. Dezember 1908. (Fig. Ver.) Der neue Gesetzesentwurf der Volksschulkommission über den allgemeinen

elementaren Volksunterricht wird in nächster Zeit in der Reichsduma zur Verhandlung kommen. Daß gerade in Rußland die Einführung der allgemeinen Volksbildung die sehr wesentliche Vorbedingung einer normalen kulturellen Entwicklung ist, bedarf wohl kaum des Beweises. Aus den Ergebnissen der letzten Volkszählung (1897) ist ersichtlich, daß bei und auf 1000 Menschen 789 Analphabeten kommen, also nur 211 zu lesen und schreiben verstehen, während z. B. in Belgien 998, in Deutschland 880, in Frankreich 979 diese Kunst beherrschen. Besonders groß ist die Zahl der Analphabeten unter den Frauen Rußlands: von 1000 Männern sind 707, von 1000 Frauen 889 Analphabeten. Selbst unter den Vertretern des hohen Adels, der gewöhnlich die Privilegien seines Standes mit dem stolzen Hinweis auf seine Bildung und kulturelle Überlegenheit verteidigt, sind von 1000 Menschen 289 Analphabeten: von 1000 Bauern sind 815 Analphabeten. Der am zahlreichsten vertretene Stand, von dessen Wohlstand das wirtschaftliche Gedeihen Rußlands abhängt, ist also zugleich der ungebildetste.

In welchem Maße ist nun die neue Gesetzesvorlage geeignet, dieser schreienden Volksnot abzuhelfen? Dem Projekte zufolge sollen auf eine Schule im Maximum 3 Wert Flächenraum und auf einen Schullehrer nicht mehr als 60 Lernende kommen. Die normale Unterrichtsauer in den Volksschulen soll 4 Jahre betragen. Der Unterricht und die Verpflegung der Schüler mit Büchern und Lehrmitteln ist unentgeltlich. Die Zahl der Schultage soll nicht weniger als 180 im Jahr betragen.

Als Hauptzweck des Elementarunterrichts bezeichnet das Projekt: religiös-sittliche Erziehung, Entwicklung des Heimatgefühls, geistige Ausbildung und körperliche Entwicklung der Kinder. In den Schulen soll gelehrt werden: 1. Religion und kirchlich-slawische Grammatik; 2. russische Sprache; 3. Arithmetik; 4. Gesang; 5. Kalligraphie; 6. Körperübungen. Außerdem sollen den Schülern durch Klassenvorträge elementare Kenntnisse aus der Geschichte und Geographie Rußlands, der Natur- und Gesellschaftskunde beigebracht werden. In den Schulen für Richterinnen ist die russische Sprache obligatorisch; alle anderen Lehrfächer dürfen in der Muttersprache unterrichtet werden.

Wie die Sachen in Rußland jetzt liegen, ruft der Volksunterricht in den Händen von neun verschiedenen Ressorts. Das Projekt fordert die Konzentration dieser Staatsobliegenheit im Ressort der Volksaufklärung, während die lokale Verwaltung der Volksschulen den örtlichen Selbstverwaltungorganen überlassen bleibt.

Für die Realisation der „allgemeinen Volksbildung“ wird ein Termin von 20 Jahren (!) anberaumt. Die gesamten Kosten dieser Reform sind auf 1361 Millionen Rubel veranschlagt, und zwar sind 470 Millionen aus lokalen Mitteln, 891 Millionen aus dem Staatschatz zu entnehmen.

Von all den schönen Bestimmungen wird — fürchten wir — nur eine eingehalten werden: Die Verschleppung der für das russische Volk dringlichsten Reform auf 20 Jahre. Zur Durchführung einer wirklichen Reform mangelt es der herrschenden Bürokratie sowohl an Fähigkeit als an gutem Willen. Und zudem ist Rußland bankrott und, wenn es Anleihen erhält, muß es diese verwenden zur Bezahlung seiner Zinsen und zur Wiederherstellung seiner Militärmacht. Für Kulturzwecke hat dieses Regime kein Geld.

Persien.

Die Lage in Teheran.

Teheran, 21. Dezember. Da es den Nationalisten nicht gelungen ist, auf ihr Vitzgebot um Wiederherstellung der Verfassung eine Antwort vom Schah zu erlangen, nehmen sie nunmehr in den fremden Gesandtschaften Zuflucht. In der türkischen Gesandtschaft sind über 300 Nationalisten versammelt.

Amerika.

Die politische Korruption.

Frankfurt a. M., 22. Dezember. Nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ aus New York sind in Pittsburg 7 Stadtverordnete und 2 Bankiers wegen einer Bestechungsangelegenheit verhaftet worden.

Venezuela.

Castro erledigt?

Port of Spain, 21. Dezember. Vizepräsident Gomez von Venezuela hat ein neues Ministerium gebildet, indem er den Minister des Aeußern Paul und alle bisherigen Minister absetzte und an ihren Platz neue Männer stellte, welche verschiedene Parteien vertreten.

Gesohme Meldungen aus Caracas, wo strengste Zensur gehandhabt wird, besagen, daß in ganz Venezuela Gärung herrsche, seit Castro abgeteilt sei; die Krisis sei vor wenigen Tagen eingetreten, als Gomez genötigt wurde, das Kabinett zu entlassen, dessen Mitglieder zu Castro in engen Beziehungen standen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Gomez selbst verjagt wird, sich der Präsidentenwürde zu bemächtigen.

Beilegung des Konflikts mit Holland?

Aus New York wird vom 22. Dezember gefabelt: Aus Willemstad wird gemeldet, daß die neue venezolanische Regierung das Dekret widerrufen hat, das die Umladung bestimmter Güter nach venezolanischen Häfen in Willemstad verbietet. Die Aufhebung dieser Maßregel kommt nach der in Willemstad herrschenden Auffassung praktisch auf eine Beilegung des holländisch-venezolanischen Streites hinaus und man folgert daraus, daß die Herrschaft Castros in Venezuela beendet ist.

Aus der Partei.

Aus der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, 20. Dezember. (Fig. Ver.) Der außerordentliche Kongress, der die Lokal der belgischen Partei zur Kolonialpolitik zu regeln haben wird, wird am 27. Dezember, anschließend an die Verhandlungen des von Belgischen Statistenden Gewerkschaftskongresses, tagen. Diesem Kongress ging Donnerstag eine Beratung der Brüsseler Föderation voraus. Der von 200 Mitgliedern besuchten Versammlung lag eine Tagesordnung Vanderveelde vor, die im wesentlichen die Verwertung der kapitalistischen Kolonisation ausdrückt und die Einigkeit aller Deputierten in dem Punkte feststellt, gegen das Kongressbudget zu stimmen und allen militärischen Ausgaben entgegenzutreten, die die Regierung gegebenenfalls verlangen würde. Doch bestimmt die Tagesordnung gleichzeitig und nicht ganz ohne Widerspruch, daß den sozialistischen Mandataren die Pflicht obliegt, sich für die Kolonialfrage zu „interessieren“, die Mißbräunde aufzuzeigen und für Abhilfe zu sorgen, wie überhaupt über die Rechte der Eingeborenen zu wachen, jedoch den bürgerlichen Parteien die Verantwortung über die Folgen der Annexionen zu überlassen. Diese Resolution, die die Streitfrage in der Kolonialpolitik teils zu mildern, teils zu umgehen sucht, wurde in ausführlicher Rede von Vanderveelde vertreten, der neben der sozialistischen „atemberaubenden Unerfindlichkeit“ in bezug auf die Annexionsfrage, die praktische Einigkeit feststellt, die darin besteht, das Kongressbudget zu verwerfen und gegen eventuelle

militärische Lasten anzukämpfen. Die Hauptfrage steht Vanderveelde gegenwärtig darin, ob die Arbeiterpartei für die Reformen für die Regierung zutreten habe. Er glaubt nicht, daß dies zum Schaden der belgischen Arbeiter geschehen müßte, die neben den für sie notwendigen Reformen auch die Kraft aufbringen würden, den Regern ihr Recht würde. Es sei unmöglich, daß die Arbeiterpartei das Los der „Schwarzgen“ gleichgültig lasse.

Genosse Vollaert bekämpft in Konsequenz seiner strikten Gegnerschaft gegen alle Kolonialpolitik Vanderveeldes Auffassung bezüglich einer löstspieligen Reformtätigkeit, da diese nur auf Kosten der einheimischen Arbeiter geschähe.

Unterstützt wird Vanderveeldes Tagesordnung, der sich auch Desirée und De Drouedère angeschlossen hatten, u. a. von Huysmans, der die „Vanderveelde-Frage“ als erledigt betrachtet, indem Genosse Vanderveelde heute nur im Geiste der Kongressbeschlüsse für die Intervention zugunsten der Regier gesprochen habe.

Die Vanderveelde-Resolution wird zum Schluß mit allen gegen vier Stimmen und 14 Stimmenthaltungen angenommen. Die Frage der Vertretung im Kolonialrat wird dem Generalkongress zugewiesen.

Die Seine-Föderation über den Toulouser Kongress.

Paris, 21. Dezember. (Fig. Ver.)

Gestern hielt die sozialistische Seine-Föderation einen Kongress ab, der hauptsächlich mit der Diskussion über den Kongress von Toulouse und über die Haltung der Parteitag-Delegierten der Föderation ausgefüllt wurde. Das Referat über den Parteitag erstattete Gen. Vaillant, der darlegte, daß die Resolution von Toulouse nach den vorangegangenen Reibungen die Einigkeit in der Partei auf eine sichere Grundlage gestellt habe, da der Einigungspunkt durch die einstimmige Interpretation zu seinem vollen tatsächlichen und politischen Wert gekommen sei. Ueber das Verhältnis der Vertreter der Mehrheit zu den, in der Presse hauptsächlich von der „Guerre Sociale“ repräsentierten Parteimitgliedern sagte er: „Auch wir geben zu, daß zur Partei nur Sozialisten Zulatz finden können. Wir fügten hinzu, daß alle auf dem Kongress vertretenen Schattierungen durch ihre Redner sich formell als Sozialisten erklärt hätten und daß wir in keinem Fall zu einer gemeinsamen Resolution unsere Zustimmung geben könnten, die auch nur durch die Wiederholung einer auf die Anarchisten bezüglichen Wendung eines internationalen Kongresses den Anschein erlangten könnte, den sozialistischen Charakter gewisser Kongressmitglieder und ihrer Entferrer anzudeuten und sie von vornherein der Möglichkeit einer Ausschließung auszusetzen.“

Trotz dieses Entgegenkommens, das sich ja neulich in der großen Versammlung im Livoli-Bauhall bei der Redigierung der dem Toulouser Beschluß entsprechenden Resolution wiederholt hat, fanden sich die Hervorgerufenen bemächtig, den Protest gegen diesen Beschluß, den sie in Toulouse verabsäumt haben, nachträglich anzubringen und zwar in der ganz widerläufigen Weise, daß sie vom Föderationskongress, auf dem sie nur eine Minderheit repräsentierten, verlangten, er solle die Parteitag-Delegierten dieser Minderheit wegen schlechter Mandatsausübung tadeln. Genosse Renaudel beantragte Uebergang zur Tagesordnung und dieser wurde, allerdings nach einer überlangen Debatte, angenommen. — Der Kongress nahm weiter mit Zweidrittelmehrheit Resolutionen an, worin er die Wahl des Genossen Marius André in die Verwaltungskommission der Partei sowie die gegen Heppenheimer, Drouffe und Breton bewährte Milde bedauerte.

Sozialdemokratische Landtagskandidaturen in Baden.

Kan schreibt und aus Baden: Bei der wegen der Wiederanstellung des Genossen Gustav Lehmann als Landtagskandidaten für den 1. Mannheimer Bezirk vorgenommenen Stimmwahl unterlag er gegenüber dem Genossen Weis mit 118 gegen 227 Stimmen. Damit ist eine Prognose, die gleich nach dem Rürnberger Parteitag gemacht wurde, in Erfüllung gegangen.

Unter der Stichmarke: „Wer nicht pariert, fliegt“, bringt der „Bad. Beob.“ (führendes Zentrumsdorgan) eine satirische Betrachtung über das „Geschick hinter den Kulissen“, welches angeblich gegen die drei Gegner der Budgetbewilligung geführt worden ist. Unsere beiden großen Parteiblätter sind bis jetzt dieser gegnerischen Stichelei nicht entgegengetreten.

Personalien. Als Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“ zu Hof, die in letzter Zeit vom Parteisekretär Genossen Raub betretungsweise redigiert wurde, ist Genosse Blumentritt, zurzeit Redakteur des Organs der freien Turnerschaft in Leipzig, gewählt worden. Genosse Blumentritt, der den letzten Kurs der Parteischule absolviert hat, wird sein Amt antreten, sobald für seinen Posten in Leipzig ein Ersatz gefunden ist.

Aus Industrie und Handel.

Die reinen Walzwerke genarrt.

Die Konferenz der Regierungsvertreter mit Interessenten der Halbleug verarbeitenden Industrie und des Stahlwerksverbandes hat nur einen Nachmittag gedauert. Wenige Stunden genügten, um den Stahlverhändlern den Beweis zu erbringen, daß ihre Preispolitik der Regierung — Segen hat. Die „Köln. Volkszig.“ berichtet über die Verhandlungen: „Aus den Verhandlungen sickerte bisher durch, daß sie von beiden Parteien zeitweilig mit großer Schärfe geführt wurden und vorwiegend der Lage des Feinblechgewerbes galten, und zwar ganz besonders den abseits von Hauptmittelpunkten des Großgewerbes gelegenen Werken an der Sieg und an der Renne. Die Erörterungen erstreckten sich, nach dem, was wir bis jetzt in Erfahrung zu bringen vermochten, auch auf die Preispolitik des Stahlwerksverbandes im Inlande und Auslande, demgemäß also auch auf den für die „reinen“ Walzwerke wichtigsten Punkt, nämlich auf die Preise, welche für die von den abhängigen Werken hergestellten Erzeugnisse erzielbar sind, und auf die durch die Preispolitik des Stahlwerksverbandes verursachte Schwächung der reinen Werke.“

„Ueber die Mittel, wie nun dem „reinen“ Walzwerken bei ihrer traurigen Lage zu helfen wäre, ist jedoch, wie wir hören, Uebereinstimmung leider nicht zu erzielen gewesen. Das Schlüssergebnis der ganzen Verhandlungen scheint uns demnach zu sein, daß die ganze Beratung wirklichen Vorteil für die „reinen“ Walzwerke wiederum nicht gezeitigt hat. Demnach dürften sie sich denn auch gezwungen sehen, ihren schon von vornherein gehegten Plan, den Reichstag mit ihrer Angelegenheit zu befaßen, nunmehr auch mit Nachdruck durchzuführen.“

Kündigungen und Lohnreduktionen.

Auf den Preisen häufen sich jetzt die Kündigungen. Am Montag wurden z. B. auf Hede Blumentritt 60 Arbeiter gekündigt. Auf den Stimmeheln Schächten ist eine Lohnreduktion von 10 Proz. vorgenommen. Gleichzeitig erfolgten Kündigungen.

Einnahmen der Eisenbahnen.

Auf den preussisch-hessischen Eisenbahnen wurden im November 1908 vereinnahmt: Aus dem Personenverkehr 86 488 000 M. (+ 1 288 000), aus dem Güterverkehr 107 430 000 M. (— 7 668 000) und aus sonstigen Quellen 9 594 000 M. (— 894 000). Insgesamt betrug im November 1908 die Einnahme 203 512 000 M. (— 2 779 000), das ist 4,53 Proz. weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Seit Beginn des Rechnungsjahres betragen die Einnahmen aus dem Personenverkehr 838 450 000 M. (— 14 894 000).

Abnahme der Handweberei in Schlesien.

Nach dem Jahresberichte der Schwebniger Handelskammer, umfassend die Kreise Reichenbach, Schweidnitz-Stadt, Land, Striegau und Waldenburg für das Jahr 1907 hat die Zahl der Handweberei im Handelskammerbezirk seit der letzten Aufnahme (Februar 1905) wiederum eine erhebliche Verminderung erfahren, und zwar von 3120 auf 2527 Köpfe, das sind 19 Proz. Der verhältnismäßig stärkste Rückgang machte sich diesmal im Kreise Waldenburg bemerkbar, wo er im Jahresdurchschnitt 8,18 Proz. ausmachte. Fabrikhandwerker, d. h. solche, die in Werkstätten arbeiten, in welchen 10 und mehr Handweber beschäftigt sind, von denen die letzte Statistik keinen Aufweis, erschienen diesmal in der Zahl von 9. Die Zahl der Meister und selbständigen Weber hat diesmal stärker abgenommen als die Zahl der Gehilfen, indem die Abnahme bei den letzteren während der Jahre 1905—1907 18,6 Proz., also im Durchschnitt 5,5 Proz. betrug, während die Abnahme bei den Meistern 19,9 Proz. bezw. im Durchschnitt 6,8 Proz. ausmachte (bei der Fällung 1905: 8,54 Proz. bei den Gehilfen, 8 Proz. bei den Meistern). Die Zahl der nur mit Webern sich beschäftigenden Personen ist wiederum stärker zurückgegangen als die Zahl der auch mit anderen Erwerbssachen beschäftigten Weber, nämlich um 21,5 Proz. gegen 7,8 Proz., d. h. im Jahresdurchschnitt von 7,1 Proz. (1905: 6,8 Proz. gegen 5,9 Proz.). Was das Alter anlangt, so machten 50- bis 60-jährige Personen etwa 60 Proz., die 60- bis 70-jährigen über 50 Proz. und die 80-jährigen noch über 8 Proz. der Gesamtzahlen aus. Dies scheint wohl auf ein rasches Absterben dieser rückständigen Betriebsweise hinzudeuten.

Dernburgs Diamanten.

Staatssekretär Dernburg hat in Südafrika Diamanten angeklagt. Das Reichskolonialamt hat dem Gouverneur telegraphisch die notwendigen Paragraphen mitgeteilt. Jedes Karat Diamant kostet 10 M. Ausschuss, ein Schürfschein 1000 M. pro Jahr, jeder Diamant ist in ein Buch einzutragen, kostet 1 M. pro Stein. Also die idealsten und echt deutschen Rohmaterialien sind sämtlich vorhanden, nur die Diamanten wollen nicht recht kommen. Dernburgs Geologe „hofft“ täglich 5000 Karat fördern zu können. Dazu schreibt das „W. Z.“, daß die Voreis Mine, die heute den Löwenanteil der Weltproduktion besitzt, aus 720 Kilogramm Material 1/4 Karat Diamanten gewinnt. Um 5000 Karat zu erhalten müssen also pro Tag 11 Millionen Kilogramm Material gefördert werden. Dernburg spricht von einem Durchschnittspreis von 88 sh pro Karat. Die beste Mine der Welt, die „Premier“, erreicht einen Erlös von nur 18 sh 4 dl. Dernburg hat mit seiner Diamantengeschichte die von der Dattelsteine noch weit in den Schatten gestellt.

Gewerkschaftliches.

Grubensicherheit — Grubenkontrolle.

Nicht Mann an Stidgasen betäubt aus dem Schacht V (Merlenbach) der Grube Saar und Mosel herausgeschafft, das ist der Abschluss jener bekannten Erklärung, daß keinerlei Betriebsgefahren bestanden hätten, noch bestünden. Am 5. Dezember wurde bekanntlich der Streik auf genanntem Schacht abgebrochen, nachdem durch ein offizielles Protokoll seitens des kaiserlichen Bergmeisters v. Braunmühl und des Bergassessors Goebel, der Direktion und vier Streikbrecher unterschrieben erklärt wurde, daß keine Lebensgefahr mehr in der Grube bestünde, noch bestanden habe, und da den Bergleuten jede Möglichkeit genommen war, ihrerseits die Grube zu befehlen, um durch Urteil praktischer und ehrlicher Bergleute dieses zu bestätigen oder das Gegenteil zu beweisen, mußten sie anfahren. Dazu kam noch, daß der Kreisdirektor v. Voellwarth, die beiden Herren Bürgermeister von Spittel und Merlenbach für die Richtigkeit der Angaben über die bergmeisterliche Grubenkontrolle sich verbürgten, der offizielle Apparat geschlossen gegen die Vergleuten rapportierte, und jetzt erhalten wir die Mitteilung, daß am 18. Dezember acht Mann durch Stidgasen betäubt aus der Grube geschleppt wurden! Bei dem Unfall, der dem Obersteiger Somberg am 28. November zustieß, wie bei demjenigen des Bergmeisters v. Braunmühl bestritt man offiziell, daß Stidgasbetäubung die Ursache gewesen sei. Hier hört das Abstreiten aber auf und von neuem ist die Unzulänglichkeit unserer Grubenkontrolle trefflich bewiesen. Den Verteidigern der heutigen Grubenkontrolle scheint der Unglücksfall Merlenbach zum Verhängnis zu werden; denn an den Schlag auf Schlag sich wiederholenden Ereignissen zerfallen alle bergmeisterlichen und landrätlichen Erklärungen.

Weiter wird noch von einem früheren Wettermann R. mitgeteilt, daß die Wettermänner oder Vorfahrer, deren Aufgabe es ist, den Grubenbau zwei Stunden vor der Anfahrt der Besatzung zu befehlen, um den Weiterstand nach vor der Anfahrt den Revier- oder Abteilungsleitern zu melden, gleichzeitig aber auch den Befund in ein Wetterbuch einzutragen, wie in der Grube auf Warnungstafeln durch bestimmte Kreidezeichnungen anzugeben, ob die Strede weitterfrei ist oder nicht, daß diese Eintragungen mit Vorsicht aufzunehmen seien. Diesen Wettermännern oder Vorfahrern steht nur die Wetterlampe zur Prüfung des Weiterstandes zur Verfügung, weshalb ihre Angaben auf Urteil beruhen, aber dennoch duranweg richtig und zuverlässig sind. Doch weil die Vorfahrer nur ein Urteil, kein Resultat, abgeben können, ist ihnen auch nur gestattet, ihr Urteil mit Bleistift ins Wetterbuch einzutragen, während der Steiger, nachdem er das Revier befahren hat, die endgültige Eintragung nach seinem Urteil oder Befunde mit Tinte macht, wobei nicht selten das Urteil des Vorfahrers eine wesentliche Korrektur erfährt! Da die Bergbehörde sich aber auf dieses, von der Verwaltung geführte Wetterbuch verläßt, ihre Urteile gerade auf dieses Wetterbuch stützt, muß verlangt werden, daß die Wettermänner oder Vorfahrer ein besonderes Wetterbuch führen, in das niemand außer ihnen das Recht haben darf, Eintragungen zu machen oder noch Korrekturen vorzunehmen. Stimmt das Wetterbuch der Vorfahrer dann nachher mit dem der Verwaltung nicht überein, dann soll die Bergbehörde nachprüfen, wer recht hat. Nach Reeben hat man sich offiziell, selbst der Handelsminister, hinter die Vorfahrer versteckt, die angeblich gemeldet hätten, daß alles weitterfrei gewesen wäre. Die Vorfahrer sind tot, können nicht mehr widersprechen, aber auch hier wurde von Vergleuten behauptet, die Vorfahrer hätten tatsächlich das Vorhandensein der Wetter gemeldet, und zwar schon mehrere Tage vorher.

Es wird Aufgabe unserer Parlamentsvertreter sein, auf diesen Punkt ganz besonderen Wert zu legen. Denn verfrücht sich die Bergbehörde und Grubenverwaltung hinter die Vorfahrer, sollen diese damit eine so schwere Verantwortung auf sich nehmen, muß ihnen das Recht eingeräumt werden, ihr Urteil selbständig und unverändert in einem besonderen Jahrbuch niederzulegen.

Berlin und Umgegend.

Nachträge zur Berliner Kohlelegerbewegung.

In der Morgenausgabe der Berliner „Volkszeitung“ vom 22. d. M. ist unter der Überschrift: „Nachträge zur Kohlelegerbewegung“ eine Berichtigung der Arbeiterbewegung veröffentlicht, welche in Wirklichkeit keine Berichtigung ist, sondern ein Beweis der Richtigkeit des Verdicts von der Kohlelegerversammlung, wie solcher im „Vorwärts“ am Dienstag, den 15. d. M., zu lesen war.

Nur auf einiges wollen wir an dieser Stelle erwidern. Es heißt: Die weitest größte Mehrheit der Berliner Kohleleger und Helfer, etwa 2300 Mann, seien zufrieden mit dem Vertrag und seien nicht Mitglieder der drei Verbände (gemeint sind der Deutsche Metallarbeiterverband, der Kupferschmiedeverband und der Schmiedeverband), sondern die weitest größte Mehrheit habe den Tarifvertrag geschlossen.

Demgegenüber wollen wir nur darauf hinweisen, daß bei der Wahl für die Gewergerichtspräsidenten die „tariffreie Arbeiterorganisation“ 529 Stimmen erhalten hat. Das ist doch noch lange kein Beweis, daß die Mehrheit der Berliner Kohleleger und Helfer mit dem Tarif zufrieden ist.

Wenn weiter behauptet wird, es handelt sich um eine wenig bedeutungsvolle Frage, ob die paar hundert Mitglieder der drei Verbände durch ihre Verbandsleitung den Tarif anerkennen oder nicht, so wollen wir nur die eine Frage erlauben: Warum haben die Arbeitgeber denn in dem Schreiben vom 3. Oktober behauptet, daß ein außertarifliches Arbeitsverhältnis unserer Mitglieder nicht angängig ist? Und warum hat man denn die Sitzung am 8. d. M. mit den Herren aus der Arbeiterseite gleich abgebrochen, hat dieselben fortgeschickt, um mit uns über die „wenig bedeutungsvolle Frage“ zu verhandeln, und zwar 1 1/2 Stunde lang? Ja, warum haben die Herren Arbeitgeber am 8. Dezember sich solche Mühe gegeben, um uns als Vertreter von den paar hundert Mitgliedern zu überzeugen, wie gut es wäre, wenn wir den „sich gut bewährten Tarif“ anerkennen würden? Warum denn überhaupt erst die Einladung, wenn den Arbeitgebern die Sache so „wenig bedeutungsvoll“ erschien? Sonderbar, daß für die Arbeitgeber diese Angelegenheit erst jetzt so bedeutungslos geworden ist, wo wir es abgelehnt haben, den Tarif anzuerkennen.

Wenn dann in der Berichtigung behauptet wird, daß es nicht richtig ist, daß wir aufgefordert wurden, die Abänderungsvorschläge schriftlich einzureichen, so sei hier folgendes gesagt: Der Vertreter der Arbeitgeber, welcher neben Herrn Vetter sah, hatte den Vorschlag gemacht, daß die Arbeitnehmer ihre Vorschläge schriftlich einreichen sollen. Und von uns wurde darauf gesagt, wir wären dazu bereit, wenn die Herren die Vollmacht haben, uns zu erklären, daß Aussicht vorhanden ist, uns Konzessionen zu machen. Als dies verneint wurde, da stimmte der Obmann der Arbeitgeber unserer Meinung zu und gab uns mit unserer Meinung recht.

Aber das eine wollen wir den Herren der Berichtigung auch nicht vorenthalten. Als wir sagten, daß während des Streiks wir Herrn Vetter Vorschläge betreffs Abänderung des Tarifs gemacht haben, da bemerkte Herr Obermeister Grün: Davon ist uns nichts bekannt. Man konnte sich bei Eindruck nicht erwehren, als ob der Obmann der Arbeitgeber seinen Kommissionskollegen von dieser Sache nichts mitgeteilt hätte.

Im übrigen bestätigen wir, daß der Bericht im „Vorwärts“ Nr. 293 durchaus richtig ist und den Tatsachen entspricht. Jedoch verstehen wir, daß die Leitung des Arbeitgeberverbandes den „Diesenhalten“ eine Gefügigkeit erweist; denn eine Hand wäscht die andere.

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Wenn in der Berichtigung von einer planlosen Forderung von Stunden in der Existenz die Rede ist, dann wollen wir nur auf das Vertrauensvotum hinweisen, was uns die Versammlung unserer Mitglieder von der Kohlelegerbranche am 13. d. M. ausstellte.

Diese Kundgebung ist uns lieber und wertvoller als eine Anerkennung der Herren Arbeitgeber über eine etwaige verständige Haltung, wenn wir ihren Wünschen gefügig wären, wie es andere Leute getan haben.

Deutscher Metallarbeiterverband. J. A.: Otto Handke.
Verband der Kupferschmiede. J. A.: Arthur Schinke.
Zentralverband der Schmiede. J. A.: A. Schlingensiefel.

Lehrlingsknebelung.

Von der Handwerkskammer Berlin werden in nächster Zeit „neue“ Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen. In denselben fehlt auch nicht eine jener veralteten gesetzlichen Bestimmungen, wo der Lehrling der „väterlichen Zucht“ des Lehrherrn unterworfen ist und er dann nach altem Brauch und Sitten erzogen werden kann. Neu ist in dem Entwurf Absatz 5—8 des § 10 mit folgendem Wortlaut:

„Den Lehrlingen unter 16 Jahren ist der Besuch von Schank- und anderen öffentlichen Lokalen nur in Begleitung erwachsener Angehöriger oder des Lehrherrn gestattet.“

Der Lehrherr kann im Lehrvertrag vereinbaren, daß der Lehrling ohne seine Genehmigung weder Vereinen beitreten noch Versammlungen besuchen darf.“

Mit diesen Sähen ist dem Wohlwollen der Handwerksmeister und sonstigen Innungsgrößen von Seiten der Handwerkskammer Rechnung getragen worden, um die ihnen sehr unbenahmte Jugendorganisation vernichten zu können. Eine weitere Bestimmung aus grauer Urzeit bildet der § 15:

„Rechtswidriges Verlassen der Lehre.“

Verläßt der Lehrling ohne Zustimmung des Lehrherrn die Lehre, so kann der Lehrherr entweder nach § 12 Absatz 1 Ziffer 3 den Lehrling entlassen (wegen Entschädigungsforderung vergl. § 16) oder die polizeiliche Rückführung des Lehrlings beantragen. Dieser Antrag ist nur zulässig, wenn ein ordnungsmäßiger, schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen ist und wenn er binnen einer Woche nach dem Verlassen der Lehre erfolgt. Die Polizeibehörde kann den Lehrling entweder zwangsweise zurückführen oder ihn durch Androhung von Geldstrafe bis zu 50 M. oder Haft bis zu fünf Tagen zur Fortsetzung der Lehre veranlassen.“

Zu der Vollversammlung, wo diese „neuen“ Vorschriften beschlossen wurden, war auch der Gesellenauschuss geladen; als er jedoch in der Versammlung Platz nahm, kamen die Herren in arge Verlegenheit. Es handelte sich um die Debatte, wovon die Gesellen nichts erfahren sollten. Der Redner wurde von dem Vorsitzenden unterbrochen und der Gesellenauschuss erlucht, so lange draußen zu warten, bis die Lehrlingsfrage zur Beratung steht. Der Gesellenauschuss glaubte, dieser öffentlichen Versammlung mit Recht als Zuhörer angehört zu dürfen und blieb. Sofort machten die Herren auf Antrag eines Obermeisters aus der bisher öffentlichen Versammlung eine geheime Sitzung. Auch die Vertreter der Presse mußten den Saal verlassen. Der Gesellenauschuss hat gegen diese Maßnahme Protest erhoben.

Bei der Beratung selbst wollten die Herren Zeit gewinnen und einer von ihnen empfahl, die im Druck vorliegenden Vorschriften en bloc anzunehmen. Dem wurde widersprochen; nur dadurch war dem Gesellenauschuss noch Gelegenheit gegeben, gegen die zum Teil der Gesellenordnung ähnlichen Vorschriften Stellung zu nehmen. Alle Versuche, einige besonders harte Bestimmungen zu mildern, wie auch die Streichung der im § 10 Absatz 5—8 vorgesehenen Bestimmungen, blieben erfolglos. Haben diese Sähe auch keinen besonderen Wert, weil sie praktisch nicht durchführbar sind, so öffnen sie der Schikane Tür und Tor. Der Jugendbewegung aber werden sie kaum schaden können.

Deutsches Reich.

Die Krise als Förderungsmittel für die gelben Gewerkschaften.
Vielefach hat es sich gezeigt, daß während der gegenwärtigen Krise die Gelben zuerst aus den Betrieben entlassen wurden. Es liegt dies ganz in der Natur der Sache. Rameist sind es Arbeiter mit nur geringen Fähigkeiten, die sich den gelben Vereinen anschließen, um sich so die Gunst der Unternehmer zu ergattern, und

diese unfähigen Arbeiter stoßen die Unternehmer im Besitz des Arbeitsmangels aber zuerst ab, ohne auf deren „gute Gefinnung“ einen Wert zu legen. Den reichsverbändlerischen Führern ist dies bereits aufgefallen und so wendet sich der sogenannte „Förderungsausschuss der Vaterländischen Arbeitervereine“ soeben mit folgendem Aufsat auf die Arbeitgeberverbände:

„Wir sehen im Zeichen niederziehender Konjunktur Arbeiterentlassungen sind allerorten an der Tagesordnung. Selten dürfte eine Gelegenheit so günstig gewesen sein, den Standpunkt der deutschen Arbeitgebervereine ihren Arbeitern gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Wäre es, um den bis jetzt noch überall stiefmütterlich behandelten Vaterländischen gesinnnten Arbeitern einen Beweis des Wohlwollens und der Unterstützung zu gewähren, nicht außerordentlich empfehlenswert, bei diesen Entlassungen Rücksicht auf die eben erwähnte Kategorie von Arbeitern zu nehmen und dafür zu sorgen, daß sie, wo irgend angängig, nicht entlassen, sondern dem bisherigen Betriebe erhalten bleiben? Eine solche Maßregel würde das Selbstgefühl der Vaterländischen gesinnnten Arbeiterkräften, der Zulauf zu unseren Organisationen würde sich vermehren und der Sozialdemokratie eventuell ein nicht unbedeutender Abbruch dadurch zuteil werden. Wir gestatten uns, die verehrliche Organisation der deutschen Arbeitgebervereine auf diesen Standpunkt aufmerksam zu machen und wir versprechen uns von einer derartigen Maßregel keineswegs unwesentliche Erfolge.“

Etwas muß geschehen. Die Vaterländisch gesinnnte Arbeiterschaft muß wissen, daß sie Unterstützung findet. Sie, die in erster Linie um ein besseres Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bemüht ist, ist doch zunächst berechtigt, auch Schutz von Seiten ihrer Vorgesetzten zu verlangen. Geschieht dies nicht und werden sie nicht unterstützt, so wird ihr Interesse erlahmen und sie werden alsdann den ausichtslosen Kampf gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie ausgeben.

Aus all diesen Gründen glauben wir nicht veräumen zu dürfen, Ihnen die von uns dargelegten Feststellungen zur Erwägung anheimzustellen, und wir sind gern bereit, eventuelle Fragen Ihrerseits über die dort bestehenden Vaterländischen und reichstreuen Vereine sowie über deren Mitglieder, soweit uns deren Namen zugänglich sind, zu beantworten.

In der Hoffnung, Sie im Einverständnis mit unserem Vorschläge zu wissen, verbleiben wir mit vorzüglicher Hochachtung der Förderungsausschuss.
gez. v. Loebl.“

Ziel nützen wird das allerdings nicht, denn abgesehen von einigen besonders energierichten Scharfmachern wollen die Unternehmer für den gezahlten Lohn nur möglichst viel und gute Arbeit. Die gute Gefinnung allein bringt keinen Profit.

Deutscher Bergarbeitertag.

Mitte Januar wird von sämtlichen Bergarbeiterorganisationen ein allgemeiner Bergarbeitertag einberufen, auf dem zu den Vorgängen im Bergbau Stellung genommen werden soll.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgefäht!

New York, 22. Dezember. (W. T. V.) Auf deutsch-antilatischem Kabel. Der „Associated Press“ wird aus Caracas vom 21. Dezember gemeldet: Der Sturz Capros wurde am Sonnabend vollendet, nachdem ein Komplott gegen das Leben des Vizepräsidenten Gomez vereitelt worden war. Zwischen Castro in Berlin und seinen hiesigen Agenten sind seit den Kundgebungen gegen den Präsidenten am 13. und 14. Dezember geheime diffirierte Kabeltelegramme gewechselt worden. Ein bedeutender Rechtsanwalt erhob beim hiesigen Bundesgericht gegen Castro die Beschuldigung, an dem Attentatsversuch mitschuldigt zu sein, und er schlägt vor, den Präsidenten in den Anklagezustand zu versetzen.

New York, 22. Dezember. (W. T. V.) Die „Associated Press“ meldet aus Caracas: Die Panf von Venezuela hat durch Kabeltelegramme an die mit ihr in Geschäftsverbindung stehenden Banken den dem Präsidenten Castro bei seiner Abreise nach Europa eingeräumten unbeschränkten Kredit gesperrt.

London, 22. Dezember. (W. T. V.) Dem Reuterschen Bureau wird unterm 18. Dezember aus Caracas gemeldet: Der Wechsel im Ministerium wurde nicht eher bekannt gegeben, als bis in der Hauptstadt aus dem Innern des Landes 1500 dem Vizepräsidenten Gomez ergebene Truppen eingetroffen waren. Es herrscht hier zurzeit überall lebhafteste militärische Bewegung. Es werden Truppen ausgehoben und unter Ausbietung großer Eile bewaffnet, da man glaubt, daß es im Landesinnern noch Anhänger Capros gibt, die für ihn kämpfen werden.

Wer anderen eine Grube gräbt . . .

München, 22. Dezember. (W. T. V.) Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ zufolge hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts München die von dem Absender der bekannten anonymen Reklamebriefe Ganter eingelegte Haftbeschwerde abgewiesen.

Eisenbahnunglück.

Mosk., 22. Dezember. (W. T. V.) Umlische Meldung. Heute nachmittag 4 Uhr 21 Minuten rief bei Le Sablon-West der Personenzug 1074, von Rodeant kommend, auf eine von Hauptbahnhofs falsch abgelassene Maschine. Hierbei wurden ein Lokomotivführer schwer, drei Reisende ziemlich schwer, 15 Personen leicht verletzt. Die Verletzten wurden sofort durch zwei Bahnärzte verbunden. Schwerverletzt ist der Lokomotivführer Carl Grün aus Le Sablon, ziemlich schwer verletzt sind Frau Esch, Kaufmann Isidor Leon-Reg und Parret Winter-Diedenhofen.

Schmiergeld.

Mosk., 22. Dezember. (W. T. V.) Die Staatsanwaltschaft als Verurteilungsbefugte bestätigte das feinerzeit gefällte Urteil des Schöffengerichts, durch das Amtsgerichtsdirektor Schmitz von der Anklage, den Ingenieur Rausch beleidigt zu haben, freigesprochen wurde. Schmitz hatte Rausch, der damals im Dienste der Stadt Diedenhofen stand, Beschuldigung vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft erachtete den Wahrheitsbeweis für erbracht, daß Rausch sich etwa 10 bis 12 000 M. Schmiergelde habe zahlen lassen.

Die kleinen Diebe kängt man . . .

Paris, 22. Dezember. (W. T. V.) „Antanfricant“ veröffentlicht bezüglich der Steinheilkunde einen Artikel, worin der Vizepräsident der Kammer Etienne als diejenige Persönlichkeit bezeichnet wird, welche am Vorabend des Dramas eine längere heftige Auseinandersetzung mit dem Maler Steinheil und seiner Schwiegermutter Japp gehabt hatte. Auch „Libre Parole“ macht ähnliche Auspielungen, desgleichen der Korrespondent der Londoner „Daily News“. Diese Blätter versichern, daß an zuständiger Stelle der Schlüssel des Rätsels längst bekannt sei und daß die beteiligten Persönlichkeiten wegen ihrer hohen Stellungen, die sie einnehmen, bisher noch nicht verhört worden sind.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

Wie bereits im Vorjahre erwähnt, hält es sehr schwer, die Verhältnisse der von den Landräten usw. verwalteten landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen zu erhalten. Warten muß man schon bis zum Dezember d. J., um den Bericht für das Jahr 1907 fordern zu dürfen. Die Herren haben keine Zeit, die kümmerlichen Zahlen zusammenzustellen, die man dann als „Berichte“ herausgibt. Wer die armen Verlegten Monate, ja Jahre auf ihre lange Rente warten läßt, bringt es auch fertig, alle zwei Jahre nur einen „Bericht“ über die Tätigkeit der Berufsvereinigungen herauszugeben. Deshalb waren auch im Jahre 1908 sehr viele Berichte wieder nicht zu erhalten, verschiedene waren „bereits vergriffen“. Die Verwaltung der Berufsvereinigungen ist eben jammervoll, die Verhältnisse selbst ja rechtlos, ohne Einfluß. Dem Reichsversicherungsamt scheint jeder irgendwie zusammengestoppelte Wisch als „Bericht“ recht zu sein.

Table with columns: Landwirtschaftliche Berufsvereinigungen, Betriebe (1906, 1907), Unfälle (1907, 1908). Lists various regions like Posen, Ostpreußen, etc.

In den Berichten ist manchmal auch die Zahl der versicherten Nebenbetriebe angegeben, doch herrscht auch hier keine Einheitlichkeit. Die Berichte, welche keine Angaben über die Zahl der versicherten Betriebe gemacht haben, führen aber desto wichtiger die Zahl der „Eingänge“ nach dem Tagebuch auf! Der Bericht der Berufsvereinigungen „Lothringen“ trägt der französisch sprechenden Land-

bevölkerung Rechnung und erscheint in zwei Sprachen. Daß man das „erlaubt“? Die „Polenfrage“ muß größer sein, denn der Bericht „Posen“ erscheint im „reinsten Deutsch“! Sehr groß ist der Rückgang der Betriebe im „Ober-Elsas“! Der Bericht erwähnt: „Was den Ausfall einer Betriebsfläche von 11 650,74 Hektar (Differenz der alten und der neuen Verzeichnisse) betrifft und worüber die Gemeinden einzeln um Auskunft ersucht worden sind, muß gesagt werden, daß aus dem bereits im vorstehenden Abfah erwähnten Grunde in den alten Verzeichnissen nicht unerhebliche Doppelveranlagungen bestanden und daß seit der Neuauflistung der Verzeichnisse im Jahre 1903 große Flächen für Befestigungen, Exerzierplätze, Kasernenbauten, Bergwerk, Fabrik, Eisenbahn- und Bahnhofsanlagen, für die Errichtung der Irrenanstalt in Rufach, durch die Ueberweisung landwirtschaftlicher Betriebe an gewerbliche Berufsvereinigungen aus den Verzeichnissen ausgeschieden waren.“

Table with columns: Kreis, Zahl der Betriebe, Davon (landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, Gärtnerei, gemischte), Größe der Wirtschaftsfläche (bis 5 ha, 5 bis 10 ha, 10 bis 20 ha, über 20 ha), Betriebe ohne Nebenwirtschaftung.

Unter diesen 89 410 Betrieben sind 83 924, deren Unternehmer mit ihren Ehefrauen nach den vom Vorstande aufgestellten Normen zur Erzielung eines Brutto-Jahres-

Grubenmillionäre über dem Kochtopfe der Arbeiterfrau.

In Ausbeutekreisen hat die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ und der unnütz weggeworfene „Arbeitergroßes“ von jeher eine große Rolle gespielt. Um wieviel leichter und rascher könnten sich nicht die Millionen in den Geldsäcken der Kapitalisten zusammenballen, wenn die Arbeiter weniger begehrlich wären, und wie herrlich könnte der Klassenstaat gedeihen, wenn die Arbeiter all ihre „Großes“ in Form von Steuern willig auf den „Altar des Vaterlandes“ niederlegen wollten, anstatt sie für Streikzwecke anzusammeln. Aber ein Beispiel von solch zynischer Unternehmerrücksicht, wie wir es nachstehend unseren Lesern an der Hand von Altentücken zu übermitteln vermögen, ist bisher noch nicht offenbar geworden.

Table with columns: Klasse I, 75 Tage erforderlich sind, 1906, 1907. Lists various classes and their corresponding values.

zur Sprache gekommenen Denkschrift übersenden wir Euer Hochwohlgeboren ergebnis in der Anlage das uns von der Fürstlichen Bergwerksdirektion in Aussicht gestellte Material, welches zur Beurteilung der Zuverlässigkeit der Angaben über die Kosten des Lebensunterhalts einer mehrköpfigen Familie geeignet erscheint, zur gefälligen Kenntnis. Auf Wunsch des Herrn Bergwerksdirektors Salzer bitten wir noch besonders um vertrauliche Behandlung des Materials.

Der Vorstand Brunenberg Hammer Bergschäfer. Anlage. Schloß Waldenburg, den 25. April 1908. An den Verein für die bergbauischen Interessen Niederschlesiens Waldenburg.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Unterzeichneten in der letzten Sitzung beschreiben wir uns, zu dem Rundschreiben vom 21. Januar d. J. — Nr. 1418/07 — beifolgend ergebnis eine Zusammenstellung zu übersenden, in welcher die Angaben der katholischen Arbeitervereine über die Kosten des Lebensunterhalts für 1 Familie von 4 Personen, 1 5 6 1 5 6 1 5 6

Wissenschaft und Skepsis.

Wie ein roter Faden durchzieht die Skepsis die Geschichte der epochemachenden Erfindungen und Entdeckungen. Nicht nur die Latenteit begegnet diesen anfangs mit Ungläubigkeit und Mißtrauen, auch die Gelehrtenwelt zeigt gegen neue Probleme und Theorien fast stets ein völlig ablehnendes Verhalten, das sich oft bis zur gefährlichen Feindseligkeit steigert. Auf den ersten Blick scheint besonders die Stellungnahme der Wissenschaft verwunderlich. Geben wir aber deren Wesen auf den Grund, betrachten wir die Motive ihrer Handlungsweise näher, so wird diese und verständlicher. Denn Wissenschaft ist Ordnen, Kubifizieren, Wissenschaft ist das Bestreben, alle Daseinsformen und Erscheinungen unter Gesetze zu stellen, diese möglichst auszugestalten und das Ganze in ein fertiges System zu bringen. Selten stimmt nun eine neue, überraschende Tatsache mit den bekannten Naturgesetzen überein, ja oft widerspricht sie allem bisher Gewohlenen und Gelehrteten und stürzt so ein mühsam ausgedachtes und ausgebautes System über den Haufen. Daher der Widerstand der Wissenschaft, der einerseits einem berechtigten Egoismus entspringt, andererseits dem Bestreben seine Entdeckung verdankt, das Neue erst dann anzuerkennen, wenn dessen Ergeben genügend gesichert ist. Würde dieses nicht geschehen, sagt Professor Simony (Ueber das Prinzip der Erhaltung der Energie), so wäre das Licht der Erkenntnis wohl kein ruhig strahlendes; es würde dann eher ein loderndes, im Windhauch hin- und herbewegtes Fackel zu vergleichen sein, zwar weithin leuchtend, aber unfähig, irgend ein Objekt der Erkenntnis in voller Schärfe und Klarheit hervorzuheben zu lassen. Auch ist der harte Kampf um Dasein, der jeder großen Idee in ihren ersten Entwicklungsphasen zu teil wird, das mächtigste Förderungsmitel für diese selbst, zumal an früherer Widerstand — wenigstens für kraftvolle Naturen — das wirksamste Motiv bildet, alle ihre Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung und möglichst klaren, überzeugenden Darstellung des neuen Gedankens einzusetzen.

Ein paar Jahrzehnte vorher wollte Fulton die Dampfkraft für die Schifffahrt nutzbar machen. Er unterbreitete Napoleon I. seinen Plan, der ihn der Pariser Akademie zur Begutachtung übergab. Diese wies mathematisch nach, daß die Ausführung der Idee außer dem Bereiche der Möglichkeit liege und nannte Fulton einen Visionär. Zu spät berouete Napoleon, daß er nicht seiner eigenen Eingebung gefolgt war und als ihm auf seiner Deportation nach St. Helena der erste englische Dampfer zur Besichte kam, meinte er wehmütig: Als ich Fulton aus meinem Kabinette entließ, verjagte ich meine Krone. Eine bahnbrechende Entdeckung auf dem Gebiete der Medizin machte Mitte des vorigen Jahrhunderts der französische Forscher Tissot. Er fand, daß der Star nur eine Trübung der Linse, also operationsfähig sei. Die Akademie behandelte ihn aber, als er ihr das Ergebnis seiner Forschungen unterbreiten wollte, mit „unerbittlicher Grobheit“. Ein wenig glimpflicher verfuhr man mit Arago, als dieser die Diskussion über den elektrischen Telegraphen eröffnen wollte; denn er wurde von seinen Kollegen nur verpöppet. Den weltberühmten Entdecker der Wärmehierarchie, Julius Robert Mayer, bedrückte die dankbare Mittelt im Irrenhaus, und noch gar nicht lange ist es her, daß eine unserer ersten, wissenschaftlichen Zeitschriften die Abhandlung von Philipp Reiss, in der der Erfinder des Telegraphen die Frucht seines Scharfsinns der wissenschaftlichen Welt vorlegen wollte, zurückwies mit dem Bemerkung, daß für einen solchen Dummzug kein Raum vorhanden sei. Und als er seine Erfindung in der Physikalischen Gesellschaft zu Frankfurt a. M. vorführte, erklärte der Professor der Physik und spätere Präsident der Internationalen Elektrikerversammlung, Poggenдорff, sie für eine bedeutungslose Spielerei.

Der verrammelte Kreuzgang. Unsere Museen sind darüber aus, aus der ganzen Welt ihre Schätze zu sammeln. Sie schicken dabei weder Feind noch Freund. Und wenn sie die Mittel dazu hätten, würden sie den Kaiser Dom nach Amerika und die Stangen Staffels nach Berlin schleppen. Ausland und Inland sind gleichmäßig geplündert. Wer das Geld hat, bestimmt heutzutage den Aufenthaltsort der Kunstwerke. Selbst Gefetze, wie Italien sie gemacht, schätzen nicht dagegen. In Deutschland hat dieses System jetzt zu einem kleinen ergötzlichen Partikulärkrieg zwischen Preußen und Bayern geführt. In Würzburg, der schönen Mainstadt, die reich an alter Kunst ist, war ein Barenhaus Eigentümerin eines alten, kunst- und baugeschichtlich interessanten Kreuzgangs geworden. Das tote Kapital mußte veräußert werden, und da der bayerische Staat nicht genug zahlen wollte, wurde der ganze Kreuzgang an die sündige Berliner Museumsverwaltung, die über die kleinsten Stempelbundesstaatlcher Treue erhaben ist, meistbietend vertrammt. Darob großes Geschrei in Würzburg. Den bayerischen Ministern wird geschrien, die große diplomatische Maschine, die Bayern und Preußen an ihren Höfen unterhalten, wird in Gang gebracht. Und siehe da: sie geht wirklich, aber nach einigen Monaten weih man immer noch nicht, ob Bayern auf diplomatischem Wege wieder zu seinem Kreuzgang gelangen wird. Sollte es wirklich der Fall sein, so wird das nur der außerordentlichen Juborkommenheit Preußens zu danken sein. Bayern wird dann um so fetter am Reich hängen, und die Würzburger müßten billigerweise Preußen ein kleines Denkmal weihen. Die dafür zu bestimmende Inschrift aber mühte auf dem Wege eines allgemeindeutschen Wettbewerbes beschafft werden, an dem wir uns auch zu beteiligen gedenken. — Gletscherhöhlen in Grönland. Die dänische Polarexpedition Nilius Erichsen, die der Erforschung des nordöstlichen Grönland gewidmet war und die so tragisch mit dem Tode des Führers und zweier seiner Begleiter endete, hat auch tiefge Höhlen unter Gletschern entdeckt, die, wie „La Nature“ berichtet, sich über zwei Kilometer weit hinstrecken und eine Höhe von zwanzig Meter erreichen. Sie werden durch den Ausfluß von Bächen gebildet, die sich während der warmen Jahreszeit ihr Bett unter das Eis graben. Die seltsamen Naturgebilde scheinen nicht nur dem Forscher, sie bieten auch dem künstlerisch empfindenden Beobachter durch ihre grotesken Formen und durch wäucherhafte Farbenspiele einen außerordentlich Eindruck.

Ein Vergleich der Zahlen zeigt nun auf den ersten Blick, daß die Angaben der katholischen Arbeitervereine zum größten Teile viel zu hoch gegriffen sind und den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen können. Wenn sie Anspruch auf Richtigkeit haben sollen, so würde das gleichbedeutend sein mit der Auffassung, daß jeder Arbeiter, der für den Unterhalt einer sechsköpfigen Familie zu sorgen hat, einen Jahresverdienst von 1596,20 M. erreichen müßte, während der Familienvater von nur vier Köpfen nur 281,76 M. zu verdienen braucht.

Aber auch noch andere Widerprüche weisen die Zahlen der katholischen Arbeitervereine auf, von denen die auffälligsten hier folgen.

Es verbrauchen zum Beispiel:

	1 Familie		Der anteilige Medien- verbrauch dabei aber höchstens betragen	Der an- teilige Prozent
	von 4 Köpfen	von 6 Köpfen		
Brot und Backwaren	3,15	4,50	43	25
Mehl, Graupe, Getreide, Grütze, Reis	0,90	1,00	77	25
Gemüse und Obst	0,60	1,10	83	25
Sonstige Nahrungsmittel	0,60	1,00	66	25
Kleidung, Wäsche und Schuhe	0,85	2,50	194	25
Insgesamt	18,88	26,00	88	25

Dem angenommenen höchsten Mehrverbrauch von 25 Prozent der gleichen Verbrauchs für jeden Kopf der Familie zugrunde. In Wirklichkeit kann aber der Mehrverbrauch für die fünfte Person nicht gleichmäßig bewertet werden, weil es sich hier nur um ein Kind handelt, dessen Lebensunterhalt nicht so teuer sein kann, als der der erwachsenen Personen, die in der Stoffzahl der Familie von vier Köpfen enthalten sind.

Leppelt verbraucht für seine neunköpfige Familie 23,20 M. pro Woche, dabei weist sein Wirtschaftsplán eine erheblich größere Anzahl von Postitionen auf, als der der katholischen Arbeitervereine. Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß es ebensowenig möglich ist, bestimmte Mindestsätze für die Verteilung des Lebensunterhalts der Arbeiter aufzustellen, als für den Arbeitsverdienst. Die Faktoren sind vielmehr individuell; sie werden sich stets richten nach den Verhältnissen beziehungsweise Leistungen des einzelnen und der Lebensunterhalt im besonderen nach dem Arbeitsverdienst und der Kinderzahl.

Hochachtungsvoll

Kürtlich-Preussische Bergwerksdirektion
603. Balzer.

Angaben der katholischen Arbeitervereine					
Bezeichnung der Gegenstände	Eine Familie mit				Dauer Joseph Leppelt 14. Bst.
	4 Pers.	5 Pers.	6 Pers.	9 Personen.	
Brot und Backwaren	3,15	4,50	4,80	8,89	
Mehl, Graupe, Getreide, Grütze und Reis	0,90	1,60	1,70	1,12	
Butter, Margarine, Schmalz und Fett	3,08	4,00	4,00	3,95	
Milch, Eier und Käse	1,20	1,20	1,80	1,47	
Fleisch, Wurst, Speck	2,50	3,20	3,30	1,97	
Kartoffeln	0,70	0,80	1,00	0,50	
Gemüse, Obst	0,60	1,10	1,10	0,52	
Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade	0,85	1,00	1,30	0,41	
Salz, Gewürze	0,15	0,20	0,20	0,14	
Ruder, Sirup, Honig	0,55	0,65	0,85	0,62	
Sonstige Nahrungsmittel	0,60	1,00	1,30	0,62	
Kleidung, Wäsche, Schuhe	0,85	2,50	3,00	1,58	
Miete, Steuern	2,80	3,00	3,50	1,89	
Heizung ohne Kohlen, nur Holz	0,15	0,20	0,40	0,06	
Beleuchtung	0,30	0,35	0,40	0,22	
Bier und Brantwein	0,30	0,30	0,30	0,44	
Zigarren und Tabak	0,20	0,20	0,20	0,28	
Zeitungen und Bücher	0,20	0,20	0,20	0,22	
Porzellan und sonstige kleine Essen im Wirtschafte	0,14			0,27	
Werkzeug, Futaten zur Arbeit	0,14			0,02	
Bergarbeiten	0,02			0,60	
Kranken- u. Invalidenversicherung	0,06			0,06	
Schulgeld und Schulbedarf	0,60			0,60	
Privatversicherung	1,30			0,17	
Abgaben von Schulden	0,19			0,19	
Möbel, Geschirr	0,27			0,27	
Arzt und Apotheke	0,28			0,28	
Sonstige tägliche Ausgaben				0,28	
Summa pro Woche	18,88	26,00	28,65	23,20	
Summa pro Jahr	981,76	1352,00	1494,30	1206,40	

Diese Aufstellung enthält dann folgende Randbemerkung:

Nach dem Leppelischen Verbrauch von 23,20 M. für 9 Köpfe würden für 1 Familie von 6 Köpfen nur 15,48 M. pro Woche verbraucht werden!

Die Ausgaben für eine sechsköpfige Familie würden sich nur dadurch etwas verschieben bzw. höher stellen, als die zwei erwachsenen Personen, welche der Familie vorstehen und deren Verbrauch höher eingeschätzt ist als der der Kinder, sich auf nur 6 Köpfe verteilen.

Später hat die Angelegenheit dann den Bergbaulichen Verein in mehreren geheimen Sitzungen beschäftigt. Ein Protokoll hierüber sagt folgendes:

Zu Punkt 4 der Tagesordnung — erneute Stellungnahme zu der den Herren Vorstandmitgliedern unterm 21. Januar 1908, G. R. 1418 07 — übersandten Denkschrift der Gewerkschaft der Bergarbeiter im Verbände katholischer Arbeitervereine und zu dem dazu gelangten unterm 7. Juli 1908 — G. R. 577 mitgeteiltem Materiale — erinnerte der Vorsitzende an die in Rede stehende Denkschrift sowie an die Erörterungen, die sich bereits in einer früheren Vorstandssitzung daran geknüpft hatten. Er erinnerte weiter an das hierzu vom Herrn Bergwerksdirektor Walzer in Aussicht gestellte und den Herren Vorstandmitgliedern inzwischen zugangene geeignete Vergleichsmaterial. Einige Angaben einerseits aus den der Denkschrift beigefügten Zusammenstellungen über die Kosten der Lebenshaltung und andererseits aus der von Herrn Walzer eingelangten gleichen Zusammenstellung hob er besonders hervor und sprach sich dahin aus, daß den er genannten Zusammenstellungen, ganz abgesehen von ihrer vielfach übertriebenen Höhe der Kosten schon aus dem Grunde kein allzu hoher Wert beizumessen wäre, weil die Ausgaben für Ernährung und Bekleidung je nach der individuellen Veranlagung des Menschen und nach der Art der Wirtschaftsführung der Hausfrau verschieden hoch wäre.

Die Versammlung stimmte dem Vorsitzenden darin zu, hielt den Zeitpunkt für ein näheres Eingehen auf die Angelegenheit für nicht geeignet und nahm das eingegangene Material zur Kenntnis.

Für Direktor Walzer nimmt es sich besonders gut aus, solche Kalkulationen anzustellen. Der Herr wird allgemein als Millionär eingeschätzt, den abgearbeiteten Arbeitern aber rechnet er die Zwölffennighöhe nach. Erst kürzlich wieder erhielt er eine Extrar-

remuneration von 6000 M. neben seinem auskömmlichen Gehalt, weil die Gruben kolossale Ueberschüsse abwarfen, und ähnliche Summen hat er wiederholt erhalten. Im Bergbaulichen Verein erhob übrigens nicht ein einziger der Grubenherrn Bedenken gegen eine solche Berechnung der Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterfamilien! In Josef Leppelt haben die Herren vielmehr endlich das Muster eines braven Arbeiters gefunden und seinen Namen werden sie bereits wohl in vergoldeten Lettern in Granit einmeißeln lassen. Josef Leppelt wäre ganz sicher auch als „schlichter Mann aus der Werkstatt“ der berufene Arbeitervertreter und würde dem deutschen Reichstage zur besonderen Zierde gereichen. Da sollen nur die bösen Sozialisten kommen und über den Wohlwollen getieren! Josef Leppelt braucht für seine neunköpfige Familie hierfür pro Woche nur 3,89 M. Dabei ist Brot auch bei ihm das Hauptnahrungsmittel. Wenn andere Arbeiter behaupten, der Lohn reiche nicht einmal mehr auf genügend Brot, man könne sich höchstens noch an Kartoffeln satt essen, dann beweist Josef Leppelt, daß das nicht wahr ist, denn nur für 50 Pf. Kartoffeln werden in einer neunköpfigen Familie gebraucht, noch nicht 1 Pfennig für den Kopf am Tage. Und von einer Fleischkost kann schon gar keine Rede sein, denn Josef Leppelt bewirkt schwarz auf weiß, daß eine neunköpfige Familie pro Woche nur 1,97 M. auf Fleisch, Wurst und Speck auszugeben braucht, also für 3 Pfennige täglich pro Kopf, Frühstück, Mittag und Abend zusammengerechnet. Noch weniger Berechtigung habe das sozialdemokratische Geschrei über die teuren Mehlpreise und das Wohnungseld der Arbeiter. Josef Leppelt fühlt sich mit seiner neunköpfigen Familie glücklich in einer Wohnung, die etwa sechs Mark pro Monat an Miete kostet. Und wie musterhaft versteht er nicht auch sonst zu wirtschaften. Das Beispiel lehrt, daß man pro Woche nur 6 Pf. auf Holz braucht, und wer damit nicht auskommt, für den wächst gratis welches im Busche. Josef Leppelt aber kommt damit aus. Für 22 Pf. „beleuchtet“ er auch eine ganze Woche lang die Wohnung, in der er alle Wochen zweimal seinen „Feierabend“ liest. Wenn zu Hause so das Glück blüht, fühlt auch seine Schicht nach dem Wirthe. Auf Bier und Brantwein gibt Josef Leppelt allwöchentlich 44 Pf. aus, daneben noch durchschnittlich 2 Pf. pro Woche auf Essen im Gasthause. Das läßt sich ungefähr so erklären, daß er sich alle zwei Monate einmal im Gasthause ein Stück Brot mit Käse kauft. Wie jeder brave Mensch bezahlt Josef Leppelt auch seine Schulden. Er hat davon in einem Jahre nicht weniger als 67,80 M. abgestoßen. Das aber frappt uns: Wo kommen denn bei Josef Leppelt die Schulden her? Hat er in den früheren Jahren seine Rechnung weniger gut gestimmt als in diesem einen Jahre, wo er für seine „Wirtshaus“ auch führte? Und, weist seine Rechnung auch diesmal etwa nur auf, was für bares Geld gekauft wurde? Jedenfalls läßt seine Rechnung in dieser Hinsicht noch manche Frage offen. Nicht weniger frappten uns auch die fünf Pfennige, die Josef Leppelt bei sieben Kindern pro Woche an „Schulgeld und Schulbedarf“ aufzuwenden hatte. Die sozialdemokratische Forderung nach unentgeltlicher Lieferung der Lernmittel ist bisher doch nur für diejenigen Arbeiterkinder erfüllt, deren Eltern sich im größten Elend befinden. Von sieben Kindern gehen doch aber mindestens zwei bereits in die Schule und dann ist es mit 1,04 M. pro Jahr an Schulbüchern usw. nicht getan. Die Familie befindet sich demnach also wohl zweifellos in so gebürdten Verhältnissen, daß den Kindern Schulbücher unentgeltlich geliefert werden müssen. Um so größer aber erscheint die Unverschämtheit derjenigen, die die Verhältnisse dieser unglücklichen Familie zum Maßstab nehmen möchten für die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse überhaupt.

Morgen wird von allen Kanzeln wieder das „Friede auf Erden“ ertönen. Unsere Leser aber werden aus vorstehender Verordnungsung dessen, was im tiefsten Herzen des kapitalistischen Ausbeutertums schlummert, nur wieder die Lehre ziehen können: „Arieg jener Gesellschaft!“ Die bevorstehenden Feiertage werden reichlich Anlaß bieten, Aufklärung in Arbeiterkreisen zu verbreiten. Benutzen wir dabei die Waffen, die uns die Grubenmillionäre unwillig geliefert haben.

Soziales.

Zur Beachtung für Rückwanderer nach dem Osten.

Die Agrarier Ostpreußens lassen jetzt überall im Westen Deutschlands die Werbetrommel rühren, um ehemalige Landarbeiter, die infolge Darniederliegens der Industrie dort arbeitslos geworden sind, nach ihrer ostpreussischen Heimat zu locken. Anregungen auf den jüngst halbjährigen Generalversammlungen des „Bundes der Landwirte“ und des „Landwirtschaftlichen Zentralvereins“ folgend, erklärt die Landwirtschaftskammer folgenden Aufruf in den von den Landwirten geleiteten Blättern:

Bei der gegenwärtigen, aber wohl nur vorübergehenden Arbeitslosigkeit in den Großstädten und Industriebezirken des Westens soll der Versuch gemacht werden, frühere landwirtschaftliche Arbeiterfamilien der Landwirtschaft auf dauernde Verträge wieder zuzuführen.

Verhandlungen mit den zuständigen Stellen sind diesbezüglich eingeleitet worden.

Da das Angebot sich täglich mehrt, bitten wir, uns offene Stellen für Deputanten usw. unter Angabe der Lohnbedingungen mitteilen zu wollen.

Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen.

Im Interesse der Landwirtschaft und der kulturellen Entwicklung der östlichen Provinzen wäre es erfreulich, wenn es gelingen würde, die jetzt auf den meisten Gütern leerstehenden Wohnhäuser mit heimischen Landarbeitern zu bevölkern, bevor dort wieder ausländische Saisonarbeiter ihren Einzug halten. Im Interesse der durch die Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Junker von ihrer heimatischen Scholle vertriebenen Landarbeiter ist es aber geboten, diese eindringlich zur Vorsicht gegenüber den Lockungen der ostpreussischen Großgrundbesitzer zu mahnen. Denn es hat sich insbesondere in Ostpreußen in dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern auf dem Lande trotz des zeitweisen Arbeitermangels nicht das geringste geändert. Schlechte Wohnungen, niedrige Löhne, minderwertiges Deputat und schlechte Behandlung sind nach wie vor auf den meisten Gütern vorherrschend. Freilich, keine Regel ohne Ausnahme. Es gibt auch vereinzelte Güter in einigen Landkreisen, wo man an die Einführung einer menschlichen Behandlung der Landarbeiter zu denken beginnt.

Es ist dringend notwendig, daß diejenigen Arbeiter, die beabsichtigen, wieder nach Ostpreußen aufs Land zurückzukehren, auf das genaueste Erkundigungen über die neuen Arbeitsstellen einziehen, bevor sie sich demselben durch Vertrag aufs neue ins Elend begeben.

Durch eigene Kenntnis und durch eine große Anzahl dauernd unterhaltenen Verbindungen sehr vieler ostpreussischer Güter ist das Parteisekretariat für Ostpreußen in Adenauersberg in der Lage, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere über die Behandlung der Arbeiter auf den einzelnen Arbeitsstellen Auskunft zu geben. Vor Annahme einer Landarbeiterstelle in Ostpreußen schreibe man also erst an den Parteisekretär Hermann Linde-Adenauersberg, Adenauersberg 50.

Die Parteiblätter werden um Abdruck dieser Zeilen gebeten.

Vergleichsvorschläge auf dem Gewerbegericht.

Die Näherin Hrl. Clara H. Klage gegen Frau Cohn, Inhaberin einer Arbeitstube für Näherinnen auf Zahlung von 24 M. rückständigen Lohn und eine Entschädigung in Höhe von 24 M. für 14 Tage wegen unbedingter Entlassung, insgesamt also 30 M. Die Klage kam am Montag vor der Kammer I des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo zur Verhandlung.

Die Beklagte hatte am 2. Dezember in einer Tageszeitung nach Näherinnen inseriert. Auf das Inserat meldeten sich eine ganze Anzahl solcher Arbeiterinnen, von denen einige eingestellt wurden. Unter diesen auch die Näherin. Nachdem Klägerin nach ihrer letzten Arbeitstube und dem auf dieser erhaltenen Lohn, der 12 M. wöchentlich betrug, befragt worden, sagte Beklagte: „Es ist gut, Sie können morgen früh anfangen.“ Am Abend des ersten Tages (3. Dezember) sagte Beklagte zur Klägerin, daß ihr 2 M. Lohn zuviel sei und sie soviel nicht geben könne, worauf Klägerin zur Antwort gab, daß ihre letzte Arbeitstube mit ihren Arbeiten zufrieden war und einen Lohn von 12 M. für angemessen hielt. Darauf sagte Beklagte: „Gut, wir wollen es nochmal versuchen, kommen Sie morgen wieder.“ Am Sonnabend, den 5. Dezember wurde Klägerin entlassen.

Der Vorsitzende machte nun einen Vergleichsvorschlag auf 10 M., wobei er wohl annahm, daß ein probeweises Arbeitsverhältnis bestanden habe. Denn, meinte er zur Klägerin, er fordere damit 4 M. mehr von der Beklagten, als ihr zustehe. Klägerin war weit davon entfernt, in diesem Vergleichsvorschlage etwas für die Günstigen zu erblicken und lehnte ihn, trotz der eindringlichen Vorstellungen des Vorsitzenden, beharrlich ab.

Dr. Leo schien seine Aufgabe darin zu erblicken, seinen Vorschlag unter allen Umständen zur Annahme zu bringen; aber die Ausführung dieser nicht weniger als empfehlenswerten Absicht behagte den Arbeitnehmerbeisitzern nicht. Sie richteten an die Klägerin einige Fragen und äußerten daraufhin ihre Bedenken gegen die vom Vorsitzenden befundene Auffassung. Die Folge war, daß sich das Gericht zur Beratung zurückzog. Bei Wiedereintritt in die Verhandlungen muhten die Parteien nochmals den Sachverhalt, besonders den Bergang beim Engagement berichten, dabei stellte sich klar heraus, daß weder über Kündigungsfrist noch über ein etwaiges probeweises Arbeitsverhältnis gesprochen war. Darauf zog sich das Gericht abermals zur Beratung zurück. Dann wurde den Parteien vorgeschlagen, sich darauf zu einigen, daß Klägerin neben dem rückständigen Lohn die Hälfte der geforderten Entschädigungssumme, insgesamt also 18 M. erhalten soll. Auch das lehnte die Klägerin ab. Das Gericht, das sich inzwischen zum drittenmal zur Beratung zurückgezogen hatte, schlug nun einen Vergleich auf 20 M. vor. Diesen Vorschlag akzeptierten beide Parteien.

Dieser Fall zeigt aber, wie unzuverlässig Vergleichsvorschläge vom Vorsitzenden der Gewerbeichter zu bewerten sind. Die ganze Art der Verhandlung über diesen Rechtsstreit ließ erkennen, daß es dem Vorsitzenden mindestens sehr schwer gefallen sein muß, seinen Arrium zu erkennen. Darum auch das mehr als eifrige Bemühen, den Vergleich herbeizuführen und einen Urteilspruch zu vermeiden. Alles, von dem sich Herr Dr. Leo Wirkung versprochen, wurde angewendet. So wurde auch der Klägerin wiederholt gesagt, daß sie ein junges Ding sei und bedauerlicherweise nur allzu sehr unter dem Einfluß ihres Vaters stünde.

Auch den Arbeitnehmerbeisitzern gegenüber ließ es Herr Dr. Leo an Höflichkeit fehlen. Als die Klägerin den Vergleichsvorschlag auf 18 M. mit dem Bemerkten ablehnte, daß ja die Arbeiter auch den Arbeitgebern für den gesamten aus dem Kontraktbruch erwachsenen Schaden ersatzpflichtig seien und sich Dr. Leo daraufhin anschickte, die Klägerin dahin zu belehren, daß dies nicht zutreffend sei und die Arbeitgeber nur höchstens für eine Woche den durchschnittlichen Tagelohn als Schadenersatz verlangen dürfen, erlaubte sich einer der Beisitzer ihm gegenüber eine andere, zutreffendere Ansicht zu bekunden. Da warf der Herr sehr erregt Federhalter und Bücher auf den Tisch und verwies den unliebamen Störer auf den § 124b der Gewerbeordnung. Ob nicht nach diesem Vorfall die Zweifel berechtigt sein mögen, daß der Rat diesen Paragrafen genau kennt?

§ 124b gestattet leider, daß auch für den Fall, wo kein Schaden entstanden ist, Anspruch auf Schadenersatz erhoben werden kann, verwehrt aber keineswegs, hat der Ausnahmefall aus § 124b den wirklichen Schaden einzuklagen.

Das eifrige Bestreben, Klägerin, die in vollem Recht sind, zu einem ungünstigen Vergleich zu zwingen, ist ein Armutsgewinn für den Richter. Was würde er von einem Arzt halten, der bei Zweifel, ob Lungen- oder Halsleiden vorliegt, zu einem Vergleich auf Nagenleiden taten würde?

Wie das Gewerbegericht soziale Gegensätze ausgleicht.

Die Schürzennäherinnen B. und W. waren als Heimarbeiterinnen bei Frau Bregenz, die wieder für eine größere Firma arbeiten läßt, beschäftigt. Frau B. behauptet, durch die beiden Arbeiterinnen ganz empfindlich geschädigt zu sein, indem diese eine beträchtliche Anzahl Schürzen, mooson sie einen größeren Posten in Arbeit hatten, zerschnitten geliefert haben. Sie nimmt an, daß das die Kinder der Beklagten getan haben, und sagt deshalb auf Schadenersatz. Die Beklagten gestreiten, daß die Schürzen bei ihnen zerschnitten worden sind und behaupten, die Schürzen in brauchbarem Zustande geliefert zu haben. Doch sei der Stoff manchmal gerissen gewesen. Das bestritt wiederum die Klägerin. Eine der Beklagten legte zwei Schürzen, die gerissen sind, vor, während die Klägerin drei von den zerschnittenen mitgebracht hat. Die Arbeitgeberbeisitzer nahmen dieselben zur Begutachtung entgegen und verlangten sofortige Veratung. Bei Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo, daß das Gericht beschlossen habe, die Sache zu vertagen. Die Klägerin solle erst bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellen, denn es sei durch sachverständiges Gutachten der Beisitzer festgestellt, daß die Schürzen mutwillig und gewaltsam zerschnitten und gerissen worden sind. Es gelte auch als vollständig ausgeschlossen, daß der Schaden von Kindeshand angerichtet worden ist. Innerhalb vierzehn Tagen soll die Klägerin dem Gewerbegericht vom Bescheide der Staatsanwaltschaft Mitteilung machen, von deren Entschaid sei die Anberaumung eines weiteren Termins abhängig.

Dieser Beschluß des Gewerbegerichts muß außerordentlich befremden. Klägerin will sich bereits an die Kriminalpolizei gemandt haben. Diese soll aber die Verfolgung der Sache abgelehnt haben, weil die vorhandenen Beweismittel als nicht ausreichend befunden wurden. Wie soll sachverständiges Gutachten der Beisitzer des Gewerbegerichts „feststellen“ können, daß mutwilliges Zerreißen und nicht durch Kinder vorgenommenes Zerreißen vorliegt? Gewerbegerichtsbeisitzer, die das können, sollten ihre Kenntnisse vielleicht auch mal bei Körperverletzungen auf kriminalistischem Gebiete probieren. Sie würden dann wohl bald zu der Erkenntnis von der Unmöglichkeit der gedachten Art Feststellung kommen. Hebrigens gehört eine eventuelle Schadenersatzklage wegen vermeintlicher vorläufiger Sachbeschädigung nicht vor das Gewerbegericht, sondern vor das Amtsgericht.

Aus der frauenbewegung.

Veranstaltungen — Versammlungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Weihnachtsfeier
Montag, den 28. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72.

Witterungsüberblick vom 22. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Sub- stanz- temperatur	Wind- richtung	Wind- stärke	Stationen	Barometer- stand mm	Sub- stanz- temperatur	Wind- richtung	Wind- stärke	Zum- u. ab- gang in 24 Uhr = h. m.
Brandenburg	775,0	1 Punkt	—	3	Düsseldorf	759,9	2 holl. h.			—
Hamburg	775,0	2 Nebel	—	3	Petersburg	766,9	4 bedeck			8
Berlin	775,0	2 Nebel	—	3	Sankt- Petersburg	766,9	3 bedeck			10
Konstantinopel	773,0	2 bedeck	—	4	Aden	764,2	3 bedeck			10
München	772,0	4 bedeck	—	1	Warsz	771,0	1 bedeck			3
Wien	773,0	1 bedeck	—	1						

Wetterprognose für Mittwoch, den 23. Dezember 1908.
Langsam auflarend, trocken bei mäßigen südlichen Winden, etwas kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagstemperatur.

Erklärung der Wetterzeichen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 23. Dezember.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Royaltheater. Lohengrin. Anf. 7 Uhr.

Royaltheater. Schauspielhaus. Sohl und Schwerk.

Deutsches Revolution in Krolltheater.

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Trench und Wunderbold.

Kammertheater. Der Arzt am Scheidewege. (Anf. 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Königliche Oper. Bajazet.

Zirkus Schumann. Die Schöpfung.

Kammertheater. Der Arzt am Scheidewege.

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneewittchen.

Neues Theater.

Kleines Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Neues Operntheater.

Lustspielhaus.

Bernhard Rose Theater.

Kleines Theater.

Neues Theater.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr.

An den Seen Oberitaliens.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Abends 8 Uhr:

„Kümmere dich um Amelle.“

Donnerstag, 24. Dez.: Geschlossen.

An den drei Feiertagen: Kümmere dich um Amelle.

Am 1. Feiertag 3 Uhr: Gaben Sie nicht zu verzeihen?

Am 2. Feiertag 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Am 3. Feiertag 3 Uhr: Gang der Papa.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 68. 3/4 Uhr:

Zum erstenmal:

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Der Rattenfänger v. Hameln.

Donnerstag: Geschlossen.

Freitag nachm. 3 Uhr: Die Güte.

Abends: Die Kinder des Kapitäns Grant.

Sonnabend nachm. 3 Uhr: Götter, Mann als Erzieher.

Abends: Die Kinder des Kapitäns Grant.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Räuber.

Abends: Die Kinder des Kapitäns Grant.

Montag: Die Kinder des Kapitäns Grant.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr

Donnerwetter — tadellos.

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.

Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schulz.

2 u. 3. Weihnachtsfeiertag, nachm. 3 Uhr:

Durchläucht Radleschen

WINTERGARTEN

Otto Reinhold

„Der lachende Politiker“

und zehn Sterne am

Dezember-Himmel

des Wintergartens.

Anfang 8 Uhr.

Entree 1 M. Reserv. Platz 2 M.

einschl. Garderobe u. Progr.

An allen 3 Weihnachtstagen

Nachmittags-Vorstellung

zu ermäßigten Preisen.

Billets für die Weihnachtstage

und Silvestervorstellung

sind ab heute schon zu hab.

Apollo Theater

Kleine Preise! Nachm. 3 1/2 Uhr:

Frau Holle.

Weihnachts-Würden in 6 Bild. Dazu:

Die lustigen Schornsteinfeger.

8 Uhr, nur noch wenige Vorstellungen:

Eine lustige Spreefahrt.

Russl. von Paul Lincke.

Nil Gizi — Sigw. Gentes

und d. große Weihnachtsprogramm.

An allen Feiertagen nachm. 3 1/2 Uhr:

Familien-Vorstellung.

Passage-Theater.

Jeden Abend

8 Uhr:

Bozena

Bradsky

und das großartige

Dezember-Programm.

Passage-Panoptikum.

Während d. Weihnachtsferien:

Volkstage!

Jeder Erwachsene ein Kind frei!

Jedes Kind erhält ein Geschenk!

Geschenke im Werte von über

1000 Mark. Darunter Einzel-

geschenke, wie Kinderuhr,

silberne Uhren etc., im Einzel-

preise von 10 Mk. und darüber.

Ein Stündchen

im Himmelreich.

Die singenden Engelköpchen.

Lebend: Das Bärenweib.

Alles ohne Extra-Entree!

Eintritt 50 Pf.

Kinder, Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater.

O. (Wollner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Vater und Sohn.

Comödie in 3 Akten von Gustav

Götmann.

Donnerstag: Geschlossen.

Freitag nachm. 3 Uhr:

Das Stiftungsfest.

Freitag, abends 8 Uhr:

Der rote Leutnant.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Der schwarze Kavaller.

Ein deutsches Spiel in 3 Akten von

Heinrich Kellner.

Donnerstag: Geschlossen.

Freitag nachm. 3 Uhr:

Der schwarze Kavaller.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Braut von Messina.

Brauerei Friedrichshain.

Am Königstor. Größter Konzertsaal Berlins. Oek.: Ernst Liebig.

Am 1., 2. u. 3. Weihnachts-Feiertag:

Nachmittags von 1—4 Uhr: Matinee-Konzerte von

Johann Strauß aus Wien

Entr. 50 Pf. mit seiner vollständigen Kapella. Entr. 50 Pf.

Nachmittags von 1—4 Uhr: Heitere Abende.

Fröhliche Weihnachtskonzerte.

Auftr. erst. Bühnenkr. Leb. Photograph. 2 elektr. Riesen-Weihnachtsbäume.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, 23. d. Mis., abends präz. 7 1/2 Uhr:

Das anerkannte Sensations-Programm und um 8 Uhr:

„Paet“, der größte vierbeinige Bicycle-Künstler.

„Paet“ ist tatsächlich ein Wunder der Natur. 3/4 U.

Golo, der Seeräuber u. Mädchenhändler.

Größtes Pracht-Manege-Schaustück.

Freitag, den 25., Sonnabend, den 26., und Sonntag, den

27. Dezember, an allen drei Weihnachts-Feiertagen: Je

zwei Vorstellungen. Nachmittags ein Kind unter 10 Jahren frei.

Achtung!

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. Jeden Sonntag und Dienstag: 12161*

8. Jährlich.

Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 8 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16.

Heute: Geschlossen.

An allen drei Feiertagen die erfol-

reiche Weihnachts-Novität:

Die Schule der Liebe.

1. Feiertag Anfang 8 Uhr.

2. u. 3. Feiertag: 7 Uhr. Gr. Football.

Palast-Theater

Burgstraße 24. 5 Minuten vom

Bahnhof Börse.

Heute

geschlossen.

Freitag, den 25. Dezember

(1. Feiertag):

Das Riesen-Fest-Programm.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn. Bis 1 Uhr nachts

geöffnet. Großes Konzert. Abends

9 und 10 1/2 Uhr. Auftraten erster

Eiskunstläufer und -läuferinnen.

Spezialgeschäft für Wild, Geflügel und Fische

Otto Grün, Landberger Allee 28

Fernsprecher: Amt 7, Nr. 90.

empfehlen zum Weihnachtsfest:

Prima Wartebrüder Fettgänse Bund 63 und 70 Pf.

Rotwild, Rehwild, Fieser-Hasen, Kaninchen

zu den billigsten

Preisen.

Lebende Karpen allerfeinste Qualität.

Bestellung frei Haus. 53612

Hutfabrik Carl Renz

I. Geschäft: Oranienstraße 3.

Hüte x Schirme x Pelzwaren.

II. Geschäft: Friedrichstraße 131a, nahe Karlstraße.

III. Geschäft: Charlottenburg, Kantstraße 134a.

□ Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt. □

Sparsame Raucher

::: rauchen Fehlfarben der :::

7 Pf. = Cigarre No. 22

- 10 Stück 50 Pf.

J. NEUMANN

Zigarren-Fabriken Berlin C. 2

160 Zweiggeschäfte und Depots in 90 deutschen Städten.

Das beste

Weihnachts-Geschenk:

Ein Kistchen Cigarren!

Zirkus Busch.

XIV. Saison!

Mittwoch, den 23. Dezember,

abends präz. 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung.

? Das Moto-Baby? ?

Inas-Truppe!

John Higgins!

Champion im Hoch u. Weilsprung.

Herr Ernst Schumann, Re-

dressuren. Herr Baubardt-Football.

Orts-Krankenkasse
der Steindruck- und Litho-
graphen zu Berlin.

Die am 2. Juni cr. durch die
Generalversammlung beschlossene 13.
Abänderung zum Statut, betreffend
andere wichtige Festsetzung des durch-
schnittlichen Tagelohnes und der
Kassenbeiträge, ist durch den Herrn
Oberpräsidenten bestätigt und seitens
des Bezirksausschusses mit der Vor-
gabe genehmigt, daß die Beiträge der
4. und 5. Klasse auf 35 Pf. festgelegt
werden. Die 13. Abänderung zum
Statut tritt mit Montag, den 23. De-
zember d. J., in Kraft.
Berlin, 21. Dezember 1908.
W. Stuhlmann, G. Knoche,
Vorstände, Schriftführer.

21 Gegründet 1864 21

Pelzwaren-
Fabrik

S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21 II
(Ordonnanzhause)
Kein Laden!
Einzelverkauf
wie alljährlich
nach beendeter
Engros-Saison.
Pelz-Stolas
Muffen
zu fabelhaft
billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.

21 Repar. sauber u. billig. 21

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

Tabakpfeifen
(Weißel), Zigar- und Zigaretten-
Werkzeug, Zigaretten- und
Zigarettenpfeifen. Karl Schubert,
Rüfelinplatz 6.

Pelzwaren!!!
119 Eile zu Weile 119
Dresdener Straße
Eckhaus Oranienplatz,
Hochbahn Kottbuser Tor.
Eigene Kürschnererei.

Echt Skunksstola
von 25.- M. an
Ohne Konkurrenz

Echt Nerz-Stola
von 40.- M. an
Neueste Moden!

**Echt Nerz-
murmel-Stola**
von 18.- M. an
Schlagor d. Sals.

Echt Tibet-Stola
von 7.50 M. an
Riesenhafte
Auswahl!

Prima Felle
in all. Fellarten
stets an Lager.

Reparaturen
und
Umarbeitungen
schnell, gut, billig

Hervorragend billige Preise.

Sonntags geöffnet.

Pa. Schlack- und Salamiwurst a Pfd. 1.-
Räucherkeulen mit und ohne Knochen.
Pa. Spickgans (Gänse-Rollbrust) ff. Gänsefleisch a Pfd. 1.20
Täglich große Zufuhr von Oderbrucher Fettgänsen.
Gänsefleisch ohne Keulen a Pfd. 40 Pf.
Gänsefleisch mit Keulen a Pfd. 70 Pf.

empfiehlt **Hermann Leissner,** 24/7
Berlin C., Klosterstr. 95, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße II.

Als Geschenk!
Zu Weihnachten und Neujahr empfehlen wir
schön ausgestattete Körbchen
mit unseren feinsten unüber-
troffenen Likörfabrikaten
z. B.: Nervus rerum, El-Kognak, Cock-
tail, Cherry-Brandy, Choriner,
Abtey, Allasch, Curaçao, Kognak,
Punschextrakte etc.

von 5 bis 20 Mark,
Ausstattung nicht berechnet.
Zu beziehen direkt oder aus allen Geschäften
in Berlin und Verorten, welche unsere Waren
führen. 11/15*

Hermann Meyer & Co. A.-G.
Berlin N., Wattstraße 11/12.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonnabend, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag), mittags 12 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide:
Weihnachts-Matinee.

Mitwirkende:
Fräul. **Wilma Vilani,** | Typographia, u. Schriftg. (M. d. S.-B.) | Herr **Ferry Krämer,**
Konzertsängerin. | Chormeister: Alex. Weinbaum. | Rezitator.

Blüthner-Orchester (50 Künstler), Dir. **Neißer.**
Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen. Rauchen verboten.
Eintrittskarten a 40 Pf. sind auf der Verwaltung im Gewerkschaftshause, bei den
Kassenboten und im Tagesrestaurant der Neuen Welt zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Das **Verbandsbureau** wird am Donnerstag, den 24. Dezember (Heiligabend),
sowie am Donnerstag, den 31. Dezember (Silvester), um 1 Uhr mittags geschlossen.
Die **Zahlstellen** sind am Donnerstag, den 24. Dezember, von 5 bis 7 Uhr
geöffnet.

Die Kollegen, die der Feiertage wegen **aussetzen** müssen, können die Bei-
träge abgestempelt bekommen, wenn dies durch den Werkstattvertrauensmann im
Bureau **sofort** gemeldet wird. Die **entlassenen Kollegen** müssen sich un-
verzüglich im Arbeitsnachweis melden. 95/9

Weihnachts-Vergnügen

Sonntag, den 27. Dezember (3. Weihnachts-Feiertag), in den Gesamträumen von
Freyers Festsälen, Koppenstr. 29:

Großer Saal: **Konzert** des **Neuen Berliner Konzert-Orchesters** (Dirig: **Rud. Tietz**),
der **Sänger- und Theater-Gesellschaft Strzelowicz** und **Kinematograph.**

Konzert-Saal: **Großes Kinder-Theater** (Anfang 5^{1/2} Uhr).

Im oberen Saal von 7 Uhr an: **Tanz.**

Eröffnung 4 Uhr.

Beginn des Konzerts 5 Uhr.

Billett 50 Pf. (inkl. Tanz) im Bureau, in den Zahlstellen, bei den Bezirks- und den Branchen-
Obleuten sowie in den Lokalen **Otto Hübner**, Koppenstraße 68, und **Karl Voigt**, Koppen-
straße 24, erhältlich.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Sonntag, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag):

Großes Weihnachts-Vergnügen

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal IV (großer Saal) und Saal V.

KONZERT

ausgeführt von dem **Neuen Berliner Tonkünstler-Orchester** Dirigent: Herr **Franz Hollfelder**

Auftreten des Berliner Ulk-Trio

Nachher: **BALL.**

Für die Kinder von 8 Uhr ab im Saal V:

Kasperle-Theater.

Eintrittspreis inkl. Tanz 50 Pfennig. Anfang 5^{1/2} Uhr.

Eröffnung 4 Uhr nachmittags.

Billets sind zu haben im Bureau, Engelufer 14, im Verkehrslokale, Adalbert-
straße 59, und bei den Vertrauensleuten.

Pelz-Stolas!!

Ausverkauf!! Fabelhaft billig!!
Oranienburger Straße 12,
Def. part. 10-11 nur 5-8!

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler

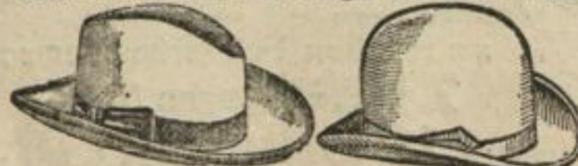
E. H. III. Hamburg.

Donnerstag, den 24. Dezember, abends von 5-7 Uhr
(Weihnachts-Heiligabend) werden Beiträge auf den Zahlstellen
entgegengenommen. 184/10

Die Ortsverwaltungen Berlins.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Wolke Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stoffe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware,
Größte Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Größte und beste Bezugsquelle!!
Auf Teilzahlung!!

Wöchentlich nur 1 Mark!

Herren- und Damen-Uhren, Frei-
schwinger, Broschen, Ringe, Ketten
und alle Arten Goldwaren, echte
Menzenpauer Zithern, Konzertzithern,
Phonographen, Platten-Sprech-
maschinen, Polyphons, Harmonikas,
Mandolinen, Geigen etc.

Jahre & König, Berlin O., Warschauer Straße 68, I. Etage
Berlin N., Reinickendorfer Str. 101, I. Etage
Berlin W., Göbbelstr. 19, I. Etage.

Zum **„Roten Keller“**
Rosenthaler Str. 18.

Empfehle allen Verbandskollegen:
Herren-Paletots, Herren-Anzüge von 8.50 M.
Herren-Hosen v. 1.75 M., Kinder-Anzüge v. 2.75 M.
Große Auswahl in Berufskleidung.

Unterstützt Eueren Verbandskollegen!

Rosenthaler Str. 18

Zur rechten Zeit
sind unsere Dampfer mit **Riesenfängen**
Frischer Seefische
eingetroffen, daher für die Festtage billige Preise!

Als **Karpfenersatz** empfehlen wir:
Kabeljau, Seelachs und Goldbarsch.

! Kochen Sie einmal diese fast gartenlosen Fische auf
Karpfen-Art, mit polnischer Sauce, es schmeckt
delikat und ist bedeutend billiger wie Karpfen. !

ff. Kabeljau im Anschnitt	per Pfund	28 Pf.
„ Seelachs im Anschnitt	per Pfund	25 Pf.
„ Goldbarsch	per Pfund	30 Pf.
„ Schellfisch im Anschnitt	per Pfund	32 Pf.
„ Schellfisch, prima Helgol., großen	per Pfund	28 Pf.
„ Bratflundern	per Pfund	25 Pf.
„ Kl. Steinbutten	per Pfund	60 Pf.
„ Kl. Tarbutten	per Pfund	45 Pf.

Lebende Karpfen, alle Größen, **billigst.**
Lebendfrische Eiskarpfen . per Pfund **65** und **70 Pf.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale: **BERLIN C.,** Bahnhof Börsen. — Tel. (II), 6304.
Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94. Schles. Bahnhof, Bog. 8/9. Invalidenstr. 131. Große Frankfurter Str. 65.
Potsdamer Str. 112a. Wilmersdorfer Str. 111. Wilsnacker Str. 57. Spandau, Groitestr. 64.

W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. 63572*

Heute früh
8 Uhr!

kannten noch niemand meine herabgesetzten billigen Preise.
Ich empfehle einen Posten getragener Monatsgarderoben,
in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herr-
schaften, Kavaliern, Reisenden nur Wochengebrauchte

Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.
Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.
Monats-Hosen . . . 2.50 - 5.00 Mk.

Auch mache ich auf meine große Ab-
teilung neuer Garderoben aufmerksam.

J. Wand Hauptgeschäft:
Große Frankfurterstr. 116
2. Gesch.: Chausseestr. 89 (Bitte Haus-No. beachten!)
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Teilzahlung 50 Pf. an.

Herren-Paletots, -Anzüge,
Damen-Jackets, Blusen,
Kostümröcke, Pelzstolas, Kleiderstoffe, Normal-,
Leib- und Bettwäsche, Gardinen, Steppdecken,
Tischdecken, Teppiche, Betten, Uhren, Spiegel,
Bilder. — Gramophone.
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, nur 1 Tr.

Die Rixdorfer Wahlrechtsattentäter vom 17. Dezember.

Auf Wunsch vieler Leser geben wir hiermit die Namen derjenigen Rixdorfer Stadtverordneten bekannt, die am 17. Dezember, nachts 1 1/2 Uhr, das Attentat auf das bestehende Wahlrecht ausübten und dadurch Tausende von Kleinbürger, Beamte und Arbeiter entrechteten.

- Sander, Fabrikant, Berliner Str. 91.
- Bögelle, Kaufmann, Kirchhofstr. 48.
- Abraham, Justizrat, Bergstr. 125.
- Adam, Rentier, Bergstr. 83/85.
- Arsold, Rentier, Hermannstr. 47.
- Beeremann, Fabrikbesitzer, Raumburger Str. 42.
- Behufe, Bildhauer, Glasofstr. 11.
- Belß, Kollerreibesitzer, Steinmehstr. 31.
- Collberg, Kaufmann, Kottbuser Damm 74.
- Emmeluth, Tischlermeister, Kaiser-Friedrich-Str. 217.
- Gerike, Rentier, Kaiser-Friedrich-Str. 76.
- Glasemann, Buchdruckerbesitzer, Bergstr. 35/36.
- Gnidowski, Rentier, Steinmehstr. 4.
- Gräpler, Gastwirt, Bergstr. 147.
- Henuig, Landwirt, Richardplatz 24.
- Hildebrandt, Rentier, Berliner Str. 105.
- Juß, Apotheker, Mariendorfer Weg 64.
- Koje, Rechnungsrat, Hohenzollernplatz 1.
- Krop, Rentier, Bergstr. 135.
- Dr. Naas, Oberlehrer, Münchener Str. 53.
- Emil Müller, Maurermeister, Bergstr. 113.
- Dr. Müller, pr. Arzt, Kaiser-Friedrich-Str. 217/48.
- Niemeg, Eigentümer, Bergstr. 135.
- Nischke, Rentier, Bergstr. 15.
- Roßter, Rentier, Hermannstr. 156.
- Dertel, Zimmermeister, Schönefelder Str. 2.
- Otto, Steinmetzmeister, Richardstr. 111.
- Rahmig, Fabrikant, Prinz-Johann-Str. 16.
- Ran, Postsekretär, Weichselstr. 15.
- Rochlitz, Kaufmann, Kaiser-Friedrich-Str. 201.
- Rosenow, Vorschullehrer, Junstr. 32.
- Seltmann, Schlächtermeister, Steinmehstr. 48.
- Sernus, Eigentümer, Bergstr. 144.
- Siegelkow, Kaufmann, Hasenheide 93.
- Stolle, Kaufmann, Steinmehstr. 23.
- Sicent, Apotheker, Bergstr. 135.
- Wagner, Kaufmann, Köpenicker Landstr. 53.
- Wanzlik, Landwirt, Richardplatz 9.
- Zernikow, Bierverleger, Prinz-Johann-Str. 32.
- Zoufall, Lehrer emer., Kirchgasse 2.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Am 24. Dezember bleibt die Bibliothek des Wohlvereins geschlossen. Die Bibliothekskommission.

Groß-Vichtersfelde. Auf Vorschlag der Zahlende findet die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins am Sonntag, den 27. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in Wahrendorfs Gesellschaftshaus, Väsestr. 22, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Diskussion 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Baumshulenkweg. Am ersten Weihnachtsfeiertage veranstaltet der Wohlverein in Speers Fiestale eine Weihnachtsfeier. Die Genossen werden gebeten, sich zahlreich mit ihren Familien hieran zu beteiligen. Anfang abends 8 Uhr. Einlasskarten sind bei allen Gruppenführern sowie beim Genossen Witte zu haben. Der Vorstand.

Sikwalde. Am zweiten Weihnachtsfeiertage veranstaltet der Wohlverein im Lokale des Genossen Witte eine Weihnachtsfeier. Die Genossen werden gebeten, sich zahlreich mit ihren Familien hieran zu beteiligen. Anfang abends 8 Uhr. Einlasskarten sind bei allen Gruppenführern sowie beim Genossen Witte zu haben. Der Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Gewaltige Zustände scheinen in der Klinik für Unfallverletzte zu herrschen, die mit der Unfallstation am Mariannenufer verbunden ist. Von den Verurteilten, die hinter den Unfallstationen stehen, werden Unfallverletzte, Männer und auch Frauen, der Klinik zu weiterer Behandlung überwiesen. Leiter dieser Klinik sind die Ärzte Dr. Stabel und Dr. Josef, Assistent ist Dr. Henze. Die Klinik nimmt im Hause Mariannenufer 2 zwei Stockwerke des Quergebäudes ein; Klagen sind und zugenommen über die Zustände im unteren Stockwerk. Hier fast alle solche privaten Anstalten, benutzt die Klinik eine gewöhnliche Wohnung, die notdürftig als „Heilanstalt“ hergerichtet worden ist. Ihre Räume sind angeordnet zu beiden Seiten eines Korridors, auf dem man knapp die Hand vor Augen sehen kann, wenn alle Türen geschlossen sind. Krankenzimmer für Männer wie für Frauen finden sich in einem und demselben Stockwerk. Von der Leitung wird streng darauf geachtet, daß nicht etwa zwischen der Männerabteilung und der Frauenabteilung ein allzu freundliches Hinsüber und Herüber sich entwickelt. Nur auf neutralem Gebiet ist eine Annäherung der beiden Parteien gestattet. Zum neutralen Gebiet gehören der Korridor, das Klosett und der Vaderaum. Den Korridor muß natürlich jeder betreten, der in der Klinik weilt und nicht betlägerlich ist. Klosetts sind in diesem Stockwerk zwei vorhanden, aber das eine gilt den Patienten als reserviert für Ärzte und sonstiges Personal, so daß für die Patienten beiderlei Geschlechts nur das andere Klosett zu abwechselnder Benutzung übrig bleibt. Dieses befindet sich in einem so flandolösen Zustande, daß wir annehmen müssen, die Klinik sei von den zur Aufsicht verpflichteten Personen (zu denen wohl auch die Herren vom Kuratorium der Unfallstationen gehören) seit langer Zeit nicht mehr mit gebührender Gründlichkeit revidiert worden. Das Holz der das Decken überbedeckenden Brille ist an mehreren Stellen gelappt und zeigt klaffende Spalten, so daß die das Klosett benutzenden Personen sich der Gefahr einer Verletzung aussetzen. Von manchen wird es als ungehörig empfunden, daß Männern und Frauen nur dieses eine und gemeinsame Klosett überlassen bleibt. Nun sind wir zwar keine Freunde von Privaterie, aber wenn man sich die ganze Lokalität mit ihren engen, winzigen Gängen an-

sieht, dann kann man es fälschlich doch versprechen, daß da in dem Kampf um das Klosett die Frauen nicht ganz in Wettbewerben mit Männern treten wollen. Die Benutzung des ersten Klosetts, wie gesagt, gilt den Patienten als ein Reservatrecht des Personals. Dieses erste Klosett wird aber den Patienten, wenigstens den weiblichen, wieder aus einem anderen Grunde zu einem Stein des Anstoßes. Es befindet sich nämlich in einem und demselben Raum mit der einzigen Badewanne, die für Männer und Frauen in diesem Stockwerk zur Verfügung steht. Die Badewanne ist umgeben von einer Bretterwand, die nicht bis zur Decke emporreicht, sondern nur etwas über Mannshöhe hat. Den Zugang zur Badewanne bildet eine in der Bretterwand befindliche meterbreite Lücke, die nicht durch eine feste Tür, sondern nur durch eine sehr mangelhaft schließende Gardine verdeckt werden kann. Wenn jemand vom Personal das Klosett zu derselben Zeit benutzen muß, wo jemand von den Kranken badet, so wird das für den Badenden, denken wir, nicht sehr erquicklich sein. Wenn eine Frau badet und ein Arzt zu derselben Zeit das Klosett benutzen will, so darf er es nicht als peinlich empfinden, daß er an der bewußten, mangelhaft schließenden Gardine vorbeigehen muß. Als peinlich wird das in der Tat kaum ein Arzt empfinden. Berzge sind ja durch ihren Beruf gewöhnt und verpflichtet, nicht prüde zu sein. Wir sind's gleichfalls nicht, wie schon gesagt, aber auch hier wieder können wir es sehr wohl verstehen, daß eine Frau oder ein Mädchen selbst vom Arzt sich im Bad nicht begucken lassen will. Nun soll es vorgekommen sein, daß der Assistent Dr. Henze, als er just zu derselben Zeit, wo die Badewanne mit einer Patientin besetzt war, ein Bedürfnis verspürte, an der Bretterwand vorbeigehend, den Kopf durch die Gardine steckte. Wahrscheinlich wollte er nur seine vermeintliche Arztspflicht erfüllen und sich vergewissern, ob bei dem Bad alles ordnungsgemäß zugeht. Aber da drinnen in dem Vaderaum wurde in diesem Augenblick das Erscheinen des Arztes als sehr überflüssig empfunden. Dementselben Dr. Henze wird übrigens nachgelogt, daß er in der Klinik auch sonst mit den Patientinnen mandmal sehr eigenartig umspringe — in einer Weise, die der einen und der anderen doch ein bißchen zu ungewohnten dünkt. Wir sind überzeugt, daß diese harmlose Seele von Arzt gar nicht ahnt, wie seine gemüthliche Art sich zu geben auf andere wirkt. Vielleicht halten die Herren vom Kuratorium es für ratsam, um all diese Dinge sich mal zu kümmern.

Weihnachtspostämter. Der Weihnachtspaketverkehr stellt besondere Anforderungen nicht nur an das Personal der Post, sondern beansprucht auch außergewöhnlich große Räume. Der Mittelpunkt dieses Verkehrs in Berlin, das Paketpostamt in der Oranienburger Straße, verfügt glücklicherweise über einen ausreichenden Platz, um auch diesen Massenverkehr bewältigen zu können. An anderen Stellen müssen aber alljährlich besondere Maßnahmen getroffen werden. So wird für den Paketverkehr nach Süddeutschland der alte Dreddener Bahnhof als Packraum eingerichtet. Auch auf dem Schlefischen Bahnhof mußten für den ungeheuren Verkehr mit dem Osten bisher besondere Hallen errichtet werden. In diesem Jahre kann ein großer Teil des dortigen Neubaus für den Paketverkehr schon benutzt werden. Es kann in den neuen Räumen nicht nur der ganze Eingang, sondern auch der ganze schlefische Kurs abgefertigt werden. Der Neubau wird außerdem auch in Sieglitz vorläufig für den Weihnachtspaketverkehr in Anspruch genommen, so daß man dort nicht mehr auf die Kurnhalle, wie in früheren Jahren, angewiesen ist. Das neue Steglitzer Postamt wird dann wieder der Bauleitung übergeben, um im Laufe des Monats Januar endgültig eröffnet zu werden.

Die juristische Sprechstunde am Donnerstagabend (Heiligabend) fällt aus.

Kauffallende Zunahme der unbestellbaren Postsendungen. Eine ungewöhnliche Zunahme der unbestellbaren Postsendungen ist im letzten Jahre beobachtet worden. Im Reichspostgebiet sind im Jahre 1907 nahezu 2 Millionen Sendungen endgültig unbestellbar geblieben, genau 1 978 260 Sendungen. Im Jahre 1908 waren es dagegen nur 1 561 000 Sendungen. Die Zunahme beträgt also nahezu 1/3 Million oder ein Drittel der im Jahre vorher unanbringlich gebliebenen Sendungen. Da der Verkehr natürlich nicht in demselben Maße gewachsen ist, so hat sich auch das Verhältnis der unbestellbaren Sendungen zu dem gesamten Verkehr wesentlich verschlechtert. Auf 1 Million Postsendungen kamen im Jahre 1906 340 unbestellbare Sendungen, im Jahre 1908 nur wenig mehr, nämlich 347 Sendungen, während deren Zahl im Jahre 1907 auf 338 Sendungen plötzlich angestiegen ist. Die Verschlechterung macht sich hauptsächlich bei den Postkarten bemerklich. Auf eine Million kamen in den drei letzten Jahren 855, 881 und 1099 unbestellbare Sendungen. Es ist dies wohl eine Folge der Zunahme der Ansichtskarten. Aber auch bei den Briefen zeigt sich eine wesentliche Verschlechterung. Während in den beiden Vorjahren auf 1 Million Briefe 150 und 158 unbestellbar waren, blieben es im letzten Jahre deren 167. Nur die Drucksachen haben sich etwas gebessert. Deren Verhältnis ist von 78 auf 68 zurückgegangen. Man sieht, wie bedrohlich die Mahnungen der Post sind, die Adresse deutlich und genau zu machen, auf Postkarten sie zuerst zu schreiben, und stets den Absender anzugeben.

Ein Schußmannskampf gegen eine schwangere Frau.

über den vor mehreren Monaten im „Vorwärts“ berichtet worden war, wurde am Montag vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (185. Abteilung) erörtert. In jenem Kampf, der am 27. Juli, morgens nach 6 Uhr, in der Nähe des Rosenthaler Tores begann und auf der Polizeiwache am Weinbergsweg sein Ende fand, sollte die Frau einem Schußmann Vigalst einen Schlag ins Gesicht gegeben haben. Auch sollte sie den Versuch gemacht haben, ihren Mann aus den Händen der Schupfleute Vigalst und Höhnke, die ihn gefesselt hatten und ihn so zur Wache führten, zu befreien. Zur Eistierung des Mannes, eines Heizers K., waren die beiden Schupfleute geschritten, weil ein Bäderbote Winnig, dem er seinen Stod in die Kniekehle gestochen hatte, die Bestimmung des Namens forderte. K. sollte dann gegen die Eistierung sich gewehrt und den Schußmann Höhnke angegriffen haben. Nun stand das Ehepaar auf der Anklagebank; der Heizer K. wegen Widerstands und tätlichen Angriffes gegen einen Schußmann sowie wegen vorsätzlicher Mißhandlung des Bäderboten, Frau K. wegen Verleumdung eines Schußmannes, wegen versuchter Gefangenenerbeziehung sowie wegen Nichtbefolgung des Schußmannbefehles weiterzugehen.

Die Angeklagten, die ohne Verteidiger erschienen waren, stellten noch vor ihrer Vernehmung den Antrag, die Verhandlung zu verlagern. Sie würden zu ihrer Entlastung Jengen bringen, im besonderen werde der Professor Wumm aus der Frauennilink der Charité bekunden, daß Frau K., die sich damals im siebenten Monat der Schwangerschaft befand, mißhandelt worden sei. Der Vorlesende verständigte sich über diesen Antrag mit den Schöffen durch eine kurze Bemerkung und sprach dann die Ablehnung aus, weil zur Aufhellung des Sachverhaltes nichts weiter nötig sei. In ihrer Vernehmung

gaben die Angeklagten an, Frau K. sei von dem Bäderboten belästigt worden, da habe K. ihm seinen Stod in die Kniekehle gestochen. Nachher sei K. von Schupfleuten angehalten und sogleich sehr kräftig gepackt worden. Dadurch sei er in große Erregung geraten, doch habe er keinen Widerstand geleistet. Frau K. habe gebeten, ihren Mann nicht zur Wache zu führen, da er sehr erregbar sei. Man habe sie aber gar nicht zu Worte kommen lassen. Als der Mann nicht freigegeben wurde, habe sie erklärt, dann gehe sie mit ihm zur Wache. Von einem der Schupfleute sei sie weggestoßen worden, so daß sie hinsiel. Sie gehe infolge einer früher überstandenen Hüftgelenkentzündung lahm und habe damals auch unter dem Schwangerschaftszustand gelitten, der übrigens auch ihre Erregbarkeit gesteigert habe. Um sie von ihrem Manne zu trennen, sei sogar der Säbel gezogen worden. Dabei könne doch kein Ehemann ruhig bleiben, sagte K. Frau K. habe sich immer wieder an ihm festgehalten, und so sei sie schließlich mit zur Wache am Weinbergsweg geschleift worden. Der Vorlesende fügte hinzu, sogar die Treppe zum Wachlokal habe sie „mit hinaufgeschleift“ (er selber gebrauchte dieses Wort) werden müssen. In welchem Zustand sie nachher von der Wache wieder herunterkam, das ersah man aus der Beschaffenheit der damals von ihr getragenen Kleidung, die zum Teil in Fäden dem Gericht als Beweisstück von Frau K. vorgelegt wurde. Frau K. ist eine ganz kleine, schwächliche Frau. Sie hob das hervor und sagte, da werde sie doch nicht den Versuch machen wollen, ihren Mann aus den Händen zweier kräftiger Schupfleute zu befreien.

Die Weiserhebung beschränkte sich auf Vernehmung des Bäderboten und der beiden Schupfleute. Der Laubfursche Winnig will die Frau „nur angeguckt“ haben, darum habe K. ihn mit dem Stod gegen die Wade geschlagen, doch kräftig sei der Schlag nicht gewesen. Bei der Eistierung habe der erste Schußmann „gleich von Anfang an den Säbel gezogen“, erst nach Hinzutritt des zweiten habe er ihn eingesteckt. Schußmann Höhnke ist derjenige, der „gleich von Anfang an den Säbel zog“. Er bekundete, K. habe Widerstand geleistet, Frau K. habe den Mann befreien wollen, sie habe ihn förmlich umklammert, auch K. habe sie festgehalten, dabei habe K. selber ihr den Mantel zerrißen. Ebenso sagte Schußmann Vigalst aus. Wo und wie sogar ein Stiefel der Frau K. im Oberleder einen klaffenden Riß bekam, darüber sagten beide nichts. Vigalst versicherte, er habe die Frau K. „nur zurückgedrückt“, da habe sie ihn ins Gesicht geschlagen. Auch er hat bei diesem Kampf den Säbel gezogen. Er bekundete, das habe er tun müssen, als K. nach ihr gegriffen und sie festgehalten habe; er habe mit dem Säbel dem Mann „eins über die Hand geben wollen, damit er die Frau losließe“, doch sei es zu diesem Aeußersten nicht gekommen. Dieser Zeuge sagte, er habe nicht gesehen, daß Frau K. schwanger war. Sie war's, wie gesagt, schon im siebenten Monat — aber der Schußmann sah das nicht. Auch hatte K. sofort auf den Zustand aufmerksam gemacht — aber der Schußmann hörte das nicht. Wie der ganz Kampf auf den Zustand der Frau K. gewirkt hatte, das hätte der oben erwähnte Professor Wumm bekunden können, dem sie danach hatte zugeführt werden müssen. Beide Angeklagten baten erneut, ihn als Zeugen zu laden, aber wieder hielt das Gericht das für überflüssig.

Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig in vollem Umfange und forderte Gefängnisstrafen für beide Angeklagte. Das Urteil lautete: gegen K. für den Widerstand und die „gefährliche Körperverletzung“ eine Gefängnisstrafe von drei Wochen und 3 Tagen, gegen Frau K. für die Schußmannsbeleidigung und die Nichtbefolgung einer Geldstrafe von 30 M. und 10 M. Von der Anklage der versuchten Gefangenenerbeziehung wurde Frau K. freigesprochen, weil sie hierzu doch wohl zu schwächlich gewesen sei.

So handeln Christen! Aus Anlaß unserer neuesten Mitteilungen über den „Verein für die Armen“, der in seinen Häusern: Adlerstr. 139-142, Bernauer Straße 111-114, Müllerstr. 53-58a, Türkenstr. 1-5, keine Wohnungen an unbemittelte Leute vermietet, sind einige Zuschriften an uns gelangt. Der Verein hatte — das wollen wir hier noch einmal in Erinnerung bringen — einen seiner Mieter, den Arbeiter S., auf Grund einer Bestimmung des Mietvertrages wegen bloßer Unpünktlichkeit der Mietzahlung durch Gerichtsurteil exmittieren lassen, obwohl inzwischen die Miete mit nur zwölfstägiger Verspätung und noch vor Abhaltung des Termins bezahlt worden war. Von demselben Mieter forderte der Verein auf Grund einer anderen Bestimmung des Mietvertrages nach vollzogener Exmmission noch die Miete für die Zeit bis zum Ablauf des Vertrages ein, obwohl der exmittierte Mieter die Wohnung gar nicht mehr benutzen durfte und bereits anderwärts eine andere Wohnung bezahlen mußte. Dieser Verein wird von frommen Christen geleitet, deshalb wird es in seinen Häusern gern gesehen, daß auch die Mieter fromme Christen sind oder sich wenigstens so geben. Die an uns gelangten Zuschriften drücken Enttäuschung darüber aus, daß ein „Verein für die Armen“ so gegen einen Mieter vorgehen konnte. Zu denen, die sich enttäuschen, gehört eine Gruppe von Personen, die erst kürzlich für eine von dem Verein veranstaltete Kollekte ihr Scherflein hergaben und nun zweifeln, ob sie recht daran haben. Eine andere Zuschrift, ansehend von einem gläubigen Christen herrührend, spricht von einer „tiefen Beschämung“.

Einem hiesigen Blatt entnehmen wir übrigens noch eine Mitteilung, die gleichfalls kennzeichnend für den „Verein der Armen“ ist. Eine Frau, die ihn um Unterstützung gebeten hatte (er gibt nur selten eine), bekam als Antwort eine bedruckte Postkarte: „Berlin, Datum des Poststempels. Ihr Unterstützungsgefuß haben wir zu unserem Bedauern nicht berücksichtigen können, da keine Mittel mehr vorhanden sind. Der Vorstand des Vereins für die Armen.“ Die Frau fühlt sich bloßgestellt durch diese Manier, ein Unterstützungsgefuß durch Postkarte zu beantworten. Von den Christen des „Vereins für die Armen“ wird vielleicht mancher denken: „Wenn es weiter nichts ist?!“ Es ist richtig, da werden noch ganz andere Sachen gemacht. Man vergleiche hierzu den erwähnten Fall des Arbeiters S., der wegen verspäteter Mietzahlung an die frische Luft geschickt und hinterher noch mit Einforderung von Miete für die gar nicht mehr von ihm benutzte Wohnung drangsalziert wurde. So handeln Christen!

Ein neuer Mord.

Im äußersten Nordosten der Stadt, in der Gegend des südlichen Ahlts für Obdachlose, ist in letzter Nacht ein Mord verübt worden. Darauf läßt ein Leichenfund schließen, der gestern früh auf dem freien Lande an der Ecke der Franzloser Allee und der Hammerstraße gemacht wurde. Ein Arbeiter fand dort eine tote Frauenperson auf. Sie ist nach den bisherigen Feststellungen seines natürlichen Todes gestorben. Der Fundort ist ein Raubgelände, das jetzt zur Bebauung freigestellt wird. Augenblicklich wird noch allerhand Zeug dort abgeladen. So warf ein Arbeiter gestern früh Stroß dort

Gärten und Ungerechtigkeiten bei dem preussischen Abgeordnetenhaus vorstellig zu werden, wird dem Magistrat überwiesen.

Der von der Stadterordnetenversammlung beschlossene Aufhebung der unteren Klassen der Mittelschule hat der Magistrat zugestimmt, er empfiehlt daher, alljährlich eine Klasse aufzuheben.

Die von der Stadterordnetenversammlung vor einiger Zeit beschlossene Einridung einer eigenen Buchdruckerei soll auf Antrag des Magistrats bis zur Fertigstellung des neuen Rathhauses vertagt werden.

Die Versammlung wählte zum unbefordeten Stadtrat den Landgerichtsrat A. D. Bertzen an Stelle des verstorbenen Stadtrats Hegl.

Schwabe.

Unter großem Aufwand wurde in der vergangenen Woche die neuerrichtete evangelische Kirche eingeweiht. Manchem, dem noch die Kirche mit all ihrem Drum und Dran vollkommen gleichgültig läßt, hatte dank dem mächtigen Lärm die Reugierde auf die Weine gebracht. Hervorgehoben zu werden verdient, daß der hiesige Pfarrer in seiner Rede den Austritt von 29 Schwabener Einwohnern aus der Landeskirche erwähnte. Die bezüglich die Redewendung ließ darauf schließen, als ob an dieser Tatsache, die für unseren Ort geradezu einen Massenaustritt bedeutet, eine von außen künstlich hineingetragene Agitation schuld sei. Wir wollen den Brüdern in Christo vertrauen, daß sie selbst, nächst den drohenden Steuern, ein gerüttelt Maß Schuld hieran haben. Die Garantie für Aufbringung der Zinsen in Höhe von 40 000 M. für die Baukosten hat die Gemeinde übernommen. Für die würdige Aus schmückung der Straßen, Aufstellung von Fackelträgern, Anbringung von Girlanden usw. hat sich unsere Gemeindevertretung ebenfalls keineswegs knauserig gezeigt. Wir wollen hoffen, daß sie denselben Standpunkt einnimmt, wenn wieder einmal die Straßen "beleuchtet" oder die Regulierung und Pflasterung von Straßen beauftragt wird. Solange die hiesige Arbeiterklasse ohne jeden Einfluß in der Gemeindevertretung bleibt, solange bleiben ihre Interessen unberücksichtigt.

Für die Arbeiterschaft die innerlich mit der Kirche längst fertig ist und die nicht gewillt ist, sich neue Steuern aufbürden zu lassen, empfiehlt es sich, umgehend ihren Austritt aus der Landeskirche zu bewerkstelligen.

Auswärtstrittsformulare sowie jede Auskunft erteilt bereitwilligst Genosse Wilhelm Kimmrich - Schwabe, Böttcher Straße 2.

Wilmersdorf.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich gestern früh auf dem Grundstück Nassauische Straße 53, wo Ausschachtungen zu Fundamentierungszwecken vorgenommen werden. Man war bereits dabei, die Fundamente zu mauern, als gestern, kurz nach Beginn der Arbeit, die Erdmassen nachgaben und der Maurer Hebrig verschüttet. Die Feuerwehr grub den Vermöglichen aus; dann wurde Hebrig mit dem Kranken-Automobil nach dem Groß- Lichterfelder Kreis-Krankenhaus gebracht. Der Vermögliche, der außer einem Schädelbruch schwere innere Verletzungen davongetragen hat, liegt hoffnungslos darnieder.

Adlerhof.

Die Delegiertenvahl zur Ortskrankenkasse findet am 30. Dezember statt. Es werden daher die jetzt noch amtierenden Delegierten sämtlich ersucht, zu einer am Sonntag, den 27. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr bei Raal, Bismarckstr. 16, stattfindenden Besprechung zu erscheinen. Das Gewerkschaftsamt.

Französisch-Buchholz.

Einem längst empfundenen Bedürfnis hat die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung Rechnung getragen. Der sozialdemokratische Wahlverein hatte den Antrag gestellt, des Rechts in allen Straßen des Ortes Nachtlaternen brennen zu lassen. Die Gemeindevertretung konnte diesem Wunsch um so mehr nachkommen, als die Kosten für die Beleuchtung während der vier Wintermonate nur 400 M. betragen. Des weiteren lag der Rassenbericht pro 1907 zur Beratung vor; derselbe weist eine Einnahme von 101 782,87 M. und eine Ausgabe von 90 420,90 M. auf. Unter den Ausgaben befinden sich u. a. folgende Posten: Schule 26 711,14 M., Wegebau und Straßenbeleuchtung 26 890,18 M., für Befoldung und sonstige Dienstbezüge 8129,02 M., Provinz, Kreisamt und Standesamt 8180,43 M., Kosten der öffentlichen Armenpflege 6506,44 M. Der Gemeinbedienter bezieht, wie aus dem Bericht hervorgeht, ein Gehalt von 860 M. Um bei der Erhaltung neuer Steuerquellen ja nicht die Grundwert- und Wertzuwachssteuer ins Auge zu fassen, glaubten die Gemeindevorsteher Kettling und Dr. Fischer bereits besonders davor warnen zu müssen. Auch hier spielen jene Herren die Rolle des Mittelmanns. Und die Herren stehen, solange es an Vertretern der Arbeiterklasse fehlt, in der Gemeindevertretung nicht auf den nötigen Widerstand.

Bernau.

Die Stadterordnetenversammlung hat zunächst die Wahl zweier Rathsherren vorzunehmen. Zu diesem Zweck haben vor einigen Wochen bereits drei Vorgesprechungen stattgefunden, in denen der Wunsch laut wurde, jüngere Kräfte in das Magistratskollegium zu wählen. Bei der ersten Rathsherrenwahl erhielt der Kandidat Körndle 14 Stimmen und der Petardenfabrikant Tothmann 8 Stimmen, während zwei Stimmzettel unbefriedigt waren. Der zweite Rathsherr Schultrich wurde einstimmig gewählt. Eine lebhaft diskutierte die Magistratsvorlage betreffend die Erbauung eines Brunnenbrunnens auf dem Krankenhausgrundstück. Genosse Krüger wandte sich gegen die Erbauung eines solchen Brunnens und verlangte den Bau einer Wasserleitung. Diese Ansicht teilten auch verschiedene Bürgerliche. Der Bürgermeister gab die Erklärung ab, daß sich der Magistrat einstimmig für die Erbauung der Wasserleitung entschieden habe. Zu Beginn des nächsten Jahres solle der Stadterordnetenversammlung eine dahingehende Vorlage unterbreitet werden. Diese Erklärung fand den Beifall der Versammlung. Der Firma Wähler u. Ehrlich, welche für die Befestigungsanlagen die Summe von 12 062,14 M. gefordert hatte, wurde von der Versammlung der Zuschlag erteilt. Genosse Selbig eruchte die Schulkommission um Auskunft über den ihr überziesenen Antrag unserer Genossen betreffend die Anstellung eines Schularztes. Der Bürgermeister als Mitglied der Kommission erklärte, daß die Schulkommission mit Rücksicht auf die hohen Kosten die Anstellung eines Schularztes abgelehnt hätte; doch sollen vom April nächsten Jahres ab sämtliche eingeschulenden Kinder von dem hiesigen Kommunalarzt untersucht werden. Von unseren Genossen, wie auch von Herrn Dr. Wilmers, wurde bezweifelt, daß die Kosten für einen nur nebenamtlich fungierenden Schularzt sich so hoch belaufen würden, daß sie von der Kommune nicht zu erswingen wären; auch der Kommunalarzt könnte nicht unentgeltlich tätig sein.

Spandau.

Eine gutbesuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins fand am Mittwoch im Lokal von Gottwald statt. Von Parteifunktionären waren anwesend Genosse Wels - Berlin von der Agitationskommission sowie der Vorsitzende des Generalvorstands Genosse Paris - Witten. Aus dem Bericht des Genossen Paris ist zu entnehmen, daß in der Verlaufszeit 14 Vorstandssitzungen, 14 Korporationsversammlungen, 7 kombinierte Sitzungen, 16 Sitzungen mit Frauen, 12 Jahrsabende, 9 Vereinsveranstaltungen, 6 öffentliche Versammlungen und außerdem noch einzelne Sitzungen mit den Kreis- und Agitationsfunktionären abgehalten wurden. Der Verlaufszeitungsbericht und die Beteiligung an Flugblättern und Kalenderverteilung ließ oft zu wünschen übrig. Genosse Paris kam dann auf die beiden Punkte zu sprechen, welche in letzter Zeit eine Differenz zwischen dem Generalvorstand und dem örtlichen Vorstand hervorgerufen. Es betrifft dies erstens die Nichterstattung eines Berichts in Spandau über den letzten Parteitag und zweitens die bisher in

Spandau nicht unternommene Agitation für die Presse. Zu dem ersten Punkt bemerkte Redner, daß die seiner Zeit erfolgte Wahl des Genossen Kautsky als Delegierten des Kreises zum Parteitag unter der ausdrücklichen Zustimmung seitens des Genossen Paris geschehen sei, daß Kautsky auch den Bericht über den Parteitag erstatten werde. Als man dann hinterher erfuhr, daß Kautsky aus bestimmten Gründen nicht öffentlich berichten könne, und da außerdem schon zu lange Zeit nach dem Parteitag vergangen war, habe die erweiterte Parteileitung aus dem Grund, daß die hiesige Parteileitung keine solche nicht abgelehnt, sondern nur den jetzigen Zeitpunkt nicht für günstig erachtet. Dem Genossen Paris war dann von einem Spandauer Genossen privatim eine Mitteilung dahin gemacht, daß die hiesige Parteileitung beide Punkte abgelehnt habe. Ein Schreiben des Genossen Paris im Auftrag des Zentralvorstands legte Protest ein gegen die angeblich vom Spandauer Vorstand gefassten Beschlüsse, wodurch sich die hiesige Parteileitung verletzt fühlte und beschloß, gegen den Protest des Zentralvorstands zu protestieren. Die schriftliche Antwort wurde nicht abgelehnt, da Genosse Paris in der Korporation anwesend war, in welcher er (Wieser) das von ihm verfaßte Antwortschreiben zur Begutachtung vorlegte. Genosse Wieser gebrandete bei seinen Ausführungen harte Worte, namentlich gegen den Genossen Paris-Witten und verteidigte sich mit aller Entschiedenheit gegen ihm gemachte Vorwürfe. Hieran schloß sich der Massenbericht, den der Genosse Schuster erstattete. Derselbe umfaßt 3/4 Jahre. Die Mitgliederbeiträge sind erheblich zurückgegangen. - Die Gesamteinnahme beträgt 4006,87 M., die Gesamtausgabe 4509,87 M., mithin verbleibt ein Bestand von 837,00 M. Der Prozeß Seig hat an 800 M. gekostet; hierzu sind von den Gemeindefunktionären 825 M. beigetragen worden. Neu eingetreten sind 155 Mitglieder. - In der Diskussion über den Vorstandsbereich trat Genosse Paris-Witten den Ausführungen Wiesers über die Richterstattung vom Parteitag und über die Agitation für die Presse entgegen. Die weitere Diskussion, an der sich die Genossen Schaubert, Pieper, Stahl, Seior, Wels-Berlin, Leidner, Scholz beteiligten, nahm zeitweise einen recht härmlichen Charakter an. So sehr sich aber auch die Gemüter erhitzten, zum Schluß sprach man allgemein die Ansicht aus, daß die Klärung der Sachlage notwendig gewesen sei. Für die Folge müßten derartige unliebsame Zwischenfälle vermieden werden, damit ein gedeihliches Zusammenarbeiten ermöglicht werde.

Die nunmehr vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Max Seior einstimmig gewählt; 2. Vorsitzender Genosse Schaubert; 1. Schriftführer Genosse Glom; 2. Schriftführer Genosse Sommer; 1. Kassierer Genosse Köppen; 2. Kassierer Genosse Smilowski. Zu Revisoren werden gewählt die Genossen Hornig, Brögerchen und Stoer. Zu Bezirksführern wählte die Versammlung die Genossen Bloch für den 1. Bezirk; Ernst Brömberg für den 2. Bezirk; Brögerchen für den 3. Bezirk; Strudis für den 4. Bezirk; Steinke für den 5. Bezirk; Theodor Schmidt für den 6. Bezirk; Kubisch für den 7. Bezirk; Emil Wilde für den 8. Bezirk. Die Wahl der Lokalkommission wurde ausgesetzt. Sämtliche übrigen auf der Tagesordnung stehenden Sachen, auch die Agitation für die Presse, wurden bis zu der demnächst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Versammlungen.

Holzarbeiterverband. Die am Mittwoch abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich mit der Frage, wie in Zukunft die Generalversammlungen der Berliner Mitgliedschaft zusammengeführt werden sollen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Einführung des Delegiertensystems, da bei der Größe des Verbandes der bisherige Modus, welcher jedem Mitgliede die Teilnahme an der Generalversammlung gestattet, praktisch nicht mehr durchführbar ist, besonders dann nicht, wenn wichtige Angelegenheiten, die einen großen Andrang veranlassen, auf der Tagesordnung stehen. Diese Angelegenheit hat schon eine vorhergegangene Generalversammlung beschäftigt, es wurden verschiedene Anträge gestellt, die nun berücksichtigt sind in einer Vorlage, welche die Ortsverwaltung der gegenwärtigen Generalversammlung gemacht hatte. Die Vorlage wurde abseits eingehend beraten und mit wenigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Der grundlegend Passus der angenommenen und nunmehr geltenden Bestimmungen lautet:

Die Generalversammlung besteht aus Delegierten und der Ortsverwaltung. Die Delegierten werden im Januar in den Bezirks- und Branchensammlungen derjenigen Branchen gewählt, für die eine eigene Kommission besteht.

Von den sonstigen Bestimmungen sind noch folgende zu nennen: Vierjährlich einmal findet eine öffentliche Generalversammlung statt. Die Verwaltung kann außerordentliche Generalversammlungen einberufen. Auf Antrag von 50 Delegierten hat die Ortsverwaltung eine Generalversammlung einzuberufen. Auf je 50 Mitglieder kommt ein Delegierter. Scheidet ein Delegierter im Laufe des Jahres aus, so tritt bis Jahresfrist derjenige als sein Stellvertreter ein, der auf der Liste des Bezirks oder der Branche die nächsthöchste Stimmenzahl hat. Wer ohne Entschuldigung in der Generalversammlung fehlt, gilt als ausgeschieden und tritt an seine Stelle ein Stellvertreter. Die Generalversammlung hat die Geschäfts- und Kassenberichte entgegenzunehmen, die engere Ortsverwaltung sowie die Angestellten zu wählen, die Beitrags-sammler zu beauftragen, Kandidaten für die durch Urabstimmung vorzunehmenden Wahlen aufzustellen, die örtlichen Statuten zu ändern, die Unterstützungsstelle festzusetzen, zu allen Vorgängen im Beruf, welche die Interessen des Verbandes betreffen, Stellung zu nehmen und über Lohnbewegungen Beschlüsse zu fassen. Drei Wochen vor der Generalversammlung ist ihr Statuten im "Vorwärts" anzugeben, zwei Wochen vor dem Stattfinden sind Anträge zur Generalversammlung eingureichen, und eine Woche vor der Generalversammlung sind die Anträge in den Bezirken und Branchen zu besprechen. Die Antragsteller können zur Begründung ihrer Anträge an der Generalversammlung teilnehmen. Bei Lohnbewegungen, die sich auch auf andere Orte erstrecken, nehmen die Vertreter dieser Orte an der Generalversammlung teil. Während einer Lohnbewegung erhält die Vertrauensmänner-verwaltung und die Ortsverwaltung die Vollmacht, alle zur Durchführung des Kampfes notwendigen Maßnahmen zu beschließen. Wichtige Angelegenheiten kann die Verwaltung einer statutenmäßigen auf Verlangen der Generalversammlung sowie auf Antrag des zehnten Teils der Mitglieder.

Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, wurde die Wahl eines Kuratoriums beschlossen an Stelle des verstorbenen Kollegen Klinge vorgenommen. Die Wahl hatte kein endgültiges Ergebnis, es ist eine Stichwahl erforderlich zwischen Berner, Schwärzer und Richter, die in der nächsten Generalversammlung vorgenommen werden soll.

Weiter beschloß die Versammlung, daß die noch einlaufenden Ertragsbeiträge von 30 Pf. pro Woche von dieser Woche an in voller Höhe den ausgeschickten Arbeitslosen zugute kommen sollen.

Herr Dr. Lennhoff sendet uns folgende Zuschrift:

"In Nr. 203, 8. Beilage des 'Vorwärts' wird in einem Bericht über eine Versammlung der Vorstände und Verwaltungsobermann der Krankenkassen Berlin und der Vororte das Referat erwähnt, das ich in Rom auf dem 8. Internationalen Kongreß für Arbeiter-versicherungen gehalten habe. In dem Bericht heißt es unter anderem:

Das Manuskript des Vortrages war ihm, wie er behauptete, in Mailand verloren gegangen oder gestohlen worden. Er hat das Referat, das er in Rom offenbar in etwas anderer Form hielt, nun in der von ihm redigierten 'Sozialen Medizin' veröffentlicht..."

Dieser Bericht läßt die Ansicht kaum, als wenn ich nachträglich etwas anderes abgedruckt hätte, als was ich dem Kongreß unterbreitet habe. Gestatten Sie mir deshalb eine Schilderung der Tatsachen.

Damit die Referate schon vor dem Kongreß den angemessenen Lesern gedruckt, und zwar in mehreren Sprachen, zugestellt werden könnten, mußten die Manuskripte einige Monate vorher an den Generalsekretär nach Paris geschickt werden. Als ich während der Versammlung der internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz in Luzern die Druckfahnen erhielt, fehlte mein Referat. Sofortige Nachfrage ergab, daß es nicht in den Besitz des Generalsekretärs gelangt war. Ich fertigte in Luzern eine neue Niederschrift, die ich am 3. Oktober, zugleich mit einer Uebersetzung ins Französische, an die Kongressleitung nach Rom schickte. Am 8. Oktober erhielt ich nach Florenz die Empfangsbekanntmachung mit der Mitteilung, daß eine Drucklegung bis zum 12., dem Beginn des Kongresses, nicht möglich sei. Daraufhin ließ ich in Florenz den beiliegenden Auszug in Form von 36 Leitfäden drucken, von denen am Eröffnungstage 1000 Exemplare an die Kongressmitglieder verteilt wurden. Auf dem Kongreß habe ich, wie alle Referenten, das Referat nicht mündlich halten können, sondern nur eine kurze Inhaltsangabe vortragen dürfen. Das Manuskript zu dem späteren Abdruck in meinem Blatt war ein Schreibmaschinendruckschloß des in den Händen der Kongressleitung befindlichen Originals. Eine Anzahl Kongressleitnehmer, darunter ein Mitglied der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins, haben das Manuskript noch während des Kongresses in Rom gelesen.

Hochachtungsvoll

Dr. Rudolf Lennhoff.

Der Zentralverband deutscher Textilarbeiter ersucht uns zu dem Versammlungsbericht in Nr. 208 um folgende Richtigstellung: Es haben bei kürzerer Arbeitszeit gearbeitet:

	Stunden	Wochen	weniger verdient
Weber	186 122 =	3 447	103 410 M.
Hilfskräfte	85 894	655	8 515 ..
Sonstige Arbeiter u. Arbeiterinnen	310 895	6 745	103 772 ..
Ohne Arbeit waren:			
153 Weber - Lohnausfall	255 832	4 758	113 712 ..
18 Hilfskräfte -	19 658	384	4 004 ..
Insgesamt	807 299	14 950	833 413 ..

In den Berliner Teppich- und Wäschfabriken wurden im vorigen Jahre 1656 Personen beschäftigt in diesem 1443

also weniger . . 207 Personen.

Vermischtes.

Gasexplosion in Greifswald.

Nach einer Meldung aus Greifswald wurde gestern früh durch eine Gasexplosion ein Teil der dortigen städtischen höheren Mädchenschule zerstört, wobei der Schuldleiner sein Leben einbüßte. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht ermittelt werden.

Erdschöbe. Wie eine Meldung aus Greiz besagt, wurden in der dortigen Gegend vorgestern nachmittag abermals mehrere Erdschöbe verspürt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zweckschuld unter Einbezug Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, der Troppen, 904 Fahrstr. 100 wochentags abends von 7, bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Durchschneide um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorzeichen beizufügen. Preisliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage verstreichen. Ullianfragen trage man in der Zweckschuld vor.

Kontour 50. Ihre 14tägige Lohnforderung müssen Sie als bevorrechtigt beim Amtsgericht zu den Konturkosten anmelden. Ist etwa Kontour nicht erfüllt, so würden Sie Ihre Forderung beim Gewerbeamt geltend zu machen haben. - G. P. 75. Es genügt Kauf- oder Konsumtionschein - N. N. 25. Wenn Sie eine Ladung nicht erhalten haben, haben Sie Ihren Austritt aus der Landesliste zu Protokoll des Gerichts zwischen dem 29. und 42. Tage nach Eingang Ihrer Anmeldung zu erklären. Besuchen Sie die Erklärung: wenn Sie nicht noch in diesem Monat dieselbe abgeben, so haben Sie für ein Jahr länger die Kirchensteuer zu zahlen. - P. P. 100. 1. Die Klärung und Eintragung kann sich immer nur auf den dem Schuldner gehörigen ideellen dritten Teil, nicht aber auf die den Mitteilgläubigern zurechenbare Teile beziehen. 2. Das ist zulässig. - W. P. 24. Die Kasse wird möglicherweise mit ihrem Anspruch auf Rückzahlung durchbringen. Sie müßte aber zunächst deshalb klagen. - J. R. 25. Zur Adoption ist ein Oberpaar berechtigt, wenn es keine eigenen natürlichen Kinder hat. Der Adoptionsvertrag muß bei einem Notar oder bei einem Gericht geschlossen werden. Nachdem er geschlossen ist, bedarf der Adoptionsvertrag zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Der Adoptierende soll mindestens 50 Jahre alt sein, jedoch kann das Gericht von dem Altersverbot dispensieren. - G. S. 1. Leider nein. 2 und 3. Der Brief ist nicht verpflichtet, den Mieter vom Vertrage zu entbinden. - G. S. 50. Wenn Sie nicht ausdrücklich erklärt haben, daß die Baren zu dem bestimmten Termin geliefert werden sollen, so würden Sie zur Übernahme verpflichtet sein. - G. S. 10. Sie würden nur das Recht haben, von Ihrem Resten Rückzahlung der für ihn eingezahlten Gelder zu verlangen. - W. P. 111. Wir vermögen zum Eintritt in die von Ihnen genannte Kasse nicht zu raten. - G. 2. Es auf einen Prozeß antworten zu lassen, würden wir nicht raten, weil in dem Prozeß der Auflösung das Aufsehen des Sachverständigen geben würde und dies nach Lage der Sache vorausichtlich zu Ihren Ungunsten ausfallen würde. - W. P. 100. 1. Wegen des Beschlagsnahmebeschlusses müßte ich mein Beschlüsse eingeleitet zuenten von Ihnen, der Frau, Interventionsklage erhoben werden. Ohne Kenntnis der Akten können wir nicht wissen, wen die Schuld an der Verzögerung trifft. 2. Ihrem Mann muß soviel gelassen werden, als erforderlich ist, um Ihnen und Ihren Kindern den lebensdienlichen und ihm schen den notwendigen Lebensunterhalt zu lassen. Wenn Sie im einzelnen darlegen, daß der gesamte Lohn hierzu erforderlich ist, so müßte die Beschwerde und eventuell die Interventionsklage durchbringen. 3. Falls der Beweis für die von Ihnen aufgestellten Behauptungen geliefert wird, ja. - A. P. 3. Rein. - G. S. 7. Stirbt die Ehefrau ohne Hinterlassung eines Testaments, so geht, falls nicht Erbteilung nach möglichem Recht stattfindet, die Teilung in der Weise vor sich, daß der Witwer ein Drittel, das aber die hinterlassenen Kinder drei Viertel des von der Ehefrau hinterlassenen Nachlasses erhalten. 2. Mit erfüllter Volljährigkeit haben die Kinder Anspruch auf Herausgabe. 3. Unterhaltspflicht gegenüber Kindern hindert Rücksicht nach dem Leben, vorläufige körperliche Minderleistung, Verbrechen oder schwere Vergehen gegenüber den Verstorbenen, böswillige Verletzung der Unterhaltspflicht, Führung eines elischen und unbilligen Lebenswandels. 4. Ein solches Recht steht dem Kinde nicht zu. Es kann nur auf Antrag (von dem Vormundschaftsgericht) gestattet werden, aus dem Hause zu gehen. - W. L. 12. Eine Rückzahlung der Naturalkation geht nicht an; die Dienstpflicht besteht nach dem bestehenden Gesetz; voraussetzlich erfolgt aber keine Einziehung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

	am			am	
	21.12.	20.12.		21.12.	20.12.
Wasserstand	cm	cm	Wasserstand	cm	cm
Hemel, Mühl	805,9	-	Seals, Großfl.	78	+2
Gregerl, Jüterburg	-14	-3	Havel, Spandau ¹⁾	87	+4
Weichsel, Thorn	429	+14	" " " " " "	60	+2
Oder, Rathow	95	-1	Spree, Cöpenhagen ²⁾	72	0
" " " "	54	0	Desslau	76	+1
" " " "	709	-3	Weser, Minden	-06	-0
Garthe, Schimberg	20	+14	" " " "	0	-6
Havel, Landsberg	49	0	Rhein, Rastatt-Kilnsau	230	+2
Nepe, Boddamm	-1	+3	" " " "	118	-2
Elsbe, Leitmeritz	-77	-5	" " " "	186	-8
" " " "	-191	-3	Redar, Heilbronn	68	+11
" " " "	80	-3	Rhein, Wetzlar	117	-4
" " " "	45	+4	Wolff, Berlin	0	-

¹⁾ + bedeutet Anst., - Abk. - ²⁾ Unterpeel. - ³⁾ Geständ.

^{*)} Grundbleistricben. - ^{*)} Schwaches Bleistricben. - ^{*)} Grundbleistricben.

^{*)} Herr Albert Kohn.

Billigstes Spezial-Haus
für Teppiche u. Gardinen
am Platze!
Massenverkauf!
für den
Weihnachtsbedarf.
„Riesenposten“
echter Plüschteppiche
nur solange Vorrat!

Größe ca.
130/200 Wort 18.50 jetzt M. 12.50
165/240 " 30. " 19.85
200/300 " 50. " 33.50
Dazu passende Beilvorleger St. 3.25
Zurückges. Muster 1.85, 2.45, 2.85.

Stieppdecken (Simili-Seide)
in allen nur möglichen Farben.
Stück 2.80, 3.25, 4.65, 5.85, 6.50,
7.50, 8.—, 9.50 bis 30 Mark.

Tages-Angebot!
nur bis zum Fest!
Plüschfischdecken mit kleinen
mit bezaubernd schönen Stickereien
Größe 130/180 M. 5.85 bis 6.75
140/140 " 7.25 " 9.50
130/160 " 9.85 " 15.—
145/175 " 11.35 " 36.—

Tuch- u. Gohelin-Fischdecken
M. 1.35 bis 40.—

10% Rabatt

auf Gardinen, Stores,
Portieren und Felle!

Engl. Tullbetdecken weiß u.
crème
M. 1.85, 2.25, 2.75, 3.45, 4.85 bis 9.50
für 1 und 2 Betten passend.

Erbstühl-Bettdecken
Gr. 165x210, Wert M. 8.50, jetzt 5.25
210x310, " 12.50, " 7.85

Schlafdecken, imit. Kamelhaar,
Gr. ca. 145/200, Wert 5.25, jetzt 2.85.

Läufer- und Linoleum-
Reste in allen Breiten u. Längen
zu Spottpreisen!

E. Weissenberg's
Teppichhaus

125 Gr. Frankfurter Straße 125
2. Haus von der Koppenstraße.
Haltestelle der Straßenbahn.

Nach außerhalb per Nachnahme.

Spezial-Geschäft für Uhren
1 neue Uhr-Gehäuse 75 Stk.
1 neue Uhr-Gehäuse 15 Stk.
1 neue Uhr-Gehäuse 10 Stk.
1 neue Uhr-Gehäuse 10 Stk.
1 neue Uhr-Gehäuse 10 Stk.
1 neue Uhr-Gehäuse 5 Stk.
Neue Uhren u. größter
Kunst. genau reguliert

E. Möbis,
14 Beuthstraße 14

(auch Café Aschinger & Hofmark)

**Pelz-Stolas,
Muffen,
Kindergarnitur**

aus streng reeller Ware,
gibt zu außerordentlich
niedrigen Preisen in sehr
großer Auswahl auch
einzeln ab.

Hut-Arnold
Größtändige für
Hüte, Mützen und
Pelzwaren

Dresdenerstr. 116. (Korn)
kein Kaufwag.

**Billigste Bezugsquelle
gediege. Trauergarderobe**

Westmanns
Trauer-Magazin

Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.

Gerade Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Damen und Herren! — In letzter Stunde
vor dem Feste seien Sie daran erinnert, daß der
Total-Inventur-Ausverkauf im
Spezial-Konfektionshause Westmann
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a { kein Eckhaus, 2. Haus
von der Jerusalem Str.
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 { kein Eckhaus, 2. Haus
von der Andreasstraße.
nunmehr geschlossen wird!
Einzig günstige Gelegenheit zum Einkauf für den Weihnachtstisch!
Gesellschafts- und Abendmäntel! Einfache gediegene Jacketts!
Nur echte Pelzarten! **Pelzjackets, Pelzmuffen, Pelzstolen!** Nur echte Pelzarten!
Für 1/2 des Wertes und billiger!
Auf Wunsch Lieferung zu einer bestimmten Stunde per Automobil!
Frauenmäntel, Übergangsmäntel, Paletots, Kimonos in Tuch, Cheviot, Chevron, Diagonal etc.
Plüsch- und Astrachan-Konfektion! Kinder-Konfektion!
Kostüme! Kleider! Röcke! Blusen!
hochelegante, moderne Neuheiten! 5559L
zu folgenden Notierungen:
Wert bis M. 30.— bis M. 45.— bis M. 72.— bis M. 104.— bis M. 200.— bis M. 450.— usw.
heute nur M. 6 1/2, nur M. 10 1/2, nur M. 17.— nur M. 25.— nur M. 48.— nur M. 120.— usw

Umtausch nach dem Feste
bereitwilligst gestattet!
Genau Beachtung meiner
Firma und Hausnummer
dringend geboten!

Dies ist

der einzig richtige Weg

Lassen Sie sich durch Niemand Irre führen!

Die Erste Grossmacht
bietet Ihnen
Allergrösste Auswahl | Allerkleinste Preise
Reellste Bedienung | Weltgehendste Kulanz.
Kleinste Anzahlung **Auf Kredit** Kleinste Raten

Herren- u. Damen-Garderobe
Schuhwaren Pelzwaren
Möbel- und Wohnungseinrichtungen

Kommen Sie und prüfen Sie unser
!! Weihnachts-Angebot !!

M. Glogau nur 73, Alte Jakobstr. 73
Ecke Dresdener Strasse

Keine Filialen
C. Wachsmann & Co., Reinkendorferstr. 15
direkt am Weddingplatz
Paul Neugebauer Nachf. Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 31

Heute bis 10 Uhr abend, morgen bis 8 Uhr abend geöffnet.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.**
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Polzbildhauer
Wilhelm Bärwald
(Wegst 11)
verstorben ist. 237/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Rixdorfer Friedhofes, Marien-
dorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Zentralverband deutscher
Brauereiarbeiter**
Stweigereit Berlin Sektion II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 21. Dezember der Kollege,
Heterojahres
Georg Mailahn
(Brauerei Pfefferberg)
nach langem Leiden an Lungen-
entzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Donnerstag 24. Dezember, nach-
mittags 1/2 Uhr, vom Trauer-
bause Bernauerstr. 7/8 aus
nach dem Georgen-Rixdorfer
Friedhofes Alter 21-23.
14/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Sattler
Erich Grandi
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, 23. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Wulfs-Rixdorfer in
Rixdorf, Hermannstr. 10, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
120/12 Die Ortsverwaltung

Allen Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Be-
gleiter
Georg Gaudert
am Sonnabend, den 19. Dezember,
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 24. d. M., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen
Jakobi-Rixdorf in Rixdorf, Ger-
mannstr. 10, aus statt.
Die streifenden Klavierarbeiter
der Firma Roloff,
Rixdorf, Weierstr. 307.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber Vater
Wilhelm Müller
am 20. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
24. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr,
auf dem Gemünde-Friedhofe in
Friedrichshagen statt. 55002
Otto und Anna Müller.

**Verband der Schneider,
Schneiderinnen u. Wäsche-
arbeiter Deutschlands.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Kollegin, die Näherin
Auguste Baude
am 19. Dezember im 62. Lebens-
jahre gestorben ist. 252/14
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 24. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedhofes der
Hädelshagen in Dack aus statt.
Die Ortsverwaltung Berlin III.

Dankagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
Bruders und Onkels, des Gastwirts
Anna Berghausen
sagen wir den Kolleginnen der Firma
Kohlbaum, den Kollegen der A. E. O.,
den Sängern sowie den Adlerhöfer
Genossen und allen Bekannten und
Verwandten unseren herzlichsten Dank.
Karl Berghausen
nebst Kindern.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
Bruders und Onkels, des Gastwirts
Franz Oertel
sagen wir allen Verwandten, Gästen,
den Genossen des Waldorfer Rix-
dorfer Sängers sowie den Sängern des Rix-
dorfer Männerchors unseren verbind-
lichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Marie Oertel nebst Kindern.

- Paletots
- Mäntel
- Pelerinen
- Joppen
- Rock-
Anzüge
- Jackett-
Anzüge
- Kostüme
- Mäntel
- Blusen
- Jupons
- Golf-
Jacken
- Pelze
- Stolas
- Muffen

- Betten
- Kissen
- Schränke
- Vertikows
- Buffets
- Schreibtische
- Banerntische
- Konsole
- Säulen
- Sofas
- Paneele
- Küchen
- Teppiche
- Läufer
- Stores
- Bett und
Tischwäsche

Gerichts-Zeitung.

Ueberprüfung des Begriffs der Fahrlässigkeit.

Vor dem Landgericht Magdeburg hatte sich am 13. Oktober die Waise Albine verheiratete Kowotz wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Sie wurde aber nur wegen fahrlässiger Körperverletzung unter Verlegung einer Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sie ist Waise und hat, wie das Urteil hervorhebt, eine verhältnismäßig gute Vorbildung. Sie wurde besonders von unterleibsfrauen in Anspruch genommen, deren sie über hundert behandelt hat. Eines Tages kam ein älteres Fräulein, Marie K., zu ihr. Sie hatte eine große Geschwulst auf der linken Seite des Unterleibes. Frau K. weigerte sich die Behandlung zu übernehmen, da das Leiden zu schwer sei. Der hinzugezogene Arzt erklärte eine Operation für notwendig. Fräulein K. wollte sich aber auf keinen Fall darauf einlassen. Darauf erklärte sich der Arzt Dr. R. damit einverstanden, daß Frau K. die Patientin mit Vibrationsmassage behandle. Der Zustand wurde anfangs besser, später schlechter. Als Fräulein K. außer Stande war, zu Frau R. zu gehen, entschuldigte sie sich brieflich bei dieser. Frau K. schrieb ihr, sie möge sich lieber in die Klinik aufnehmen lassen. Fr. K. wies aber diese Zumutung mit Entrüstung zurück. Erst längere Zeit danach begab sie sich in das Hebammeninstitut. Dort wurde sie operiert und am nächsten Tage starb sie. Ihr Leiden bestand in Eierstockkrebs. Die Operation bestand in der Herausnahme der Gebärmutter. Das Gericht war der Ansicht, daß das Verhalten der Angeklagten einerseits eine Verschlimmerung des Zustandes bewirkt habe, da die K. bei früherer Vornahme der Operation wahrscheinlich imstande gewesen wäre, diesen Eingriff besser zu überleben. Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsanwalt bestritten. Er erklärte den Fall für sehr zweifelhaft. Unter Umständen könne sogar angenommen werden, daß der Arzt, welcher die Behandlung durch die Angeklagte gestattete, fahrlässig gehandelt hat. Fraglich sei, ob in solchen Fällen Klage angebracht sei. Sehr in Betracht komme, daß die Angeklagte sich in keiner Weise so verhalten habe, wie es Kurfürster zu tun pflegen. Sie habe von Anfang an und wiederholt ärztliche Hilfe empfohlen und nur auf dringenden Wunsch der Patientin die Behandlung übernommen. Den Begriff der Fahrlässigkeit also weit auszubehnen, gehe nicht an. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und hielt es für angemessen, die Sache an das Landgericht Halberstadt zu verweisen.

Eigenartig, daß unter den obwaltenden Umständen überhaupt Klage erhoben ist, noch auffälliger und ohne das bestehende Vorurteil gegen Nichtärzte unerklärlich, daß die Klage sich gegen die Waise, nicht gegen den Arzt richtete.

Der Hauseigentümer als Paletotmörder.

Ein vermögendes Paletotmörder mußte sich gestern in der Person des Hauseigentümers Franz Broblewski unter der Anklage des Diebstahls vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten.

Seit längerer Zeit wurde in den Lokalitäten von Kempinski und Nitsche an Caspari das Treiben eines Diebes bemerkt, der eine besondere Vorliebe für fremde Paletots, Hüte und Handschuhe an den Tag legte. Es fiel insbesondere in dem zweitgenannten Restaurant auf, daß ein sehr gut gekleideter Herr öfter in das Lokal kam, durch die verschiedenen Räume ging und bummelte,

ohne etwas verzehrt zu haben, das Restaurant wieder verließ. Jedoch war mit dem Besuch dieses mysteriösen Gastes auch das Verschwinden eines Paletots oder Hutes verknüpft. Im Juli dieses Jahres erschien der unbekante Herr wieder und wurde von dem zufällig an der Tür stehenden Wächser der Weinstuben bemerkt, der sofort dem Keller Heddenau den Auftrag gab, den Unbekannten zu beobachten. Der Keller bemerkte, wie der Gast in die Tasse des am Kleiderbänder hängenden Paletots des Kellneisters B. sah, dann seinen Hut mit einem anderen vertauschte und schließlich aus einem anderen Paletot ein Paar Handschuhe entwendete. Bei der Festnahme stellte es sich heraus, daß der Verhaftete der in guten Vermögensverhältnissen lebende Hauseigentümer Franz Broblewski war, der, obwohl „er es gar nicht nötig hatte“, zum Paletotmörder geworden war. Vor Gericht verteidigte Rechtsanwalt Vohn für den Angeklagten eine eigentümliche und nur pathologische Verirrung in dem Geistesleben des Angeklagten, ähnlich wie bei der Fürstin Wrede, wahrscheinlich zu machen, die durch eine psychiatrische Untersuchung festgestellt werden müsse. Das Gericht nahm zugunsten des Angeklagten an, daß er Hut und Handschuhe unabsichtlich vertauscht habe, erklarte aber in dem Hineinlassen in die Paletottasche einen versuchten Diebstahl und erkannte wegen dieses Vergehens auf einen Monat Gefängnis.

Die Blutjäger vom Grunewald

waren eine Anzahl Expressbriefe unterzeichnet, durch welche mehrere wohlhabende Einwohner von Grunewald und Halensee in große Aufregung versetzt worden waren. — Ende Februar v. J. erhielt der in der Herbersstraße wohnhafte Rentier Sch. einen anonymen Brief, der etwa folgenden Inhalt hatte: „Sehr geehrter Herr! Wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist, so opfern Sie schleunigst einen Teil Ihrer Reichtümer an unsere Gesellschaft der Blutjäger. Wir verlangen von Ihnen die Kleinigkeit (!) von 12.000 M. und bringen Ihnen an, wenn Sie sich weigern sollten, diese Summe binnen drei Tagen zu zahlen, daß Sie in kurzer Zeit von uns ermordet werden.“ — Die „Blutjäger.“ — Diese Unterdrift war mit einem Stempel hergestellt, außerdem befanden sich auf dem Briefbogen mehrere blutige Fingerabdrücke. Der Empfänger übergab den Brief der Kriminalpolizei, die nun Tag und Nacht einen Briefkasten hinter welchem der Brief mit dem Gelde versteckt werden sollte, scharf observierte. Diese Bemühungen, den gefährlichen Expresser zu fassen, blieben jedoch ohne Erfolg. Neunkünfte Briefe, in denen der Verbrecher 10.000 Mark verlangte, erhielten auch zwei andere wohlhabende Einwohner von Grunewald. Der Verdacht lenkte sich schließlich gegen den „Bader“ Joseph Dzierzinski, als von einer Dame unter Drohungen 1000 M. verlangt wurden. Dzierzinski war in der Bäderei von Ragnus in Halensee angestellt und hatte hierdurch die Namen verschiedener verunfallter Villenbewohner in Grunewald kennen gelernt. — Aus dem Buchstabe zu Strelitz, wo er eine mehrjährige Strafe verbüßt, wurde D. gestern der 3. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt, um sich wegen Erpressung zu verantworten. Vor Gericht gab D. nur den einen Fall, in dem es sich um ein veruchte Erpressung gegen eine Dame handelte, zu. Der gerichtliche Sachverständige Obersekretär Dragolits begutachtete, daß die drei übrigen Briefe keinesfalls von der Hand des D. herrühren könnten. Es wurde auch festgestellt, daß sich D. zu der fraglichen Zeit in Schlesien aufgehalten hatte. Wegen des einen Erpressungsveruches erkannte das Gericht auf eine Zuchthausstrafe von zwei Monaten Zuchthaus.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 13. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Demist ohne Helden. — Abschaffung aller indirekten Steuern. Von Hund Schiller (Gemeindebevollmächtigter in Jülich). — Die indirekten Steuern in der Gemeinde. Von A. Hantsch. — Das Jahresgerichtsgesetz in Preußen. Von Friedrich Hant (Frankfurt a. M.). — Der Veto- und Disziplinierklub als Bildungsmittel. Von Dr. Hermann Bunder. — Gewerkschaftliche Literatur. Von Adolf Baum. — Literarische Rundschau: Dr. Eduard Weiler, Heilung und Entwicklung der Moralbegierfe. Von S. Köllin. Dr. Oskar Stille und Arthur Becke, Kohlenbergwerk. Dr. Oskar Stille und G. Stendel, Orenhütte. Von H. Ulrich. A. Dan der Vorgel, Die Entwicklung der Reichsfinanzen. Von M. N. — Notizen: Das Schlotbesetzen der Gemeindefassen und der Partel. Von Kubolt Baclawski (Berlin). Statistische Erhebungen über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kartonnagenindustrie Deutschlands. Von H. Delfe. Heftlein der „Neuen Zeit“ enthält: Eine Geschichte der französischen Revolution. Von F. Weidner. Die Entwicklung des Schiffs. Von Anton Bannelock. — Bücherchau: Hermann Delfe, Nachbars. François Bilon, Des Weilers Werke. — Jose Blätter: Ein kleines Gedengebicht.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das eingetragene Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 6 des 10. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Ein Weihnachtsgeschenk des Marxismus. Von K. Kohn. — Die Reichsfinanzreform. II. Von H. B. — Der Arbeiterinnenkampf im Plenum des Reichstags. Von Jh. — Herzogentum und Herzogin. Eine kulturhistorische Skizze von Anna Plos. (Schluß). — Die deutsch-böhmische Arbeiterinnenbewegung. Von A. P. — Hoch Schuma B. Von a. G. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Potsdam. — Die Kinderbeschulung in der Dresdener Genossinnen. — Volkliche Rundschau. Von H. B. — Gemeindefortschrittliche Rundschau. — Christliche Arbeiterinnenvereine. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. P. — Notizen: Dienstbotenfrage — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Verschiedenes. — Frauenbewegung. — Für unsere Kälter und Hausfrauen: Ester Schnee. — Von Gottfried Keller. — Weihnachtsgruß. Von E. — Der Glaube an Wunderkuren. Von R. D. Baeg. — Ein neues Märchenbuch für Arbeiterkinder. Von K. D. — Die Kutter als Erzieherin. — Heftlein: Winternachtskinder. Von E. Freygang. — „Am Strom der Zeit“. — Der Schuler. Ein Märchen aus Berlin von Nord Hartmann. — Die Feldwund. Von Konrad Ferdinand Reger.

Für unsere Kälter: Fricke auf Erden. Von Konrad Ferd. Reger. (Schluß). — Die geperete Weihnachtsoberstellung. Von Ernst Winzler. — Fürs Schwärze Land. Ein Weihnachtlied von Ferdinand Freiligrath. (Schluß). — Ferdinand Freiligrath. — O Lammbaum! — Vor Brand. — Kanjaleh. — Wasserrose und Ubellie. Von Karl Wald. — Vor Weihnacht. Von Friedrich Ball. (Schluß).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnemen: 2,60 M.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Beschäftigt, Preise unverändert. Fisch: Zufuhr zum Teil nicht genügend, Beschäftigt, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Beschäftigt, Preise gut. Milch: Zufuhr in häufigen knappen, Beschäftigt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäftigt, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr genügend, Beschäftigt, Preise wenig verändert.

Spottbillige Weihnachtspreise

Gardinen u. Stores

wels, erons und ockerfarben abgepasste Fenster — 1 Shawls

Beht engl. a. Brüssel-Tüll 2 50	Recht-Tüll-Store, neue 2 M
m. Band einget. 12 bis 4 M	mod. Muster 4 bis 5 M
Prima Spachtel-Tüll mit 9 50	Echte Spachtel-Store, 25
Batist-Auflage 18 bis 4 M	Applik. m. Spinnen 12 bis 5 M
Echt Erbstüll, reich mit 8 75	Point lace, Stella- und 6 M
Bändchen, Handarbeit, 25 bis 8 M	Lacet-Store a. Erbstüll 6 M
	Neuhalt 18 bis 6 M

Steppdecken.

Seldenastang, doppel-seitig 14, 25, 12, 75 9 00	Selden-Atlas 27, 21, 25, 18 16 50
Wollatlas 18, 11, 75 8 50	Dammdecken 32, 27 18 75
Exsotier Cloth 11, 25, 9, 6, 75 5 25	Purpur, echtfarbig 6 3, 75 2 95
Saife, gemustert, mit Trikotlutter . . . 6 75	Turk Cretonne 5, 25, 2, 75 2 75

Vorläufige Muster und Restbestände in Bettdecken aus Erbstüll-, Spachtel- und Brüssel-Tüll, Halbstores und Schelben-Schleier, Bettrückwände mit Volant, Rouleaux, abgepasst und vom Stück, sowie Läufer- und Zierdecken jetzt vor Weihnachten zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppichhaus

B. Hurwitz

Rotes Schloß, An der Stechbahn 1-2, vis-a-vis dem Parterre und 1. Etage. National-Denkmal. ca. 480 qm grosser Teppichsaal.

Prämiertes

Weihnachts-Wäsche



Die schönsten

- grünen Hüte 2,75 m.
- Echt engl. Haarhüte 3,75 m.
- Wäsche-Kragens 95 m.
- Oberhemden in weiß und buntes 2,90 m.
- Bunte Garnituren 1.- m.
- Weißer Serviteurs 45 m.
- Hochmoderne Krawatten 50 m.
- Regenschirme 3 Jahre Garantie 3,90 m.

Zylinderhüte, Chapeaux-Claques, Hosenträger, Taschentücher, Trikotagen, Handschuhe, Peizmützen, Auto-Scarfs etc. etc. zu enorm billigen Preisen.

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder

- neueste Fassons, größte Auswahl.
- Alles auf bequemste Teilzahlung
- Pelz-Stolen und -Kollers
- Möbel und Polsterwaren
- ganze Wohnungs- und Küchen-Einrichtungen, sowie einzelne Möbel als Ergänzungsstücke
- Gas- und Petroleum-Kronen
- Wand- und Taschen-Uhren.
- Bequem. Anz. Wochenr. 1 M.
- Ferner: Gardinen, Teppiche, Portieren, Tischdecken, Leuchstoffe, Bettvorleger, fertig gestopfte Betten und Steppdecken, Damen- und Herren-Leibwäsche
- Ohne Anzahlung Spiegel, Bilder, Uhren
- Wochenrate 50 Pf.

S. Dorn

Waren- u. Möbel-Kredithaus

Alte Schönhauser Straße 3 am Schönhauser Tor.

Samstags bis 6 Uhr geöffnet.

Rauchen Sie

Phanomen

Cigaretten

Devis: Qualität ist die beste Empfehlung

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11. Gr. Frankfurterstraße 20

Der Haupt-Katalog No. 35 a. der Livre-Katalog No. 36 auf Wunsch kostenlos u. portofrei

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schick, dauerhaft, zu einem Preis von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, 11 Stadt-Büsch.

Steppdecken

größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in b. Robert Bernhard Strohmännel.

Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72
W. 15, Joachimsthaler Straße 25, 76.
Alle Steppdecken werden angefertigt. Praktische Weihnachtsgabe.

